

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos
Brandenburg
14. -15. März 2015
Kreistagssaal des Landkreises OHV
Havelstraße 3, 16515 Oranienburg



Landesverband Brandenbu

Inhaltsverzeichnis	Seite
Übersicht	3
A – Leitanträge Juso-Landesausschuss	6
B – Bildung und Wissenschaft	25
C – Chancengleichheit, soziale Sicherung	36
D – Demokratie, Inneres und Bürger*innengesellschaft	43
F – Finanz- und Steuerpolitik	64
G – Gesundheit	67
K – Kommunalpolitik	70
O – Organisation / Partei	73
U – Umwelt, Energie, Landwirtschaft	84
V – Infrastruktur und Verkehrspolitik	89
W – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Tarif	94
S – Sonstiges	102
I – Initiativanträge	107

A 1	Jusos Brandenburg: gestern, heute und morgen	LA
A 2	Brandenburg – unser Projekt für morgen und übermorgen: links, konkret, gerecht!	LA
B 1	Stimmrecht für alle Klassensprecher	UB MOL
B 2	Pflichtpraktikum in Landesministerien vergüten!	Juso HSG Potsdam
B 3	Übergangsregelung für Hort und Ferienbetreuung für geistig und körperlich behinderte Kinder in Brandenburg schaffen	UB P
B 4	Eine staatliche Medizin-Fakultät für Brandenburg	UB PM
B 6	Der Anspruch auf Kindertagesbetreuung muss für alle Kinder gleich und darf nicht abhängig vom Elternhaus sein!	UB BAR
B 7	Schulfreier Welthumanistentag – auch in Brandenburg!	UB PR
C 1	Uneingeschränktes Bleiberecht für AyslbewerberInnen in Ausbildung und Schulzeit	UB PM
C 2	Für eine an Realitäten orientierte Flüchtlingspolitik!	UB FF/O
C 3	Abschiebestopp im Winter – Zeichen für Humanität setzen	UB BAR
D 1	„Wie der Herr, so 's Gescherr“ - für eine ministerfeste Polizei	UB OHV
D 2	Einsetzung einer Enquete-Kommission „Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Brandenburgs“	UB P, UB TF
D 3	Flüchtlingsunterkünfte	UB P
D 4	Pegida Positionierung	UB P
D 5	Verbesserte Kontrolle von Verwaltungen und Polizei	UB P, UB FF/O
D 6	Moderner, transparenter und sozialer Rundfunk – faire Finanzierung und informatives Programm	UB FF/O
D 7	AfD? Äh, nee! – Rechtspopulisten demaskieren, konfrontieren und nicht isolieren!	UB PR
D 9	Lasst uns Tanzen und die Kirche im Dorf! Anpassung des Feiertagsgesetzes (FTG) an gesellschaftliche Realitäten!	UB BAR
F 1	Beteiligung des Fiskus an Rollover-Zinsen für Forex und CFDs	UB OSL
F 2	Abgabe auf Spread von Intraday-Finanzprodukten	UB OSL

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg 2015
 Kreistagssaal des Landkreises OHV
 Havelstraße 3, 16515 Oranienburg

G 1	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	UB P
K 1	Funktionalreform	UB P
O 1	Online-Informations-Plattform	UB P
O 2	Auswahl des/der Geschäftsführer*in im LaVo	LA
O 3	Qualifizierte Mehrheit zum Parteitagsabbruch – Parteitage besser planen	UB LDS
O 4	No means No! -Awareness und Bekämpfung von innerverbandlichen Sexismus	UB PM, UB BAR, UB P, Juso HSG Potsdam
O 5	Brandenburg ins Gespräch bringen! Juso Bundeskongresses 2016 hier!	UB PM
O 6	Eigene UB Juso Kassen	UB HVL
O 7	Starke Schultern tragen mehr – für transparente Beitragszahlungen und Sonderabgaben von Funktionsträger/innen und Mandatsträger/innen	UB PR
U 1	Energiewende voranbringen – Entwicklung der Speichertechnologien in Brandenburg fördern	UB P
U 2	Fahrplan für die Energiewende in Brandenburg	UB P
U 3	Sicherheit in Zeiten des Wandels – Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für die Lausitz	UB P
V 1	Grünes Blinklicht für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr	UB BAR
V 2	E-Mobilität fördern – Für eine Strategie „Elektromobilität in Brandenburg“	UB LDS
W 1	Unsere Arbeit ist mehr Wert – 10 Euro Mindestlohn für Brandenburg	UB P
W 2	Für eine Aufwertung des Erzieherberufs	UB LOS
W 3	Trägerunabhängige Entgeltung der Tätigkeit von Erzieher*innen	UB LOS
W 4	TTIP, CETA und Co. – Jaein, Handels- und Investitionsabkommen. Wo sind die Grenzen?	UB OSL
W 5	Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen durch jahrelange Wiederbefristung verhindern!	UB BAR

S 2	Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte	UB PM
I 1	Impfmüdigkeit bekämpfen! Durch Aufklärung und eine Impfpflicht	UB PR
I 2	SPD-Arbeitskreise in SPD-Landesvorstand als beratende Mitglieder aufnehmen	UB P
I 3	Umgang mit Glaubensrichtungen in Brandenburg erörtern	UB P
I 4	Erhöhung der Landesjugendplanmittel um 1,8 Millionen Euro	UB P
I 5	Tarifeinheitengesetz	UB LOS
I 6	Anschluss an die die Positionierung "Es ist UNSERE Zukunft!"	UB P

A – Leitanträge Juso-Landesvorstand

Antragsteller: Landesausschuss

Themengebiet: A 1 – Leitanträge Juso-Landesvorstand

Titel / Überschrift: Jusos Brandenburg: gestern, heute und morgen

A 1	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Die Jusos Brandenburg sind der größte und aktivste jugendpolitische Verband in Brandenburg. Wir sind Ansprechpartner für alle jungen Menschen in Brandenburg, insbesondere für diejenigen, die sich für die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen. Als sozialistischer, antifaschistischer, pazifistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband leben wir diese Grundwerte und entwickeln sie weiter.

I. Unser Verband und seine Gremien – wo stecken unsere Potentiale?

Mit unserer ehren- und teilweise hauptamtlichen Arbeit bringen wir nicht nur die „alte Tante“ SPD voran, sondern wir präsentieren auch unsere Vorstellungen für ein soziales und gerechtes Land Brandenburg. Jedoch muss unser Ehrenamt auch immer mit der Schule, Ausbildung, Studium, Arbeit und Familie einhergehen, da diese eine übergeordnete Rolle im Leben spielen. Wir müssen erreichen, dass die Jusos Brandenburg noch professioneller und schlagkräftiger werden. Bessere Strukturen und eine gute Arbeitsweise sind dabei die wichtigste Grundvoraussetzung. Hierzu gehören nicht nur gute politische Inhalte, sondern auch Aktionsideen und Kampagnenfähigkeit. Vor uns liegt eine Zeit ohne überregionale Wahlen. Wir können uns intensiv mit unseren Inhalten und Bedürfnissen beschäftigen und uns Zeit nehmen, uns auch um uns selbst, als Juso-Landesverband, zu kümmern. Wir müssen unsere Gremien und Projekte beleuchten und Potentialen und Verbesserungen nachgehen, um unseren Verband noch besser zu machen.

Landesdelegiertenkonferenz (LDK)

Die LDK ist für uns als höchstes beschlussfassendes Gremium die wichtigste Veranstaltung im Jahr. Sie ist der Höhepunkt unserer inhaltlichen Arbeit sowie eine Einstimmung auf bevorstehende Wahlen. Sollte bis Oktober des Jahres vor der nächsten LDK keine Bewerbung vorliegen, wird der Landesvorstand eine LDK organisieren. Das Hauptaugenmerk liegt bei der LDK auf der Diskussion von Anträgen, deshalb soll die Anzahl der Grußworte reduziert werden.

Wir wollen nicht auf die Grußworte von unseren Gästen verzichten, allerdings soll dies möglichst nicht zu Lasten der Antragsberatung geschehen. Gäste sollen deshalb dazu angehalten werden, anstelle von Grußworten, zu den Anträgen zu sprechen. Die LDK lassen wir, nach den Abschlussworten der/des Landesvorsitzenden, mit dem Singen des Liedes „Die Internationale“ ausklingen.

Beschlüsse der LDK sollen schnell und gut umgesetzt werden, deshalb sollen zur darauf folgenden LA-Sitzung ein Protokoll und ein Beschlussbuch vorliegen, welche von den LA-Mitgliedern abgestimmt werden. Situationen zu weiterzuleitenden LDK-Beschlüssen können sich bis zur etwaigen Behandlung auf Parteitag ändern, deshalb wollen wir die Beschlusslagen in Abstimmung mit den Antragsteller/innen ständig fortentwickeln und bearbeiten.

Landesvorstand

Der Landesvorstand übernimmt die politische Geschäftsführung. Er vertritt den Landesverband nach Innen und Außen. Er tagt grundsätzlich monatlich. Eine Wahl der Landesvorstandsmitglieder über zwei Jahre hat sich bewährt. Kooptierungen können je nach Themenschwerpunkt vorgenommen werden. Der Vorstand soll dabei grundsätzlich quotiert werden. Jedes Vorstandsmitglied übernimmt die Betreuung von einem oder mehreren Unterbezirken.

Die Sitzungen des Landesvorstandes sind mitgliederöffentlich, insofern wird zu den Sitzungen breit über den Verteiler des Landesausschusses eingeladen. Die Einladungsfrist beträgt mindestens eine Woche. Um eine engere Arbeitsatmosphäre zu haben, kann der Landesvorstand neben der monatlichen Sitzung auch kleinere Sitzungen und Klausuren anberaumen.

Der Landesvorstand kümmert sich weiterhin um die Öffentlichkeitsarbeit nach Innen und Außen. Er gibt regelmäßig Pressemitteilungen zu tagespolitischen Themen heraus und versucht dabei eine noch größere Wirkung in der regionalen und überregionalen Presse zu erzielen. Zudem produziert er einmal im Monat einen Newsletter und hält die Internetauftritte ansprechend und aktuell. Der Landesvorstand stellt sicher, dass der Landesausschuss auf jeder Sitzung über die Arbeit des Vorstandes informiert wird.

Eine immer größer werdende Rolle des Landesvorstandes ist die des finanziellen Förderers von Aktivitäten vor Ort. In Zukunft wird sich der Landesvorstand deshalb einen groben Finanzplan geben, in dem u.a. die Mittel für Aktivitäten in den Gliederungen eingestellt werden und diesen dem Landesausschuss zur Bestätigung vorlegen. Er wird, wie jedes andere Fördergremium auch, einen kurzen und prägnanten Leitfaden zur Förderung herausgeben und mit den Fördermittelempfänger/innen besser und schneller in der Abrechnung zusammenarbeiten.

Landesgeschäftsführung

Die Landesgeschäftsführung ist der Rückhalt für die ehrenamtliche Arbeit von knapp 1.000 Jusos im Land. Außerdem unterstützt sie den Landesvorstand in seinen Aufgaben. Doch immer wieder zeigt sich, dass die Landesgeschäftsführung an ihre Grenzen stößt. Deshalb wollen wir eine Stärkung der Landesgeschäftsführung, um unser Wirken zu professionalisieren und um unsere ehrenamtliche Struktur zu entlasten. Die Stelle der Landesgeschäftsführung soll von 10 Wochenstunden auf 30 Wochenstunden erhöht werden. Neben den klassischen Tätigkeiten können Veranstaltungen zentral organisiert und vorbereitet sowie die Online- und Social-Media-Tätigkeiten weiter gestärkt werden. Die Jugendorganisation der „Brandenburgpartei“ darf auch im Hinblick auf die Stellenausstattung nicht schlechter finanziert werden als andere politische Jugendorganisationen in Brandenburg. Bei der anstehenden Umstrukturierung des SPD-Landesverbandes werden wir deshalb dafür sorgen, dass wir an dieser Stelle besser gestellt werden.

Landesausschuss

Der Landesausschuss soll auch weiterhin seiner Aufgabe gerecht werden, den Landesvorstand und die Landesgeschäftsführung zu kontrollieren. Er organisiert darüber hinaus auch den Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Unterbezirken, den Landesarbeitskreisen und den Hochschulgruppen. Um den innerverbandlichen Meinungsbildungsprozess zu gestalten organisiert der Landesausschuss Veranstaltungen und Exkursionen und widmet sich, in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, vermehrt der inhaltlichen Antragsberatung,

insbesondere vor Parteitag. Die Sitzungen des Landesausschusses sollen in Verbindung mit einem politischen und/oder kulturellen Programm stehen.

Basistreffen

Die Basistreffen haben uns in der Vergangenheit ein Mehr an Basisbeteiligung eingebracht. Wir wollen dieses Instrument verstetigen und regelmäßig nutzen, um mehr Jusos an den Entscheidungen der Landesebene teilhaben zu lassen. Hierzu werden die Basistreffen im Land rotieren und tagen, wenn möglich, mit den Landesarbeitskreisen oder dem Landesausschuss gemeinsam.

Unterbezirke

Die Unterbezirke der Jusos sind die wichtigsten Organisationseinheiten des Landesverbandes. Ohne die Unterbezirke ist der Juso-Landesverband Brandenburg nichts. Hier ist die Basis der Jusos aktiv und hier wird das Gros der Veranstaltungen und Aktionen organisiert. Wir werden deshalb dafür kämpfen, dass alle UB's aktiv bleiben und die letzten verbliebenen inaktiven neu belebt werden. Der Landesverband unterstützt die UB's finanziell, ideell und organisatorisch bei ihren Aktionen vor Ort.

Landesarbeitskreise (LAK's)

Die LAK's Bildung, Europa/Internationales, Inneres und SoWAS (Soziales, Wirtschaft, Arbeit, Steuern) sind ein wichtiger Bestandteil unseres Verbands, da sie über Unterbezirksgrenzen hinweg die inhaltliche Arbeit voranbringen und Positionen des Landesverbandes (weiter-)entwickeln. Der Landesvorstand wird Interessierte dabei unterstützen, die Arbeit der aktiven LAK's fortzuführen, sowie derzeit inaktive LAK's neu aufzubauen.

Hochschulgruppen (HSG'n)

Die Juso-Hochschulgruppen sind unsere Gliederungen in den Universitäten und Fachhochschulen des Landes. Gemeinsam mit den HSG'n kämpfen wir weiter für eine bessere Hochschulpolitik im Land. Sie sind nicht nur unsere Stichwortgeber in Sachen Hochschulpolitik auf Landesebene, sondern auch die Organisationseinheiten, deren Aktive in ASten, Studierendenparlamente und Senaten arbeiten und dort direkt für die Studierenden Politik machen. Für uns ist es wichtig, dass unsere Juso-HSG'n gut aufgestellt sind, damit sie StuPAWahlkämpfe gewinnen und dort somit direkt für die Hochschulmitglieder präsent sind, was uns vielerorts viele neue Mitglieder einbringt, die aus allen Teilen Deutschlands stammen und dem Verband neue Impulse bringen. Wir treiben eine Vernetzung der Juso-HSG'n im Land voran und sorgen für die Gründung und Wiederbelebung von neuen HSG'n an den Universitäten und Fachhochschulen, an denen das Engagement eingeschlafen ist.

SchülerInnen

Die Juso-SchülerInnen sollen schnellstmöglich – und dauerhaft – reaktiviert werden. Dies soll durch jährliche Themenveranstaltungen unterstützt werden, die der Landesvorstand organisiert. Damit werden die Juso-SchülerInnen zu unseren ersten Ansprechpartner/innen zu den Themen Schule und Ausbildung. Ein regelmäßiger Austausch mit dem Landes-Schüler-Rat sowie dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport soll auch in den nächsten Jahren wieder auf der Tagesordnung stehen. Zur

Teilnahme an den Bundes-SchülerInnen-Treffen wird der Landesvorstand auch weiterhin aufrufen und SchülerInnen und Azubis dafür motivieren.

Feminismus, Gleichstellung und Awareness-Group

Für uns ist eine echte Gleichstellung aller Geschlechter ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik. Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, die allen Menschen die gleichen Teilhabemöglichkeiten eröffnet und Benachteiligungen nicht duldet. Dabei geht es uns nicht um eine Gleichsetzung, sondern die Chance gleich, fair und unvoreingenommen behandelt zu werden. Wir Jusos werden daher Gleichstellung stets berücksichtigen und fördern. Feminismus muss in den nächsten Jahren eine größere Rolle bei uns spielen. Wir müssen auf aktuelle gleichstellungspolitische Fragen reagieren und Antworten finden. Zusammen mit der ASF wollen wir frauenspezifische Veranstaltungen anbieten, um v.a. neue und wenig aktive Jusos in unsere Arbeit einzubinden. Sexismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind Probleme in der Gesellschaft – und bei uns Jusos. Deshalb wollen wir die Einrichtung einer Awareness-Group, die sich sowohl innerverbandlich, als auch gesellschaftlich, mit dem Thema beschäftigt.

Sitzungen effizienter gestalten

Das lange Anreisen zu Sitzungen wegen eines Termins ist oft nicht mehr zeitgemäß und zumutbar. Deshalb wollen wir weiter verstärkt Termine zusammenlegen und Sitzungen mit Seminaren, Ausflügen und anderen Bildungsangeboten verbinden.

Wir müssen auch technische Mittel ausloten, um unsere Arbeit effizienter zu machen. Sollte es bessere technische Voraussetzungen geben um eine Sitzungsarbeit digital zu bewerkstelligen, werden wir die Nutzung zumindest ausprobieren.

II. Unsere Rolle im Juso-Bundesverband

Die Arbeit auf Bundesebene ist für uns in den letzten Jahren leider etwas zu kurz geraten, obwohl sie ein elementarer Bestandteil unserer Arbeit sein müsste. Wir wollen wieder mehr Einfluss auf die Debatten und Positionen des Bundesverbandes nehmen. Dabei vertreten wir die Meinung und Beschlusslagen des gesamten Landesverbandes. Um besser Einfluss auf die Arbeit der Bundesjusos zu nehmen, werden wir weiterhin regelmäßig für Veranstaltungen des Bundesverbandes werben. Die aktive Mitarbeit in den Projektgruppen und Ausschüssen der Bundesjusos fördern wir. Delegierte, Expert/innen und sonstige Vertreter/innen, die die Jusos Brandenburg repräsentieren, sollen regelmäßig über ihre Arbeit im Landesvorstand oder im Landesausschuss berichten. Die Delegierten der Projektgruppen sollen uns so oft und so gut wie möglich in diesen vertreten. Der Landesverband unterstützt sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Wir ordnen uns als Landesverband keiner innerverbandlichen Strömung zu, was natürlich nicht heißen soll, dass einzelne Unterbezirke und Jusos das nicht anders handhaben können. Unsere Arbeit umfasst eine strömungsübergreifende Zusammenarbeit mit allen Juso-Landesverbänden nach unseren Wertvorstellungen. Für uns spielen Strömungen auf Bundeskongressen oftmals eine negative Rolle: Diskussionen laufen unsachlich und spalterisch. Im Endeffekt wird die gemeinsame Stimme der Jusos, gerade gegenüber der Partei, geschwächt. Unser Motto lautet daher weiterhin „Strömungsfrei und Spaß dabei“. Dennoch darf das Gebot, sich keiner Strömung zuzuordnen, nicht dazu führen, dass wir auf Bundeskongressen passiv agieren. Wir müssen uns auch vor Bundeskongressen besser abstimmen, um auch Probleme in Brandenburg ein größeres Gewicht zu geben. Gerade wir als kleine

Delegation haben eine Vernetzung mit anderen Landesverbänden nötig, um das Durcharbeiten eines dicken Antragsbuches zu bewältigen und ggf. Änderungsanträge zu schreiben.

Zum Bundeskongress unterstützen wir unsere Delegation bereits bestmöglich. Auf mindestens einem Vorbereitungstreffen diskutieren wir die organisatorischen Punkte sowie die Anträge und mögliche Änderungsanträge. Wir besprechen vorher unser Abstimmungsverhalten, um während des Bundeskongresses geschlossen aufzutreten. Trotzdem müssen wir Mittel und Wege finden, im Bundesverband besser wahrgenommen zu werden. Eine engere Abstimmung mit der Delegation aus Berlin oder eine Wiederauferstehung des "Ostgipfels" als Delegationsvorbesprechung aller ostdeutschen Landesverbände sind mögliche Optionen. Wir werden die möglichen Partner vor den nächsten Bundeskongress anfragen.

III. Nach Innen und Außen wirken – wie die Jusos Brandenburg sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln müssen

Derzeit sind wieder viele Menschen auf den Straßen. Sie verfolgen dabei fundamental andere Ziele als wir. Wir müssen fit sein für rechtspopulistische Aufmärsche und krude Ideen, die in Zukunft auch unser Land verstärkt heimsuchen werden. Ein gut vernetzter Landesverband mit gut gerüsteten Aktiven wird die zukünftigen Auseinandersetzungen um ein lebenswertes Brandenburg, nicht zuletzt auch in der Debatte mit der eigenen Partei, gewinnen. Hierzu gehört die Neumitgliedergewinnung und -betreuung, die Mitgliederentwicklung und die Vernetzung mit anderen Organisationen und Bündnissen.

Offen für jede/n – unsere Neumitgliederwerbung

Nur 0,26 % der Brandenburger/innen sind Mitglied der SPD und nur 1/6 von ihnen ist im Juso-Alter. Dies ist keine gute Ausgangslage für die „Brandenburgpartei“! Vor und nach Wahlen entscheiden sich viele Menschen, der SPD (und anderen Parteien) beizutreten. Gerade hier haben wir die Chance, uns besser als sonst im Land zu präsentieren. Diese Chance müssen wir nutzen! Nicht nur, damit jede/r das Kreuz an der richtigen Stelle macht, sondern auch um möglichst viele an uns zu binden. Wir müssen zeigen, was man erreichen kann, zeigen, welche Perspektiven sich ergeben und zeigen, dass Politik auch Spaß macht.

Mitgliederentscheide fördern dabei die Bereitschaft sich einer Partei anzuschließen bzw. die Arbeit in einer Partei zu intensivieren. Deshalb fordern wir Mitgliederentscheide bei der Aufstellung von Kanzlerkandidat/innen und Ministerpräsident/innen sowie bei der Abstimmung über Bundes- und Landes-Koalitionsverträge.

Aber auch in wahlkampffreien Zeiten muss es uns gelingen, Mitglieder zu gewinnen. Dafür wollen wir ein Neumitgliederkonzept entwickeln, um unsere Mitgliederzahlen landesweit um 10 % zu erhöhen. Ein Neumitgliederkonzept „110 %“ soll zwischen dem Landesvorstand und den Unterbezirksvorsitzenden ausgearbeitet werden. Aus ihrer Mitte kann ein/e Neumitgliederbeauftragte/r gewählt werden. Dabei müssen individuelle Lösungen für die ländlichen Räume gefunden werden. Besonderes Augenmerk müssen wir dabei wieder auf die Werbung von jungen Frauen richten. Ggf. müssen junge Frauen anders angesprochen werden und auf ihre spezifischen Bedürfnisse bei der Juso-Arbeit eingegangen werden.

Unser Motto für die Neumitgliederwerbung muss lauten: „Was soll man auch machen mit 17, 18 in Brandenburg? – Den Jusos beitreten!“

Im Grunde sind zahlreiche Aktivitäten und eine gute Sichtbarkeit nach außen bereits die halbe Miete. Wir müssen uns aber Gedanken machen, wie wir junge Menschen für die

Arbeit in politischen Organisationen und für Politik insgesamt begeistern können. Hier spielt auch die Vernetzung mit anderen Organisationen eine Rolle, ebenso wie unser Auftreten im Internet. Generell haben wir eine gute Internetpräsenz. Allerdings gibt es auch immer ein bisschen Luft nach oben.

Jedem Mitglied geben wir die Chance, sich über den Ursprung und die Bedeutung unserer jungsozialistischen und sozialdemokratischen Grundwerte zu informieren. Deshalb werden wir je nach Bedarf – aber mindestens jährlich – (Neu-) Mitgliederseminare organisieren. Diese werden als zweitägige Veranstaltung angeboten. Vertreter/innen des Verbandes sollen dabei als Referent/innen zur Verfügung stehen. Ziel dieser Veranstaltungen soll darüber hinaus auch sein, den neuen Mitgliedern ein Grundwissen über unsere Arbeit an die Hand zu geben. Wir wollen ihnen unsere Strukturen und Arbeitsweisen vermitteln. Auch ein Handbuch oder ein Lexikon mit unseren Abkürzungen und dem allgemeinen „Verbandskauderwelsch“ können entwickelt werden. Die Unterbezirke werden wir organisatorisch und inhaltlich dabei unterstützen, eigene Neumitgliederseminare durchzuführen.

„Quali-Zirkel“, nur besser – Mitgliederentwicklung bei den Jusos Brandenburg

Neben der Mitgliederwerbung müssen wir uns Gedanken über die Mitgliederentwicklung und -bindung an den Verband machen. Ein Seminarprogramm kann dazu wieder ins Leben gerufen werden, um unsere Mitglieder – nicht nur die Neuen – mit den Grundsätzen sozialdemokratischer und sozialistischer Politik wie auch mit anderen Politikfeldern vertraut zu machen. Weiterhin soll dieser „Quali-Zirkel“ ein umfassendes Methodentraining wie Moderation, Pressetraining, Internetschulung und Rhetorik beinhalten. Auch kann unser Lesekreis wieder auferstehen, in dem einst die Werke von Marx, Lasalle und Manfred Stolpe studiert wurden.

Neben dem Qualitätszirkel der SPD-Brandenburg wollen wir einen „Quali-Zirkel 2.0“ starten, der genauso effektiv aber nicht den Ruf des Elitären und der abgeschirmten Kaminesgesprächsatmosphäre nacheifert. Unser „Quali-Zirkel“ soll offen und von den Teilnehmern beeinflussbar sein, und er soll vor allem eins: unsere Mitglieder fortbilden. Schulungen, die die theoretische Politik vermitteln und ein Mentoringprogramm, welches „Politik zum Anfassen“ sein soll, werden wir in den nächsten Jahren intensiviert anbieten, auch um einen großen Kandidat/innenpool für zukünftige Wahlen zu haben. Bisherige Kommunalvertreter/innen, sowie Landtagsabgeordnete sollen dabei als Mentor dienen. Dabei suchen wir dabei wieder die Zusammenarbeit mit der SGK, der FES und anderen Organisationen um das Angebot so attraktiv wie möglich zu machen.

Landesarbeitskreis-Wochenende

Das Landesarbeitskreis-Wochenende hat sich seit 2012 als wichtige Form unserer inhaltlichen Arbeit etabliert. Es ist bereits jetzt fester Bestandteil der o.g. Mitglieder- und Verbandsentwicklung. Deshalb werden wir es auch die kommenden Jahre Anfang Juli in Trebnitz stattfinden lassen. Dabei beträgt die Mindestteilnehmer/innenzahl 15 Personen. Sollte in den nächsten Jahren diese Teilnehmer/innenzahl nicht erreicht werden, wird sich der Landesvorstand mit anderen Konzepten befassen.

Vernetzung mit anderen Jugendverbänden

Wir sprechen schon seit vielen Jahren von der Vernetzung mit anderen Jugendverbänden im Land Brandenburg und auf Ebene der Unterbezirke. Oftmals sind die Verbindungen eingeschlafen oder anderweitig gescheitert, manche sind aber recht erfolgreich wie der Kontakt zur GdP. Wir müssen deshalb dran bleiben und weiter Kontakte knüpfen. Dabei sind nicht nur die Klassiker wie Gewerkschaftsjugenden, die

Falken oder die AWO-Jugend zu nennen sondern auch die Landjugend, Kirchen, LGBTIQ-Gruppen, Bauern, die Feuerwehren oder auch den jungen Sorben im PAWK e.V. (auch wenn diese v.a in Sachsen operieren). Die beste und langfristige Vernetzung findet statt, wenn sich Mitgliedschaften überschneiden. Wir werden unsere Mitglieder deshalb ermutigen, in andere Organisationen einzutreten und dort aktiv zu werden.

Rent your „Regierungsjugend“! – Ansprechpartner sein und Probleme lösen

Die Vernetzung dient dabei nicht dem Selbstzweck und der Beweihräucherung. Die Aktiven sollen uns ihre Probleme schildern, damit wir diese in die Landespolitik tragen. Dies gilt nicht nur für Verbände, sondern auch für Einzelpersonen und lose Gruppen, die sich an uns wenden, wie z.B. die Auszubildenden des von der Schließung bedrohten DB-Werkes in Eberswalde. Im Unterschied zum Jugendverband unseres Koalitionspartners nehmen wir unsere Rolle als Regierungsjugend gerne wahr und nutzen sie. Unser direkter Kontakt zu Bürgermeister/innen, Landrät/innen oder zum Ministerpräsidenten ist unser großer Vorteil! Die Jusos sollen wieder mehr als Problemlöser/innen und Stimmungsmacher/innen einen Namen bei jungen Aktivisten aller demokratischen Verbände und bei Einzelpersonen haben. Wir hingegen profitieren vom Austausch und von neuen Erfahrungen für unseren Verband.

Bündnisse schmieden – Auf regionaler Ebene und landesweit

Neben Vernetzung und Lobbying für unsere Zielgruppen müssen die Jusos Brandenburg weiterhin in temporären Bündnissen aktiv sein. Sei es für xyz-Nazifrei, um zu Blockaden aufzurufen, für ein Bündnis zum Hochschulgesetz oder in einer Willkommensinitiative für Flüchtlinge. Wir sind dabei und arbeiten gemäß der Doppelstrategie dort mit, wo wir gebraucht werden. Im Rahmen unserer Mitgliederentwicklung wollen wir unsere Mitglieder für die Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit und die Arbeit in Bündnissen sensibilisieren.

FÜR BRANDENBURG OHNE NEONAZIS

Mit unserer überparteilichen Kampagne „FÜR BRANDENBURG OHNE NEONAZIS“ gehen wir einen guten Weg gegen rechtes Gedankengut. Demonstrationen, Blockaden und Veranstaltungen zu Demokratie und Toleranz sind für uns wichtige Instrumente im Kampf gegen Nazis. Diese gilt es auch weiterhin ideell, personell und finanziell zu unterstützen. Wir müssen uns auch Gedanken machen wie und ob wir die Kampagne weiterentwickeln. Dazu soll es in Zukunft ein Treffen mit Interessent/innen geben.

Ring politischer Jugend (RPJ)

Der RPJ ist für uns ebenfalls ein wichtiges Gremium zur Vernetzung, da wir uns hier direkt mit den anderen parteipolitischen Jugendorganisationen auf Augenhöhe treffen und austauschen können. Ziel ist es, über Parteigrenzen hinweg, für eine Politisierung von jungen Menschen zu werben. Deshalb stehen wir für eine stärkere Institutionalisierung des RPJ und ein stärkeres Auftreten nach außen über die Aufgabe als stilles Fördergremium hinaus. Obwohl die Arbeit hier noch verbessert werden könnte, gab es bereits 2014 einige erfolgreiche Beispiele, wie die Plakataktion „Schöner leben ohne Nazis“.

Unsere Geschichte kennenlernen

Die Jusos Brandenburg werden 25 Jahre alt. Wir wollen uns stärker mit unserer

Geschichte auseinandersetzen und uns mit den Gründer/innen von damals in Verbindung setzen, um eine Veranstaltung oder Publikation erarbeiten. Auch eine angemessene Geburtstagsparty mit Akteuren aus allen 25 Jahren soll veranstaltet werden.

Sorben und Wenden

Wir beschäftigen uns mit der Geschichte der Sorben und Wenden sowie mit ihren Problemen heutzutage. Leider sind Sorben und Wenden heute von Nazis bedroht. Sie werden angegriffen und das Recht ihre Kultur auszuüben wird von Nazis beschränkt. Wir solidarisieren uns deshalb mit den sorbischen Menschen! Nach Möglichkeit werden wir in Zukunft mehr von unseren Materialien in sorbischer Sprache verfassen. Das sorbische FBON-Material (Für Brandenburg ohne Neonazis) war bereits ein sehr großer Erfolg. Auch ein Teil der Webseite des Landesverbandes, sollte sie speziell ansprechen.

IV. Internationale Arbeit

YES/IUSY

Wir wollen uns mehr und mehr mit der internationalen Arbeit der YES und IUSY beschäftigen. Vor allem die Sommercamps unserer Dachorganisationen dienen dazu, leicht Kontakt mit anderen europäischen und internationalen Delegationen aufzunehmen. Diese wollen wir nutzen, um neben innerverbandlichen Diskussionen auch gemeinsame Themen vor Ort zu diskutieren.

Internationale Delegationsreisen

Der Kontakt mit unseren Genoss/innen aus Israel und Palästina sowie dem Willy Brandt Center Jerusalem spielt für uns eine große Rolle. Deshalb streben wir auch in den nächsten Jahren Austauschmaßnahme mit unseren Genoss/innen aus Israel (Young Meretz, Young Labour) und den Palästinensergebieten im Westjordanland (Shabibet Fatah) an. Wir lassen uns von der Delegationsreise 2015 mit den Jusos Berlin überraschen, dennoch wollen wir in Zukunft unsere Austauschmaßnahmen wieder zusammen mit den Jusos Sachsen durchführen. Ein Rückbesuch unserer Partnerorganisationen ist für uns selbstverständlich.

Für das erste Halbjahr 2015 plant der LAK Europa/Internationales der Jusos Brandenburg eine einwöchige Delegationsreise nach Minsk (Weißrussland) um sich dort mit unterdrückten und verfolgten Genoss/innen zu treffen. Die Vor- und Nachbereitung, die Betreuung vor Ort sowie die finanzielle Unterstützung der Reise wird der Landesvorstand sicherstellen. Der Kontakt zu unseren polnischen Genoss/innen soll wieder aufgenommen werden.

V. Kritisch, aber solidarisch: Wir Jusos als vorantreibende Kraft

Unsere Rolle in der SPD

Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind Teil der SPD und nehmen hier die Rolle der kritisch-solidarischen Jugendorganisation ein. Dies lässt uns oft als „innerparteiliche Opposition“ dastehen, was meistens nicht verkehrt ist, da wir Alternativen aufzeigen und unsere Partei voranbringen wollen. Opposition darf aber kein Selbstzweck sein.

Wir streiten für unsere Themen und Ideen. Die Einhaltung von Partei- und Wahlprogrammen sowie Landesparteitagsbeschlüssen werden wir weiterhin einfordern.

Um unsere Positionen besser in den Landesgremien der Partei (Landesparteitag, Landesvorstand, Landesausschuss) durchsetzen zu können, müssen wir koordinierter und professioneller vorgehen. Wir wollen Jusos ermutigen, sich als Delegierte/r oder Vertreter/in für die genannten Gremien wählen zu lassen, um stärker als bisher Einfluss in die Politik unserer Partei zu nehmen. Auch wollen wir stärker in den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen für unsere Positionen werben.

Dazu muss die SPD auch in allen Teilen Brandenburgs präsent sein und „mit dem Gesicht zu den Menschen“ stehen. Doch vor allem brauchen wir eine Parteistruktur, die es uns ermöglicht eine gute Arbeit in der Fläche zu gewährleisten. Eine Geschäftsstelle pro Landkreis/kreisfreier Stadt mit jeweils einer Geschäftsführung hilft uns dabei die SPD vor Ort am Leben zu erhalten und um eingeschlafenen Parteistrukturen wieder zu beleben. Für uns spielen Basisdemokratie und Transparenz eine besondere Rolle. Aber auch eine gute Mitgliederbetreuung und die Barrierefreiheit zur Partei sind wichtige Themen für uns. Mit neuen Veranstaltungsideen, auch auf niederschwelliger Ebene, bringen wir Schwung in die Partei. Kreative, bunte und friedliche Demonstrationen gegen Rechts sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir pflegen den Kontakt mit anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen.

Unsere Blicke sind schon jetzt auf die anstehenden Wahlen (Bundestag 2017, Kommunal-, Europa- und Landtagswahl 2019) gerichtet. Diese wollen und werden wir inhaltlich und personell unterstützen.

Unser Jugendwahlkampf

Die Bundestags-, Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen waren ein durchwachsender Erfolg für die SPD. Trotz engagierten Wahlkämpfen, guten Programmen und zumeist den richtigen Kandidat/innen blieben die angestrebten Erfolge aus. Im Bund hat es nicht für Rot-Grün gereicht; dafür müssen wir jetzt jede Menge Kompromisse mit der CDU/CSU eingehen. Martin Schulz wurde nicht Kommissionspräsident, stattdessen verwaltet Jean-Claude Juncker die nächsten 5 Jahre Europa. Bei den Kommunalwahlen hat die SPD, trotz großen Erfolgen in einigen Kommunen, nur Platz 2 belegt – und dies ist nicht nur dem „Merkeffekt“ zuzuschreiben. Der Gewinn der Landtagswahl ist wichtig für Brandenburg – und die Brandenburger Sozialdemokratie – gewesen. Besonders erfreulich ist der deutliche Wahlsieg von Erik Stohn. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Da wir 3/4 der Wahlen nicht gewinnen konnten, brauchen wir einen Kulturwandel innerhalb der Partei! Vor uns liegen eine ganze Menge Bürgermeister- und Landrät/innenwahlen. In fast jedem Landkreis wird gewählt. Es darf nicht dazu kommen dass diese Wahlen durch noch niedrigere Beteiligung scheitern oder es in Brandenburg einen AfD- oder NPD-Bürgermeister gibt. Die letzten Wahlkämpfe haben gezeigt, dass die SPD oftmals nur auf altbewährte Methoden (für den „klassischen“ SPD-Wähler) gesetzt hat. Doch für uns ist Wahlkampf mehr als der Infostand auf dem Markt. Deshalb wollen wir wieder in Wahlkampfworkshops im ganzen Land unsere Genossinnen und Genossen für neue Aktionen schulen, um unsere Inhalte möglichst kreativ an den Mann und die Frau zu bringen. Wir müssen gezielter (junge) Wählerinnen und Wähler ansprechen und unsere Themen glaubwürdig vertreten. Neben dem persönlichen Kontakt (z.B. beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf, Coffee-to-go-Aktionen und Sportturnieren) müssen wir durch einen verstärkten Auftritt in den sozialen Netzwerken (v.a. bei Facebook und Twitter) junge Menschen davon direkter davon zu überzeugen, dass es nicht nur wichtig ist wählen zu gehen, sondern auch richtig die SPD zu wählen.

Unsere Formel lautet:

(Gute Inhalte + die richtigen Kandidat/innen) x motivierter Wahlkampf = Wahlsieg

Von Anfang an für die demokratischen Strukturen werben!

Flächendeckende U18-Wahlen, bei der Kinder und Jugendliche die Chance haben eine Wahl zu simulieren und so die Auswirkungen ihrer Stimme erleben können, werden ein wichtiges Instrument in der Zukunft sein. Ergebnisse wie bei der U18-Wahl in Spremberg, bei der 1/3 der U18-jährigen die NPD gewählt haben, wollen wir in Zukunft mit einer intensiven Aufklärungsarbeit vermeiden. Hier wollen wir mit allen demokratischen Parteien früh an Schulen und in Jugendeinrichtungen werben. Auch müssen wir für mehr Elemente in der direkten Demokratie werben. In Brandenburg gibt es statistisch gesehen nur alle 64 Jahre ein Bürgerbegehren.

Obwohl die Brandenburger Jugend nicht politikverdrossen ist, gibt es ein immer kleiner werdendes Interesse an der demokratischen Teilhabe. Dies zeigt sich nicht nur in der sinkenden Wahlbeteiligung, sondern auch bei den fehlenden Ehrenamtler/innen im Land und nicht zuletzt auch in den immer kleiner werden Parteien. Alarmierende Zeichen in Zeiten von 10%-AfD, PEGIDA, Chemtrails und Aluhüten. Nur ein guter Verband, der für Solidarität, Gerechtigkeit, Miteinander und Menschlichkeit kämpft, kann solchen Auseinandersetzungen mit seinen Bündnispartnern begegnen. Es geht also nicht nur um uns, sondern um alles!

VI. Fazit

Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren: Wir werden uns inhaltlich und organisatorisch aufstellen und weiter an unserem Gesellschaftsentwurf für ein gutes Leben – gerade für junge Menschen – in Brandenburg arbeiten! Wir werden weiterhin unsere Überzeugungen und Positionen in die SPD tragen! Wir werden die Bundestagswahl 2017 und die Kommunal-, Landtags- und Europawahl 2019 vorbereiten! Wir werden weiterhin konsequent für eine tolerante Gesellschaft streiten und uns gegen Nazis und Rassismus engagieren! Wir werden mehr junge Menschen für die Mitarbeit bei den Jusos begeistern! Wir werden weiterhin gemeinsam für unsere Überzeugung, den demokratischen Sozialismus, kämpfen!

Antragsteller: Landesausschuss

Themengebiet: A 2 – Leitanträge Juso-Landesvorstand

Titel / Überschrift: Brandenburg – unser Projekt für morgen und übermorgen: links, konkret, gerecht!

A 2	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Brandenburg ist unser Zuhause, in dem wir unsere Zukunft verbringen wollen. Egal ob in der Schule, zur Ausbildung oder zum Studium, im Erwerbsleben und bis hin zur Rente – wir kämpfen für ein sozial-gerechtes und lebenswertes Brandenburg für alle Einwohner/innen.

Viele Probleme gilt es im Land zu lösen und überall sind unser Engagement und unser Mut gefragt, sich für gute Lösungen einzusetzen.

Viele davon sind die Folge einer verfehlten Krisenpolitik und die Auswirkungen des 30 Jahre andauernden Neoliberalismus, vor denen nicht nur wir lange gewarnt haben. Dabei sind überregionale und weltweite Zusammenhänge mehr denn je auch in unserer Region zu spüren. Auch Brandenburg wird derzeit von einem Erstarken des Rechtspopulismus und von wachsender Fremdenfeindlichkeit heimgesucht. Auch Brandenburg muss sich Gedanken um den Raubbau an der Umwelt und um die Folgen des Klimawandels machen. Und auch Brandenburg spürt die Folgen von Krisen und Konflikten, die in der ganzen Welt brodeln und einen Flüchtlingsstrom auslösen, wie es ihn seit dem zweiten Weltkrieg nicht gab. Neben diesen "globalen" Problemen haben wir natürlich auch noch unsere "lokalen" Probleme, wie die weiterhin grassierende Landflucht oder unsere chronisch unterfinanzierten Hochschulen.

Als Jusos ist es für uns selbstverständlich, uns diesen Problemen anzunehmen und gemeinsam mit vielen anderen zu versuchen, sie zu lösen. Unsere Grundwerte bleiben dabei immer Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit jedem Menschen und jedem Tier.

Demokratie neu erfinden? – Den Menschen ihre Stimme zurück geben!

Unser Jugendverband steht zur Demokratie und zu den Werten des Grundgesetzes. Leider müssen wir uns derzeit um den Zustand der Demokratie sorgen. In unserem Land ging zuletzt weniger als die Hälfte der Menschen wählen. Viele Menschen haben das Vertrauen in die Politik und die Politiker/innen verloren. Insbesondere die Sozialdemokratie hat herbe Vertrauensverluste hinzunehmen, nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Deutschland und überall in Europa. Stattdessen formieren sich seit Jahren in ganz Europa neue rechte Bewegungen, die es vielerorts in die Parlamente schaffen und sich dort verankern. Brandenburg ist da keine Ausnahme. Die AfD konnte sich als neues rechtes Phänomen vorerst etablieren und hat es in den Landtag geschafft. Schwer einschätzbare "Bürgerbewegte" kommen noch hinzu. Für uns ist klar: Die Brandenburger AfD ist rechtspopulistisch und darf als politische Kraft von uns keine Akzeptanz erfahren. Alexander Gauland und seine Abgeordneten haben mit „ehrbaren Konservativen“ und „christlichen Werten“ nichts gemein; sie outen sich immer öfter als geistige Brandstifter. Neben der AfD bildet sich auch ein Spektrum völkisch angehauchter, rechtspopulistischer und rassistischer Bewegungen wie PEGIDA, KenFM, "besorgter Eltern" oder "besorgter Bürger/innen" rund um Flüchtlingsheime

sowie eine bunte Auswahl an Verschwörungstheoretiker/innen, die gegen den Islam, Ausländer/innen, LGBTIQ/Gender, Abtreibung oder allgemein gegen die "Jüdisch-amerikanische Weltverschwörung durch die Bilderberger und die FED" usw. Stimmung machen. Diesen Bewegungen ist zu Eigen, dass sie nicht mehr ganz so offen rassistisch oder antisemitisch sind wie die NPD und sich lieber das bürgerliche Jackett anziehen.

Selbstverständlich lehnen wir diese Gedanken entschieden ab. Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie haben in unserem Land nichts verloren. Egal wo im Land Brandenburg Nazis und Rechtspopulisten ihr Unwesen treiben: Wir waren und werden stets an vorderster Stelle beim Kampf für ein tolerantes Brandenburg sein. Mit unserer überparteilichen Kampagne „FÜR BRANDENBURG OHNE NEONAZIS“ gehen wir einen guten Weg gegen rechtes Gedankengut. Demonstrationen, Blockaden und Veranstaltungen zu Demokratie sind für uns wichtige Instrumente im Kampf gegen Nazis. Diese gilt es auch weiterhin ideell, personell und finanziell zu unterstützen. Wir verurteilen nach wie vor die Bespitzelung von Antifaschist/innen durch den Verfassungsschutz und lehnen die Extremismustheorie ab. Wir fordern solange ein NPD-Verbot, bis dieses endlich Realität wird.

Trotzdem muss man sich fragen, woher gerade dieses neue rechte Potential kommt, woher die niedrige Wahlbeteiligung und woher der Frust über Politik und Medien, der überall zu spüren ist. Sicherlich gibt es schon lange ein rechtes Potential in der Mitte der Gesellschaft, aber das Gefühl der Ohnmacht und das Gefühl, nicht mehr von den Parteien vertreten zu sein, hat sich verstärkt. Wir dürfen die Gefühle der Bevölkerung nicht ignorieren. Ohne die Unterstützung der Menschen hat die Demokratie keine Chance. Unser vorderstes Anliegen ist es darum, diesen Menschen das Vertrauen in die Demokratie zurückzugeben. Nur so können wir den Rattenfängern und Populisten wirklich die Stirn bieten. Deshalb wollen wir tagtäglich die Demokratisierung des Landes voranbringen. Der englische Sozialdemokrat und Journalist Neal Lawson hat es in seinem viel gelesenen Essay "Die goldene Ära ist vorbei" auf dem Punkt gebracht: "Sozialdemokraten müssen sich bewusst machen, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger nur ein Quell der Ermächtigung sein werden. Statt an Politikhebeln zu ziehen, wird es ihre Aufgabe sein, Plattformen zu schaffen damit Menschen kollektiv Veränderungen schaffen können." Es geht hierbei nicht darum, die PEGIDA oder die Aluhüte schönzureden, noch darum, die parlamentarische Demokratie vollends abzuschaffen. Wir wollen die Menschen stärker an der Gestaltung der Zukunft in unserem Land teilhaben lassen. Wir wollen die parlamentarische Demokratie attraktiver machen und gleichzeitig die Möglichkeiten für direkte Demokratie verbessern. Dies ist womöglich die größte Herausforderung, der wir uns je gestellt haben.

Sicherheit und Freiheit – Partner, keine Gegner

Viele Ängste der Bürger/innen vor „Fremden“ resultieren aus einem latenten Gefühl der Unsicherheit. Insbesondere an den Grenzen zu Polen und Berlin wächst die Angst vor Kriminalität. Diesem Problem werden wir uns in den nächsten Jahren verstärkt widmen. Denn nur wer sich sicher fühlt, kann Freiheit auch ausleben. Deshalb treten wir weiterhin für eine enge Polizeikooperation zwischen Brandenburg und Berlin sowie Polen ein. Wir begrüßen das in der Ratifizierung befindliche Partnerschaftsabkommen mit Polen. Wir kämpfen gemeinsam mit unseren Partnern für eine gute Ausstattung und Ausbildung der Brandenburger Polizei. Sicherheit in Brandenburg ist Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Projekte in der Kriminalprävention, die in Zusammenarbeit von Polizei, Politik, Kommune und Bürger entstehen, weiter finanziell und ideell unterstützt werden.

Brandenburg aktiv gestalten

Unser Land Brandenburg dünnt weiter aus. Gerade junge Menschen und insbesondere Frauen ziehen hier weg. Auch wenn viele wieder zurückkehren, müssen wir dafür sorgen, dass Brandenburg zu einem Land wird, in das es Menschen zieht, in dem Menschen gerne bleiben und in dem sie Kinder kriegen können.

Wir beziehen in dieser Frage oft eine ganz andere Position als die Partei. In den letzten Jahren bestand die Politik darin, sich diesem Trend anzupassen. Oft wird nur auf dem Bevölkerungsschwund mit der Ausdünnung von Daseinsvorsorge reagiert anstatt ihr aktiv entgegenzuwirken. Jenseits von neuen Gewerbeparks mit gescheiterten Investoren und komischer Großprojekte wurde dabei leider nicht viel gedacht. Wir beschäftigen uns mit Alternativen jenseits der ausgetretenen Pfade. Wir fragen uns, was für neues Potential in regionaler, ökologischer Wirtschaft, Kreativwirtschaft, erneuerbaren Energien und natürlich in Wissenschaft und Forschung steckt. Für uns ganz wesentlich sind dabei gute Hochschulen, die junge Leute ins Land holen, gute Handy- und Breitbandnetze, vernünftige Infrastruktur und guter Service durch Kommunen und Landesbehörden. Es muss alles dafür getan werden das Menschen hier bleiben und herkommen.

Bildung, Ausbildung und Wissenschaft

Bildung ist Menschenrecht und der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. Deshalb kämpfen wir weiterhin für einen kostenlosen Bildungsweg – von der Kita bis zum Erststudium! Wir kämpfen weiterhin für eine gute Schule ohne Bulimie-Lernen oder G8. Wir kämpfen weiterhin für mehr Sozialarbeiter/innen an unseren Schulen. Wir kämpfen weiterhin für eine vernünftige Ausfinanzierung für die inklusive Bildung.

Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass mehr Schüler/innen ihre Schulausbildung beenden. Viele Jugendliche beginnen nach ihrem Schulabschluss eine Ausbildung. Wir wollen Jugendlichen, die sich für eine Ausbildung entscheiden, in Brandenburg eine Perspektive geben. Dazu braucht es in erster Linie eine Aufwertung von allen Ausbildungsberufen durch eine Mindestausbildungsvergütung i.H.v. 500 € (netto), bessere Ausbildungs- und Berufsschulbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und vor allem auch Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf. Außerdem wollen wir die duale Ausbildung stärken und die Akademisierung von Ausbildungsberufen fördern, wo es die Ausbildungsbedingungen zulassen. Zusätzlich muss das Land, zusammen mit den Kommunen, Wohnheimplätze schaffen bzw. subventionierten Wohnraum anbieten. Unsere Hochschulen müssen vernünftig ausfinanziert werden und die Lehr- und Studienbedingungen müssen weiter verbessert werden. Daran führt bei uns kein Weg vorbei. Die Hochschulgesetznovelle muss überprüft und bei Mängeln angepasst werden. Brandenburg muss die Belange von Studierenden ernster nehmen und ggf. Studienkapazitäten ausbauen. Die jetzigen Hochschulstandorte müssen mindestens erhalten bleiben. Wir lehnen Eingriffe in die Hochschulautonomie ab.

Auf allen Bildungsebenen wollen wir Schüler/innen und Studierenden mehr Beteiligungsrechte verschaffen bzw. diese erhalten. Wir setzen uns nicht zuletzt auch für bessere Arbeitsbedingungen der Hochschulmitarbeiter/innen ein.

Europa, Internationales und Entwicklungshilfe

Mit großer Sorge beobachten wir, wie Europa wieder in Kleinstaaterei zu verfallen scheint, anstatt zusammenzuwachsen. Das größte Friedensprojekt der Welt hat an allen Ecken und Enden mit Problemen zu kämpfen, sei es die Staatsschuldenkrise und die

weiter anhaltende Wirtschaftskrise innerhalb der europäischen Grenzen oder zunehmende Konflikte in aller Welt und direkt vor der Haustür. Für uns ist klar, dass diese Probleme nur durch ein gemeinsames, solidarischeres und demokratischeres Europa zu überwinden sind. Besonders hart trifft die Krise die jungen Menschen. Jeder zweite bis dritte hat v.a. in den südlichen EU-Staaten keinen Job. Das starke Nord-Süd- sowie West-Ost-Gefälle und die Chancen- und Perspektivlosigkeit für sozial Schwache fördern europafeindliche Kräfte in allen Staaten der EU.

Für uns ist klar, dass nationalistische Denkweisen überwunden werden müssen, damit in geeintes Europa den Frieden für alle fördern kann. Allen voran muss Deutschland Verantwortung für alle Bürger/innen Europas übernehmen. Ihnen muss bewusst werden, wie wichtig die EU für ihr tägliches Leben ist und wie viele Chancen sich dadurch auch eröffnen können. Das „ferne Brüssel“ und die wachsende soziale Ungleichheit lösen hingegen Ängste und Skepsis aus.

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass die europäische Idee durch eine europäische Identität in den Köpfen der Bürger weiter wächst. Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland, Europa und überall auf der Welt werden wir weiterhin verfolgen, um uns tagesaktuell dazu positionieren zu können. Ob zum Arabischen Frühling, zu den Protesten auf dem Maidan, in der Türkei oder auf der Krim: wir werden uns für Freiheit, Frieden, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Frieden sowie Solidarität mit den Menschen in Israel und Palästina stehen für uns im Vordergrund. Deshalb wird sich der LAK Europa/Internationales auf einer Klausur, die auch als Vorbereitungstreffen für zukünftige Nahost-Austauschmaßnahmen dienen soll, zu diesem komplexen Themengebiet positionieren.

Der Kampf gegen die extreme Armut auf der Welt ist eine fortwährende Aufgabe. Sowohl Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich diesem Kampf verpflichtet fühlen. Deutschland muss endlich 0,7 % des BIP für die Förderung von Entwicklungsländern bereitstellen und Alternativen zur konventionellen Entwicklungshilfe aufzeigen. Außerdem dürfen die vereinbarten „Millenniumsziele“ nicht aus den Augen gelassen werden.

Refugees Welcome!

Immer mehr Menschen fliehen aus ihren Herkunftsländern aufgrund von Konflikten, politischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung. Zuflucht suchen die Flüchtlinge oftmals in der „Festung Europa“. Die europäische Grenzpolitik, wie sie aktuell praktiziert wird, lehnen wir strikt ab. Die Institution „Frontex“ mit ihren Aufgaben und Mitarbeitern handelt am Rande der Menschenrechte bzw. der Menschenwürde und gehört daher umgehend abgeschafft. Das Abdrängen von Flüchtlingsboten, das Schießen auf Flüchtlinge und das Kentern von Booten sind nicht mit den Grundwerten der Europäischen Union vereinbar! Europa als Gemeinschaft, und Deutschland im Besonderen, ist offen für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen. Mittelfristig kommen wir dabei nicht um ein neues Ausländergesetz herum. Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien sind für uns keine „sichere Herkunftsstaaten“. Die betroffenen Balkanstaaten als sicher einzustufen, ist fernab jeder Realität, denn dort leben Menschen, die von Krieg, politischer Verfolgung und wirtschaftlicher sowie sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Diesen Menschen, oft Sinti und Roma, muss ein faires Asylverfahren eingeräumt werden. Schon jetzt werden durch die Asylschnellverfahren viele Anträge unzureichend geprüft, was zu hohen Ablehnungsquoten führt.

Dennoch muss in Europa ein gemeinsamer Schlüssel der Verteilung eingehalten werden. Wir setzen uns für eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge ein.

Auch in unserem Land Brandenburg sind Flüchtlinge ein großes Thema. Oft sind geplante neue Flüchtlingsunterkünfte Anlass für rassistischen Protest. Diesem stellen wir uns entgegen. Trotz dieser leider üblichen Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte entstehen überall im Land Willkommensinitiativen. Wir begrüßen diese Initiativen und

engagieren uns dort nach allen Kräften. Ehrenamtliche Willkommenskultur wird zum wichtigsten Baustein für die Integration von Flüchtlingen in Deutschland zum einen und Deutschen in die Einwanderungsgesellschaft zum anderen. Sei es der ehrenamtlich organisierte Deutschkurs, die Begleitung in die Ausländerbehörde oder das gemeinsame kochen und spielen mit Familien von Flüchtlingen und Deutschen, all diese Dinge schaffen ein Klima der Akzeptanz und der Geborgenheit.

Trotzdem gibt es noch zahlreiche Probleme. Oft spielen Ausländerbehörden und lokale Entscheidungsträger/innen eine unrühmliche Rolle in der Flüchtlingspolitik. Dass unser Innenminister einem Winterabschiebestopp eine Absage erteilt, viele Sammelunterkünfte in einem unwürdigen Zustand sind, es immer noch Gutscheine und Abschiebeknäste gibt und Frauen mit kleinen Kindern in die Obdachlosigkeit abgeschoben werden, ist ein Skandal.

Wir verlangen darüber hinaus auch, dass die Bevölkerung bei der Neueinrichtung von Flüchtlingsunterkünften mitgenommen und angehört wird. Die Einflussnahme von Nazis und Rassisten auf "besorgte Bürger" kann vermieden werden, wenn sich Politik und Verwaltung frühzeitig den Sorgen der Bürger annehmen. Ombudsleute für Fragen und Anregungen sowie lokale und landesweite Flüchtlingskonferenzen mit Willkommensinitiativen und nicht zuletzt den Flüchtlingen selbst sind ein probates Mittel dafür.

Kommunen

Die Städte und Gemeinden des Landes machen für uns Brandenburg aus. Sie sind Orte der lokalen Identifikation und bilden Rückrat und Kristallisationspunkt für ein gutes Gemeinwesen. Wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass unsere Kommunen für ihre Aufgaben gut ausfinanziert werden, dass die Bewohner/innen der Städte und Gemeinden im kommunalpolitischen Prozess beteiligt werden und dass Kommunalverwaltungen noch besser und effizienter für die Menschen arbeiten können. Die Mittel und Wege dies zu erreichen sind vielfältig. Kreisgebietsreformen und Funktionalreformen gehören sicherlich dazu. Wir werden darauf achten, dass die anstehenden Reformen nicht zu einer Verschlechterung des Angebots kommunaler Dienstleistungen führen, dass den Menschen weiterhin einen Bezug zu ihrer Heimatkommune aufrechterhalten bleibt und dass sie sich im politischen Prozess beteiligen können.

In einer Studie wurde errechnet, dass es in Brandenburger Gemeinden nur rund alle 64 Jahre ein Bürger/innenbegehren gibt. Knapp ein Drittel der gestarteten Bürger/innenbegehren scheitern schon von Anfang an auf Grund von überzogenen Formalien. Die Grundbedingungen für Bürgerbeteiligung müssen deshalb, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, verbessert werden. Wir müssen vor Ort aber auch für Kinder- und Jugendparlamente kämpfen und für Bürger/innenhaushalte werben. Wir werden weiter gegen die Ausdünnung und Privatisierung von kommunalen Angeboten wie z.B. die Kürzung von Kulturangeboten kämpfen.

Die Menschen müssen sich in ihren Heimatgemeinden und Städten wohl fühlen und sie mitgestalten können. Lebenswerte und handlungsfähige Kommunen bilden weiterhin ein Kernziel unserer Arbeit.

Verkehrsinfrastruktur und Mobilität

Mobilität spielt für alle Teile der Bevölkerung eine wichtige Rolle, deshalb brauchen wir ein Umdenken in unserer Sichtweise gegenüber der Infrastruktur. Nur mit einer gut ausgebauten Infrastruktur wird Brandenburg weiterhin ein zukunftsfähiges Land für Jung und Alt sein. Dabei lautet unsere Devise „Schiene vor Straße“. Wir wollen den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Damit sorgen wir für eine Entlastung der

Straßen und die Verbesserung des schienengebundenen Verkehrs. Um dies zu ermöglichen, muss die Schieneninfrastruktur in Brandenburg erstens erhalten und zweitens weiter ausgebaut werden. Dafür braucht es ein "Konjunkturpaket Schiene" sowie eine Stabilisierung und langfristige Erhöhung der Regionalisierungsmittel durch den Bund. Es darf nicht aufgrund der derzeitigen Unterfinanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) zu Strecken- und Bahnhofsschließungen oder zu schlechteren Leistungen (weniger Züge, größere Takte) kommen. Der Bund darf Bundesländer und Kommunen nicht alleine stehen lassen. Vor allem in Flächenländern dürfen nicht nur Fahrgastzahlen ausschlaggebend sein, sondern dort muss es einen Flächenfaktor geben, der absichert, dass alle Teile des Landes vom Regionalverkehr profitieren.

In den peripheren Regionen, v.a. dort wo kein SPNV mehr bestellt wird, muss eine Stärkung der übrigen Nahverkehrsangebote vom Land erfolgen. Dabei müssen Bürgerbusse, Kombibusse und Ruftaxis den Schienenverkehr ergänzen, nicht ersetzen. Auch im Berliner Umland ist der ÖPNV kaum ausreichend. Hier müssen wir flexible Lösungen finden, um die Mobilität der Menschen sicherzustellen.

Verkehrsinfrastruktur und Mobilität sind wichtige Aufgaben des „Vorsorgenden Sozialstaates“. Deshalb stellen wir uns gegen weitere Pläne von Teilprivatisierungen der Deutschen Bahn und ihres Schienennetzes. Auch das "Vierte EU-Eisenbahnpaket" muss auf den Prüfstand gestellt werden. Aber auch ein fairer Wettbewerb zwischen Schiene und Straße ist wichtig, deshalb wollen wir die Fernbusliberalisierung hinterfragen, damit diese nicht den Schienenverkehr kaputt konkurriert.

Das Land Brandenburg muss, zusammen mit dem VBB, durch attraktive Angebote um die „Kunden von morgen“ werben. Damit das gelingt, müssen noch bessere Anreize geschaffen werden. Durch regelmäßigeren und schnellere Takte in die Metropolregion Berlin und die jeweiligen Ober- und Mittelzentren sollen alle Städte und Dörfer von einem flächendeckenden ÖPNV profitieren. Außerdem muss das Land Brandenburg, zusammen mit dem Land Berlin und den Kommunen, einen fahrscheinlosen ÖPNV prüfen. Auch beim Schulweg sollten die Schüler/innen auf den ÖPNV setzen. Wir stehen für "kostenlose Bildung von Anfang an" – dies muss auch für die Schüler/innenbeförderung gelten. Auch wenn wir erreichen wollen, dass mehr Menschen mit Bahn und Bus fahren, möchten wir auch, dass Autofahrer/innen sicher ihr Ziel erreichen. Die Pflege von unseren Land- und Bundesstraßen ist dabei besonders wichtig. Doch hier müssen Brennpunkte ausgesucht werden. Durch ein (Aus-)bau von Umgehungsstraßen wollen wir unsere – teilweise historischen – Innenstädte vor Lärm und Belastung, v.a. durch LKWs, bewahren. Beim Neu- und Umbau von Kreuzungen und Gabelungen sollen Kreisverkehre anstatt Ampeln gebaut werden.

Wir wollen unsere Straßen noch sicherer machen. Einen besonderen Gefahrenschwerpunkt bilden unsere vielen Alleen. Diese machen unser Bundesland zwar einzigartig, doch sind sie nicht nur ein schönes Naturerlebnis, sondern haben auch ein großes Gefahrenpotential. Wir wollen und müssen unseren typischen Alleecharakter erhalten, aber auch Sicherheitsaspekte beachten. Durch (Teil-)Geschwindigkeitsbegrenzungen, Überholverbote und mehr Warnschilder, v.a. in Kurven, wollen wir unsere Alleen sicher machen. Und auch an Kitas und Schulen im ganzen Land die Geschwindigkeitsregelungen angepasst werden.

#digitalleben – auch in Brandenburg!

Das Internet hat in den letzten Jahren für die Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewonnen. Daher setzen wir uns für ein flächendeckendes, bezahlbares und neutrales Breitbandnetz in ganz Brandenburg ein. Dies bildet die Grundlage für die digitale Teilhabe an der Gesellschaft und macht Brandenburg auch für junge Unternehmensgründer/innen attraktiv. Auch die SPD und die Verwaltungen dürfen sich

dieser nicht verschließen und müssen den digitalen Wandel kontinuierlich mitgehen. Wir fordern daher mehr digitale Mitbestimmungs- und Informationsmöglichkeiten zu nutzen! Für uns bedeutet Internet einen freien Raum zum Austausch von Wissen, Kultur und Meinungen. Es bietet schnelle Kommunikation und neue Möglichkeiten. Damit das Internet aber ein freier Ort bleibt, darf es nicht der Daten-Sammelwut der Geheimdienste und Unternehmen – oder der stärker werdenden Cyberkriminalität – zum Opfer fallen. Hierfür fordern wir klare Regeln und setzen uns gegen das Ziel des gläsernen Bürgers ein. Aufgrund dieser Entwicklungen kann das Internet besonders für Unerfahrene schnell zur Falle werden. Dies zu verhindern fängt schon in der Schule an: Wir setzen uns daher für eine medienpädagogische Ausbildung und die Förderung des Programmierunterrichtes in den Brandenburger Schulen und eine feste Verankerung in den Lehrplänen ein.

Wirtschaft und Energie

Die brandenburgische Wirtschaft sichert unseren Wohlstand. Eine starke Industrie ist dabei die Basis wirtschaftlichen Erfolges. Zu einer erfolgreichen Wirtschaft gehört aber auch der Schutz von Arbeitnehmer/innenrechten und Umwelt. Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Naturschutz sind für uns deshalb keine Gegensätze. Der Wirtschaftsstandort Brandenburg sowie regionale Wachstumskerne müssen gestärkt werden. Dabei hat die Wirtschaft dem Menschen zu dienen – nicht umgekehrt.

Besonders wünschen wir uns von der Landesregierung eine koordinierte Forschungs-, Ansiedlungs- und Gründungspolitik mit dem Ziel, Kompetenzcluster für zu definierende Technologiebereiche aufzubauen. So können langfristig durch neue Forschungs- und Produktionsstandorte, aber auch durch die Ansiedlung des Managements erfolgreicher und global konkurrenzfähiger Unternehmen Wertschöpfungskapazitäten in die Region geholt werden. Als Technologiebereich für den Aufbau eines Kompetenzclusters bieten sich aufgrund des großen Potentials beispielsweise Stromspeichertechnologien an. Auch insgesamt treten wir für eine noch stärker Unterstützung junger Unternehmensgründer/innen ein – sie beleben mit ihren Innovationen unsere Wirtschaft und sind das Fundament eines in Zukunft noch breiteren und stärkeren Mittelstandes. Die flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet ist eine wichtige Voraussetzung für die Chancengleichheit von Bürgerinnen und Bürgern sowie regionaler Wirtschaft in Brandenburg.

Wir als Jusos müssen uns auch nach alternativen Formen des Wirtschaftens umsehen. Genossenschaftliche und kooperative Wirtschaftsformen, die in der Lage sind, regionale Kreislaufwirtschaft und lokale Produktionsketten wieder zu errichten, müssen mehr gefördert werden. Gerade in Zeiten der kapitalistischen Dauerkrise müssen wir uns fragen, welche Art des wirtschaftlichen Wachstums wir wollen und welchen Preis wir dafür zu zahlen bereit sind.

Von großer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes ist weiterhin eine so konsequente wie nachhaltige Fortführung der Energiewende. Brandenburg hat sich hier in den letzten Jahren zum Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien entwickelt. Wir möchten, dass Brandenburg bei der Energiewende auch in Zukunft vorangeht und seine Vorreiterrolle ausbaut. Wichtig sind dafür - neben dem weiteren Ausbau regenerativer Energieumwandlungskapazitäten – zunehmend auch andere Herausforderungen wie etwa ein Umbau der Energienetze, die zukünftige Gestaltung des Energiemarktes, die Entwicklung von Speichertechnologien und eine effizientere Energienutzung. Wir sehen die Energiewende als Chance für eine dezentralere Energieversorgung, die in den Händen viele einzelner Bürgerinnen und Bürger liegt und somit eine regionale Stromerzeugung zur Deckung des regionalen Bedarfs ermöglicht.

Bei dem für das Gelingen der Energiewende dennoch notwendigen Ausbau der Stromnetze setzen wir uns für Erdkabel-Lösungen ein, wo immer diese möglich sind.

Bedenken und kritische Fragen der Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau der Erneuerbaren Energien nehmen wir sehr ernst. Die Energiewende kann nur dann zum Erfolg werden, wenn sie von der Bevölkerung verstanden, akzeptiert und unterstützt wird. Breite Bürgerbeteiligung ist daher unabdingbar. Deshalb setzen wir uns überall für offene Gespräche mit Kritikern und Befürwortern, wo Vorhaben wie etwa neue Windkraft- oder Biogasanlagen realisiert werden sollen. Dies gilt natürlich ebenfalls für mögliche „Fracking“-Vorhaben in der Zukunft. Bei den Planungen zu neuen Vorhaben im Bereich der Energieversorgung müssen die zuständigen Ministerien, die Planungsgemeinschaften, Unternehmen und kommunalen Vertretungen in erster Linie das Wohl von Mensch und Natur berücksichtigen – und nicht nur Aspekte der Gewinnmaximierung. Die Gesundheit der Bevölkerung ist dabei durch strengere Regelungen zum Schutz der Anwohner noch besser als bisher zu schützen. Dennoch muss eine weitere Nutzung des großen Potentials der Windenergie in unserem Land möglich bleiben. Ziel der Landespolitik sollte es dabei aber auch sein, zu garantieren, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen noch stärker als bisher von Anlagen zur regenerativen Energieumwandlung wie etwa Windrädern – und in Zukunft auch Energiespeicheranlagen – profitieren.

Deshalb begrüßen wir, dass Energiegenossenschaften die Stromerzeugung vor Ort in die Hand der Bürgerinnen und Bürger legt.

Perspektivisch führt für uns an einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung kein Weg vorbei. Dieser Ausstiegsprozess muss jedoch die Interessen der vielen Tausend Menschen insbesondere in der Lausitz berücksichtigen, deren Arbeitsplätze zurzeit von der Braunkohle abhängen. Daher sollte er behutsam und überlegt erfolgen – einen sofortigen Stopp der Braunkohleverstromung lehnen wir ab.

Die geplanten Wirtschaftsabkommen TTIP, TISA und CETA betreffen uns auch in Brandenburg. Sicherlich ist nichts gegen den Abbau von Zollschränken u.a. unnötiger Bürokratie einzuwenden, jedoch sehen wir diese Abkommen eher kritisch. Nicht nur die drohende Herabsetzung von Standards bei Produkten und Dienstleistungen, die fehlende Transparenz der Verhandlungen und die Gefahr der Aushebelung von Arbeitnehmer/Innenrechten stößt uns sauer auf, sondern v.a. auch die internationalen Schiedsgerichte, welche die Interessen von privaten Investoren gegenüber von Staaten jenseits der regulären Gerichtsbarkeit durchsetzen sollen! Letztere können Brandenburg im Hinblick auf die Braunkohleproblematik ganz besonders betreffen.¹

1 Der Vattenfallkonzern hat in der Vergangenheit gerne vor geheimen Schiedsgerichten geklagt u.a. gegen die Stadt Hamburg wegen neuer Auflagen für Kohlekraftwerke. Zukünftige Eigner der Braunkohleverstromung in Brandenburg können dies nachmachen, wenn z.B. ein früherer Kohleausstieg beschlossen wird oder der Konzern für die Verockerung von Flüssen belangt werden soll.

Insofern fordern wir Dietmar Woidke, als SPD-Landesvorsitzenden und Mitglied des SPD Parteivorstandes auf, innerparteilich hier entscheiden die Beschlüsse des Parteikonvents und somit die Interessen der Parteibasis auch gegenüber des SPD-Parteivorsitzenden durchzusetzen. Wir fordern ferner die Landesregierung und Dietmar Woidke, in seiner Rolle als Ministerpräsident auf, Kritik an TTIP, TISA und Co. stärker in den Bundesrat und in der Öffentlichkeit zu tragen. Dies ist unserer Auffassung nach letztlich im Interesse Brandenburgs.

Ökologie, Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Die Themenfelder Ökologie, Naturschutz, Umwelt und Landwirtschaft sind viel umfassender und sollten auf der Tagesordnung der Jusos Brandenburg stehen. Der

Raubbau an der Natur ist gerade in Brandenburg zu spüren. Das beste Beispiel hierfür ist die Verockerung der Spree, durch den Braunkohletagebau oder drastische Wetterlagen bis hin zum Klimawandel. Der Eintrag von Gülle aus der Großviehtierhaltung, welche das Algenwachstum bis hin zu Umkippen ganzer Seen beschleunigt stellt ein Problem dar. Die Belastung von Chemikalien in den Böden beispielsweise durch Pestizide stellt die Landwirtschaft vor große Herausforderungen.

Wir müssen uns auch in Zukunft mehr mit ökologischen Fragen auseinandersetzen, da Brandenburg von einer soliden und gesunden Umwelt abhängig ist. Ein wichtiges Feld wird dabei die Landwirtschaft und Tierproduktion sein. Das Land Brandenburg ist ländlich geprägt und aus diesem Grund spielt die Landwirtschaft eine besondere Rolle. Das Wohl der Tiere, der Umwelt und der Verbraucher sollte für uns an zentraler Bedeutung gewinnen. Deshalb stehen wir für eine landwirtschaftliche Produktion, die

nicht vorrangig auf große Tierfabriken und riesige Monokulturen setzt. Die Nahrungsmittelproduktion, die viele Menschen brauchen, ist sicherlich ein wesentlicher Bestandteil auf die wir nicht verzichten wollen. Dennoch sind Produkte aus ökologischer Produktion, sowie aus regionalen Wirtschaftsbeziehungen oft besser und stellen unsere Beziehung zu dem, was wir essen wieder auf die richtigen Beine. Regionale Vermarktungsstrukturen müssen weiter ausgebaut und die Agrarwirtschaftsinitiative fortgesetzt werden, damit sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft wettbewerbsfähig sind. Gentechnik lehnen wir weiterhin ab. Nicht zuletzt ist auch der Artenschutz ein großes Thema in Brandenburg. Wir begrüßen es, dass sich Wolf und Biber hier wieder heimisch fühlen, nehmen aber auch die Sorgen der Bevölkerung zur Kenntnis. Letztendlich müssen wir Menschen uns an das Erscheinen dieser Tierarten gewöhnen und einen Weg finden wie wir den Umgang mit diesen Tierarten gestalten.

Ehrenamt und Sport

Ehrenamtler/innen erfüllen wichtige gesellschaftliche Funktionen. Durch ihre freiwillige Arbeit übernehmen sie nicht nur Aufgaben, die von Politik und Wirtschaft kaum noch zu erfüllen sind – sie sichern auch den sozialen Zusammenhalt vor Ort. Deshalb sind die Förderung und die Anerkennungskultur wichtige Faktoren für ein ehrenwertes Ehrenamt. Die Nachwuchsförderung spielt dabei eine besonders wichtige Aufgabe, damit das

Ehrenamt erhalten bleibt. Mit der Ehrenamtskarte und den monatlichen Auszeichnungen als „Ehrenamtler/in des Monats“ wurde ein guter Anreiz geschaffen, diese Arbeit fortzusetzen oder aufzunehmen. Sport ist nicht nur eine Freizeitbeschäftigung. Sport nimmt in unserer Gesellschaft eine wichtige Stellung ein. Er steht für Gemeinschaft, Gesundheit und die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Die finanzielle Förderung von Vereinen, der Bau und die Erhaltung von Sportanlagen und die Anerkennungskultur für die vielen ehrenamtlichen Trainer müssen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Ehrenamt im Sport und die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Schulen muss gestärkt werden.

Einer Mitbewerbung Brandenburgs zu den Olympischen Spielen stimmen wir nur unter bestimmten Bedingungen zu. Dazu gehören bspw. ein intelligentes Infrastrukturkonzept und die gute Nutzbarkeit der Sportstätten sowie die Einbeziehung der nationalsozialistischen Geschichte rund um den Olympiastandort Berlin.

Das alles – und noch viel mehr!

Neben den vielen bereits angesprochenen Themen beschäftigen wir uns aber in den nächsten Jahren mit weiteren Themen, die politischer und gesellschaftlicher Alltag sind. Wir werden uns, zusammen mit den Jusos Berlin, Gedanken über Perspektiven der eigenständigen Bundesländer Brandenburg und Berlin machen, um die Zusammenarbeit der Länder zu stärken.

B – Bildung und Wissenschaft

Antragsteller: UB MOL

Themengebiet: B 1

Titel / Überschrift: : Stimmrecht für alle Klassensprecher

Zur Weiterleitung an die Brandenburgische SPD und die SPD-geführte Landesregierung

B 1	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg fordern das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie die SPD-Landtagsfraktion auf, § 84 (1) des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg zu ändern.

Ziel der Änderung soll es sein, alle Klassensprecher/innen als abstimmungsberechtigte Mitglieder der Konferenz der Schülerinnen und Schüler anzuerkennen.

Antragsbegründung:

Aktuell sind die Klassensprecher der Jahrgangsstufen 4-6 nur beratende Mitglieder der Konferenzen der Schülerinnen und Schüler¹.

Durch diese Regelung haben die Sprecherinnen und Sprecher dieser Klassen in der Konferenz, die ihre Interessen vertreten soll, nur die Rechte, die auch durch die jeweiligen anderen Konferenzen als beratende Mitglieder gewählten Lehrer und Eltern haben².

Dies kann in den betroffenen Klassen und unter den betroffenen Sprechern die Politikverdrossenheit steigern und steht auch gegen der den Konferenzen der Schülerinnen und Schüler zugeordneten Aufgabe, „die Mitwirkungs- und Verantwortungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler [zu fördern]“³.

Antragsteller: Juso-Hochschulgruppe Potsdam

Themengebiet: B 2

Titel / Überschrift: Pflichtpraktikum in Landesministerien vergüten!

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorstand und den Buko

B 2	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Wir fordern, Pflichtpraktika für Studierende in Behörden generell nach den Regeln des Mindestlohngesetzes zu vergüten.

Antragsbegründung:

Derzeit sind Pflichtpraktika in Landesministerien unvergütet. Sie dauern mehrere Monate an und nehmen nahezu eine volle Arbeitswoche in Anspruch.

Immer mehr Studienordnungen sehen ganze Praxissemester vor, häufig liegt die Mindestdauer bei 15 Wochen. Das ist keine Dauer, die man mal eben mit Ersparnissen überbrücken kann und die Doppelbelastung von Praktikum und Job ist hoch. Außerdem bleiben einem bei einem Praktikum in der Verwaltung nur die Abendstunden bzw. das Wochenende zum arbeiten übrig. Das sorgt dann dafür, dass man eine 7-Tage-Woche hat oder an einem Tag bis zu 15 Stunden arbeitet (Praktikum und Nebenjob). Viel Zeit für ehrenamtliches oder politisches Engagement bleiben dabei nicht.

Viele Studierende schrecken von einem Praktikum in der (Landes-)Verwaltung zurück, da sie sich das nicht leisten können oder sich die Doppelbelastung aus Praktikum und Nebenjob nicht antun möchten. Es kann nicht im Interesse der Landesregierung sein, dass sich gut ausgebildete und an der Verwaltung interessierte Studierende eher ein Praktikum in der Wirtschaft suchen und dort möglicherweise in den Arbeitsmarkt kommen. So gehen der Landesverwaltung gut ausgebildete, junge potentielle Angestellte verloren, die dringend benötigt werden.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: B 3

Titel / Überschrift: Übergangsregelung für Hort und Ferienbetreuung für geistig und körperlich behinderte Kinder in Brandenburg schaffen

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorstand.

B 3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert eine landesweite Übergangsregelung für Hort- und Ferienbetreuung/Schulanschlussbetreuung von geistig und körperlich behinderten Kindern zu schaffen, bis die Gesetzeslücke für die Hortbetreuung von Kindern mit Behinderung, die über 12 bzw. 14. Jahre alt sind, auf Bundesebene über das Bundesteilhabegesetz geschlossen ist.

Antragsbegründung:

Nach aktueller Rechtslage haben Kinder mit Behinderungen, gleich welcher Art, wie jedes andere Kind, einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Dieser Rechtsanspruch gilt im Land Brandenburg nicht nur bis zur Einschulung, sondern für Grundschüler auch für den Besuch eines Hortes. Eine entsprechende Sonderregelung hat die Landesregierung dazu im letzten Jahr erlassen.

Wenn ein Kind auf Grund einer Behinderung einen besonderen Förderbedarf hat, der vom „normalen“ Leistungsspektrum der Kindertagesbetreuung nicht ohne Weiteres gedeckt wird, kann dieser Bedarf durch Leistungen der Jugendhilfe (für seelische Behinderung oder Erziehungshilfebedarf, SGB VIII) oder der Sozialhilfe (für körperliche und geistige Behinderung, SGB XII) gedeckt werden. Über Art und Umfang der entstehenden Kosten, die für den besonderen Förderbedarf ggf. entstehen, entscheidet der örtliche Träger der Sozialhilfe oder der Jugendhilfe.

Bis zur Einschulung klappt dieses System in der Regel ganz gut. Schwierigkeiten und Hindernisse treten jedoch dann auf, wenn ein Kind mit besonderem Förderbedarf eingeschult wird und einen Hort besuchen will. Ab diesem Zeitpunkt beginnen besondere Schwierigkeiten rund um die Finanzierung des besonderen Förderbedarfs.

Träger der Eingliederungshilfe, die die jeweils erforderlichen Hilfen bereitstellen müssten, sehen sich für Kinder im Schulalter durch den bundesrechtlich in § 2 des SGB XII bestimmten Nachrang der Sozialhilfe daran gehindert, unterstützende Leistungen zu gewähren, solange die Eltern durch Einkommen und Vermögen finanziell in der Lage sind, die erforderliche Zusatzbetreuung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Während vor der Einschulung die erforderlichen Zusatzleistungen als sogenannte „privilegierte Leistung der Frühförderung“ erbracht werden, bei denen die Kostenbeteiligung der Eltern gemäß § 92 SGB XII auf die häusliche Ersparnis beschränkt ist, und Leistungen, die einer angemessenen Schulbildung dienen, ebenfalls als Eingliederungshilfe übernommen werden, gelten die erforderlichen Zusatzleistungen nach der Schule und in den Schulferien, die sich je nach Art der Behinderung durchaus von dem Unterstützungsbedarf in der Schule unterscheiden können, als „nicht privilegierte“ Leistungen der Teilhabe mit der Folge, dass die Eltern die Kosten dieser Zusatzleistungen weitgehend selbst zu tragen haben.

Im Falle mehrerer betroffener Eltern macht das im Monat schnell 800-900 Euro aus. Der Nachrang der Sozialhilfe geht teilweise sogar so weit, dass bereits die fachliche Prüfung unterbleibt, welcher Unterstützungsbedarf im Einzelfall besteht. Dies führt dazu, dass Hortverträge in Einzelfällen verweigert oder sogar ein bestehender Hortvertrag gekündigt werden. Viele betroffene Eltern können ihr behindertes Kind angesichts dieser Unsicherheiten dann nicht in die Hortbetreuung geben. Sie sind dann gezwungen, ihre Arbeitszeit zu verkürzen oder gar nicht mehr arbeiten zu gehen.

Brandenburg hat wegen der Schnittstellenprobleme beim SGB VIII und SGB XII im Jahr 2013 mit einem „Kindertagesstättenanpassungsgesetz“ geregelt, dass eine Heranziehung zu den Kosten einer Leistung der Eingliederungshilfe für Kinder im Grundschulalter nach §§ 53, 54 SGB XII nicht erfolgt. Brandenburg hat damit im Vorgriff auf eine Klarstellung des Bundes im Bundesteilhabegesetz die Finanzierung für Kinder mit Behinderungen im Grundschulalter geregelt.

Offen bleibt aber nach wie vor, wer die Finanzierung der Eingliederungshilfe nach der Grundschulzeit trägt. Denn auch dann muss verhindert werden, dass Eltern ihre Arbeit aufgeben müssen, weil ihre Kinder in der Nachmittagszeit keine adäquate Betreuung haben. Entsprechende Trägervereine gibt es bereits. Allerdings ist eine Finanzierung nach der Grundschulzeit aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht möglich. Diesen Missstand gilt es nun auf Landesebene zu beseitigen.

Antragsteller: UB PM

Themengebiet: B 4

Titel / Überschrift: Eine staatliche Medizin-Fakultät für Brandenburg

Zur Weiterleitung an LDK, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion.

B 4	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die LDK möge beschließen: Die SPD Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine staatliche humanmedizinische Ausbildung in Brandenburg einzusetzen.

Dafür muss ein geeigneter Standort gesucht werden und Finanzierungsmöglichkeiten evaluiert werden.

Antragsbegründung:

Als einziges Bundesland hat Brandenburg keine humanmedizinische Fakultät an einer staatlichen Hochschule. Zwar gibt es die Möglichkeit an privaten Hochschulen auch in Brandenburg Medizin zu studieren, jedoch handelt es sich dabei um ein sehr kostspieliges Studium - auch wenn ein es bei bestimmten Voraussetzungen gefördert wird.

Brandenburg braucht ÄrztInnen, so sollte man diese auch selbst ausbilden. Insbesondere in der Peripherie ist der Ärztemangel kein Fremdwort. Daher müssen Anreize geschaffen werden, junge ÄrztInnen in Brandenburg zu halten. Ein Studienplatz in Brandenburg schafft erste Schritte in diese Richtung, da die ÄrztInnen durch ihr Studium bereits hier Fuß fassen können.

Die Standorte der BTU Cottbus, der Unversität Frankfurt Oder wie auch der Universität Potsdam würden wichtige Bausteine für eine humanmedizinische Fakultät bieten. An beiden Standorten sind große Kliniken schon im näheren Umkreis der Fakultäten gegeben. Zudem wäre es wünschenswert, wenn an einer solchen neuen Fakultät dann auch die Zulassungsvoraussetzungen sich mehr auf die Qualifikation als auf den Notendurchschnitt der allgemeinen Hochschulreife richten würde.

Antragsteller: UB OSL

Themengebiet: B 5

Titel / Überschrift: Stopp der Smartboard-Anschaffung an Brandenburger Schulen

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

B 5	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input checked="" type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die LDK möge beschließen: Die Jusos Brandenburg fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für einen Stopp der Smartboard-Anschaffungen an Brandenburger Schulen einzusetzen. Die hierfür freigegebenen Gelder sollen verwendet werden, um an den Schulen im Land Brandenburg eine flächendeckende Ausstattung mit freiem Wlan und Tablet –Klassensätzen zu gewährleisten.

Antragsbegründung:

Der didaktische Mehrwert, welcher mit dem Einsatz von Smartboards im Unterricht verbunden wurde, konnte durch diese nicht generiert werden. Stattdessen erwies sich das Medium als teures Lehrerspielzeug, welches in erster Linie die Tafel und den Projektor funktional ersetzt. Eine Nutzung der schülerzentrierten Funktionen hingegen ist in der Praxis verschwindend gering. Die Jusos setzen sich für eine gerechte Bildungspolitik ein, welche allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig von deren sozialer oder kultureller Herkunft die gleichen Bildungschancen bietet. Die Förderung eines im Klassenzimmer monopolisierten lehrerzentrierten Mediums widerspricht jedoch dieser Intention, da sie zwar die Arbeit des Lehrers, jedoch nicht den Lernprozess der Schülerinnen und Schüler unterstützt. Die Phasen dieses Prozesses dauern bei jedem Schüler unterschiedlich lange. Daher ist es notwendig, den Schülerinnen und Schüler personalisierte Medien zur Verfügung zu stellen, welche an den Kenntnis- und Leistungsstand des Individuums angepasst und zur Verbesserung der spezifischen Schwächen verwendet werden können. Das lehrerzentrierte Smartboard missachtet jedoch das notwendige Gebot einer solchen Binnendifferenzierung, indem den Plenumsunterricht und das „Lernen im Gleichschritt“ unterstützt. Aus diesem Grund fordern ein Einfrieren der freigegebenen Mittel sowie die Änderung des Anschaffungszwecks auf den Erwerb von schülerzentrierten Tablets sowie

der Installation von kostenlosen, ungefilterten Wlan-Verbindungen für die Schülerinnen und Schüler.

Antragsteller: UB BAR

Themengebiet: B 6

Titel / Überschrift: Der Anspruch auf Kindertagesbetreuung muss für alle Kinder gleich und darf nicht abhängig vom Elternhaus sein!

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion sowie den SPD-Landesparteitag.

B 6	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Jusos Brandenburg fordern die SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag und die SPD Brandenburg auf, die derzeit geltende Regelung zum Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung dahingehend zu ändern, dass auch Kinder von erwerbslosen Eltern die Chance haben, die Kita oder die Kindertagespflege länger als 6 Stunden am Tag zu besuchen und damit genau so lange wie ihre Altersgenossen. Kein Kind darf benachteiligt werden! Zur Finanzierung sollte man sich an dabei an funktionierenden guten bestehenden kommunalen Beispielen orientieren.

Antragsbegründung:

Aktuell ist es so, dass ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für mindestens 6 Stunden am Tag besteht (vor dem Grundschulalter). Vom Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Familien und Frauen heißt es, dass dieser Anspruch größer sein kann, wenn es die Situation in der Familie nötig macht, also z.B. die Eltern erwerbstätig sind.

Primäres Ziel der Kinderbetreuung, so wie es auch das Ministerium formuliert, ist es aber nicht, den Eltern die Möglichkeit zu bieten, arbeiten zu gehen, sondern, dass „Kinder im Kontakt mit anderen Kindern aufwachsen. Sie benötigen für ihre Entwicklung aber nicht nur das Spiel in der Gruppe, sondern auch kindgerecht gestaltete Lebens- und Erfahrungsräume, die ihnen Bildungschancen eröffnen.“²

Kinder aus sozial schwachen Familien werden durch die aktuelle Regelung schon frühzeitig benachteiligt. Als Jusos und SPD ist es unser vorrangiges Ziel, dieses zu verhindern!

<http://www.masgf.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.222111.de>

Antragsteller: UB PR

Themengebiet: B 7

Titel / Überschrift: Schulfreier Welthumanistentag – auch in Brandenburg!

Zur Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Ministerium des Innern, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen.

B 7	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg fordern die Landesregierung auf, den Welthumanistentag (21. Juni) als verpflichtender Projekttag in Brandenburger Schulen einzuführen. Im Rahmen dieses Projekttag beschaftigen sich die Brandenburger SchülerrInnen mit der Geschichte und den Errungenschaften des Humanismus.

Antragsbegründung:

Der Welthumanistentag soll humanistischen Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit geben über den Zusammenhalt, das Miteinander und die zentralen Werte unserer Gesellschaft nachzudenken und ihre Feierkultur zu pflegen. Der Tag bietet somit in jedem Jahr eine Möglichkeit, den Errungenschaften des Humanismus eine Feier zu widmen.

C – Chancengleichheit, soziale Sicherung

Antragsteller: UB PM

Themengebiet: C 1

Titel / Überschrift: Uneingeschränktes Bleiberecht für AsylbewerberInnen in
Ausbildung und Schulzeit

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, den SPD-Bundesparteitag und den SPD-Landesparteitag.

C 1	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass AsylbewerberInnen aus sicheren und unsicheren Herkunftsstaaten während ihrer Schul- oder Ausbildungszeit in Deutschland ein uneingeschränktes Bleiberecht genießen. Selbige Forderungen gelten auch für die Aufnahme eines Studiums.

Das Bleiberecht weitet sich bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren auf die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten und auf die minderjährigen Geschwister aus, wenn sie sich zum Zeitpunkt der Schul- und Ausbildungsphase bereits in Deutschland befinden.

Nach Abschluss der schulischen Ausbildung muss den AsylbewerberInnen ein Jahr lang die Möglichkeit generiert werden, sich eine weiterführende Ausbildung zu suchen. In dieser Zeit besteht ebenfalls das Bleiberecht. Wird eine Ausbildung aufgenommen, verlängert sich das Bleiberecht automatisch bis zur Beendigung der Ausbildung.

Weiterhin kann eine Ausbildung einmalig gewechselt werden, wobei die gleichen Voraussetzungen wie bei der erstmaligen Aufnahme einer Ausbildung gelten.

Erst nach dem endgültigen Abschluss der Ausbildung darf der Antrag auf Asyl entschieden werden. Hierbei muss die schulische und ausbildungstechnische Leistung in dem Maße anerkannt werden, dass eine positive Entscheidung des Asylantrages bei erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung die Regel ist.

Antragsbegründung:

Vorweg ist das Bleiberecht von AsylbewerberInnen aus Kriegs- und Krisengebieten aus humanitären Gründen niemals ablehnbar.

Weiterhin hat sich das Deutsche Handwerk in Vertretung durch seinen Präsidenten Hans Peter Wollseifer für das Bleiberecht für AsylbewerberInnen in Ausbildung

ausgesprochen. Unter den Flüchtlingen seien „sehr viele mit guter Schulbildung, zum Beispiel aus dem Irak und Syrien, und viele, die großes praktisches Geschick haben“, sagte Wollseifer der „Rheinischen Post“. AsylbewerberInnen vereinen ein großes Potential, welches das Deutsche Handwerk erkannt hat.

Zudem konnten in der Vergangenheit viele Handwerksbetriebe ihre Lehrlingsplätze nicht besetzen und würden gern junge Flüchtlinge ausbilden, da diese oft mit einer besonders hohen Motivation ihre Aufgaben ausüben und/oder in ihren Heimatländern bereits sehr gute Ausbildungen genossen haben.

Doch die Anstellung von AsylbewerberInnen gelingt nur unter sicheren Rahmenbedingungen. Ein Betrieb muss die Planungssicherheit haben, dass die Auszubildenden bis zur Beendigung ihrer Ausbildung – besser noch darüber hinaus – in dem Betrieb, also auch in Deutschland, verbleiben können. Ist dies nicht der Fall, besteht die Gefahr, dass die Handwerksbetriebe nicht nur finanzielle Mittel zur Ausbildung verloren haben – also Verluste verzeichnen – sondern auch gut gebildete, wertvolle Betriebsmitglieder mit einer aufstrebenden Zukunftsperspektive.

Außerdem entfaltet die (schulische) Ausbildung von AsylbewerberInnen eine hohe integrative Wirkung. Sprachbarrieren und Vorurteile können besser abgebaut werden.

Antragsteller: UB FF/O

Themengebiet: C 2

Titel / Überschrift: Für eine an Realitäten orientierte Flüchtlingspolitik!

Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress, SPD-(Landes-/Bundes-)Parteitag sowie SPD-Fraktionen und zur LDK

C 2	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Das behördliche Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln und Arbeitserlaubnissen für Flüchtlinge und Asylsuchende muss beschleunigt werden. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, den Kommunen mehr Finanz- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen, um die durch die steigenden Flüchtlingszahlen verursachte zusätzliche Belastung für die Kommunen vollständig auszugleichen.

Ebenso ist das Angebot an Beratungsstellen für traumatisierte Flüchtlinge und Asylsuchende auszubauen. Insbesondere die Angebote zur fachkundigen Beratung im Bereich der psychologischen Beratung und Betreuung ist zu erweitern. Im Zuge dessen ist die Bereitstellung von DolmetscherInnen notwendig.

Jedem Flüchtling ist der Zugang zu einer Schul- und Berufsausbildung zu gewährleisten.

Ferner sind die zuständigen Stellen dazu aufgefordert, bedarfsgerechte Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende zur Verfügung zu stellen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Unterbringung der Bedürftigen je nach persönlichem Bedarf zentral oder dezentral erfolgt. Die erforderlichen Mittel sind vom Land bereitzustellen.

Antragsbegründung:

Eine beschleunigte Erteilung der Arbeitserlaubnis führt zum einen zu einer Verbesserung der öffentlichen Haushaltssituation und gewährleistet zum anderen eine bessere und schnellere Integration von Arbeitssuchenden aus dem Kreis der Flüchtlinge und Asylsuchenden in unsere demokratische Gesellschaft. Dadurch werden auch die gegenseitigen Ängste von Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung abgebaut.

Eine beschleunigte Erteilung von Aufenthaltstiteln für Flüchtlinge bewirkt in ihnen ein stärkeres Gefühl der Dazugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die den Menschen bisher oftmals über bis zu zehn Jahre nur ein Gefühl der Duldung vermittelt.

Aufgrund der schwierigen Fluchtbedingungen und der dabei auftretenden zusätzlichen Bedrohungen wie z.B. Organhandel, Vergewaltigungen oder unmenschliche Behandlungen sind viele Flüchtlinge traumatisiert. Flüchtlingen muss die Möglichkeit gegeben werden, diese Traumata zu bewältigen. Dies kann nur im Wege fachkundiger und intensiver Beratung durch Beratungsstellen gewährleistet werden. Um den Erstkontakt mit diesen Beratungsstellen zu erleichtern, werden DolmetscherInnen benötigt.

Die Integration der Asylsuchenden in eine offene und demokratische Gesellschaft kann nur mit dem freien Zugang zu Schul- und Berufsausbildung für jeden Flüchtling gewährleistet werden. Dies fördert auch den Abbau von Sprachbarrieren.

Es ist offensichtlich, dass die Unterbringung von Flüchtlingen die Kommunen noch immer überfordert. Dabei ist die bedarfsgerechte Unterbringung dringend notwendig. Um die Kommunen zu entlasten, sind die erforderlichen Mittel vom Land zu gewährleisten.

Antragsteller: UB BAR

Themengebiet: C 3

Titel / Überschrift: Abschiebestopp im Winter – Zeichen für Humanität setzen

Zur Weiterleitung an LDK sowie SPD-geführte Landesregierung

C 3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die SPD-geführte brandenburgische Landesregierung möge für die Monate zwischen Dezember und März einen Abschiebestopp gegenüber ausreisepflichtigen Staatsangehörigen Afghanistans, Albanien, Armeniens, Aserbaidschans, des Iraks, des Iran, des Kosovo, Mazedoniens, der Russischen Föderation, Serbiens, der Türkei, Bosnien-Herzegowinas, Montenegros, Pakistans, der Ukraine und anderen Ländern, in dem eine Abschiebung aufgrund der Witterungsbedingungen unzumutbar wäre, zu beschließen, um so ihre Rückführung für diesen Zeitraum auszusetzen.

Trennungen von Familien mit Kindern sollten in jedem Falle vermeiden werden. Die Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte sollten ihre Situation sorgfältig prüfen.

Antragsbegründung:

Am Ende des vergangenen Jahres machten Schleswig-Holstein und Thüringen folgendermaßen auf sich aufmerksam³:

3

Die beiden Länder mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung beschlossen, vorübergehend keine Ausländerinnen und Ausländer aus oben genannten Herkunftsgebieten mehr abzuschicken, für die in den Wintermonaten keine würdevolle und sichere Rückkehr in ihre Heimat sichergestellt werden kann.

Die Gründe hierfür sind zum Einen, dass sie meist einer schutzbedürftigen Minderheit angehören und deshalb gerade in der kalten Jahreszeit unter ihrer sozialen sowie wirtschaftlichen Situation leiden und eine Rückführung andererseits mit unzumutbaren gesundheitlichen Risiken verbunden wäre.

In ihrer Heimat finden diese Menschen oft keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Wohnraum und medizinischer Versorgung. Unter strengen winterlichen

http://www.schleswig-holstein.de/MIB/DE/Service/Presse/PI/2014/141202_im_abschiebungsstopp.html

Witterungsverhältnissen bedeutet dies eine weitere dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Betroffenen.

Gemäß unserer völkerrechtlichen und humanitären Verantwortung und unter Wahrung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland, sind diese Menschen auf unsere Hilfe angewiesen! Auch Brandenburg sollte sich für sie einsetzen und deshalb dem herausragenden Beispiel der beiden anderen Bundesländer folgen. Durch ihr Handeln würde die brandenburgische Landesregierung ein wichtiges Zeichen für Humanität setzen.

Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“ befürworteten Zwei Drittel der Bundesbürger einen derartigen Abschiebestopp.⁴

D – Demokratie, Inneres und Bürger*innengesellschaft

<http://www.stern.de/politik/deutschland/abschiebestopp-fuer-fluechtlinge-zwei-drittel-der-deutschen-begruessen-entscheidung-2160271.html>

Antragsteller: UB OHV

Themengebiet: D 1

Titel / Überschrift: „Wie der Herr, so 's Gescherr“ - für eine ministerfeste Polizei

*Zur Weiterleitung an SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, Landesregierung, Klaus
Ness, die Selbsthilfegruppe aus Klaus' Wahlkampfspot, Arne Feuring, den Maskenmann, Regine-
Hildebrandt-Haus Potsdam, Landtagspräsidentin Britta Stark, Vorsitzender des*

Petitionsausschusses Henryk Wichmann, Landesausschusspräsident a.D. Martin Ehlers, Steve Jobs (p.m.), Dalai Lama, Klara Geywitz, Käpt'n Balu und seine tollkühne Crew

D 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg fordern die Landesregierung, insbesondere den Minister des Inneren und für Kommunales, Karl-Heinz Schröter, sowie die SPD-Landtagsfraktion auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Brandenburger Polizei auch künftig ebenso höchsten Ansprüchen genügen zu lassen, wie es der Minister vorlebt. Diese Maßnahmen beinhalten insbesondere:

1. Marathonzeit von unter 2:45 h als Einstellungsvoraussetzung (unter 2:15 h für Außendienst)
2. Verbot von Krankheitstagen
3. Ersetzen von Streifenwagen durch Streifenfahräder
4. Neue Seminare an der Fachhochschule in Oranienburg („Ich habe immer Recht!“, „Warum ich bei Grünen immer rot sehen muss“, „Rosa Hemd und lila Krawatte – Uniform der Zukunft“, „Warum ich wirklich immer Recht habe“, „Was rechtlich geht, ist moralisch vertretbar – Gegenwart und Zukunft des Rechtsstaats“)
5. Kantinenversorgung der Polizei nur noch über Gutscheine (nach Übergangsphase wird die komplette Besoldung auf Sachleistungen umgestellt)

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich.

Antragsteller: UB P zusammen mit UB TF

Themengebiet: D 2

Titel / Überschrift: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Brandenburgs“

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesparteitag.

D 2	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die SPD-geführte Landesregierung wird gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, die Einsetzung einer Enquetekommission voranzutreiben, die sich mit der Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Brandenburgs befasst.

Die Enquete-Kommission soll im Landtag angesiedelt sein und unter Einbeziehung von Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und in enger Zusammenarbeit mit kommunalen Akteuren Fragen der Wirtschaft, der kommunalen Finanzausstattung, der Infrastruktur, der Bildung, der medizinischen Versorgung und Pflege sowie der Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen erörtern. Ziel soll die Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen an den Brandenburger Landtag und die Landesregierung sein, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen und eine ausgeglichene Entwicklung der Regionen umgesetzt werden kann. Die EQK muss mit einer auskömmlichen Finanzierung ausgestattet werden.

Antragsbegründung:

Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ taucht immer wieder im Grundgesetz auf und gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder. Er zielt auf die gleichmäßige Entwicklung der Teilräume, vor allem bezogen auf Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten, ab.

Im Artikel 44 „Strukturförderung“ der Verfassung des Landes Brandenburgs heißt es:

Artikel 44

(Strukturförderung)

Das Land gewährleistet eine Strukturförderung der Regionen mit dem Ziel, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten.

Vor dem Hintergrund einer sich mehr und mehr verändernden Struktur in Brandenburg ist die Bedeutung von Artikel 44 nicht hoch genug einzuschätzen und eine Einhaltung unbedingt geboten. Hierfür scheint es uns nötig zu sein, eine umfassende Analyse der Lebensverhältnisse in den Regionen Brandenburgs etwaigen Handlungsempfehlungen vorzuschicken.

Uns ist klar, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse an Grenzen stößt, etwa die ungleiche Verteilung natürlicher Standortfaktoren, die freie Wahl des Wohnortes, Arbeits- und Ausbildungsplatzes oder auch Marktentwicklungen und Wettbewerb.

Gleichwertig bedeutet aber nicht gleichartig. Die unterschiedlichen strukturellen, historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen der einzelnen Landesteile sind stets zu berücksichtigen. Brandenburg ist ein Flächenland, aber es darf in Brandenburg keine verlorenen Räume, keine verloren-gegebenen Regionen geben.

Insbesondere in der sog. Peripherie im Norden und Süden Brandenburgs nehmen die Menschen ihre Situation häufig als „abgeschlagen von der Speckgürtelregion“ wahr.

Hier ist eine Enquete-Kommission, wie es sie z.B. bereits in Bayern gibt, nicht nur ein wichtiges politisches Signal, sondern vor allem der richtige Weg zur Umsetzung von Artikel 44 unserer Landesverfassung.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: D 3

Titel / Überschrift: Flüchtlingsunterkünfte

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesparteitag.

D 3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, umgehend folgende Schritte zu unternehmen:

- Ausreichend Mittel für eine menschenwürdige Unterbringung der zu uns flüchtenden Menschen vom Moment der Erstaufnahme an bereitgestellt werden.
- Die notwendigen Mittel unbürokratisch ähnlich wie im Rahmen einer akuten Katastrophenbekämpfung zur Verfügung zu stellen - der Herstellung menschenwürdiger Unterbringung und damit die Erfüllung des Grundgesetzes, Artikel 1, ist Priorität vor anderen Überlegungen einzuräumen.
- Damit beginnt, die baulichen Bedingungen sowohl der Erstaufnahmeunterkünfte als auch der von den Kreisen betriebenen dauerhaften Unterkünfte auf ein durchgängig menschenwürdiges Niveau zu heben. Dafür sind verbindliche Mindeststandards zu definieren und konsequent umzusetzen, welche berücksichtigen, dass die geflüchteten Menschen oft für lange Zeit in den Unterkünften verweilen werden.
- Sicherstellt, dass nicht mehr als 4 Personen dauerhaft in einem Zimmer untergebracht werden. Pro Person müssen mindestens 6 Quadratmeter zur Verfügung gestellt werden. Außerdem müssen ausreichend Gemeinschaftsräume zur Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen.
- Dafür sorgt, dass dem besonderen Sicherheitsbedürfnis von Kindern, Frauen und generell traumatisierten Menschen Rechnung getragen wird.
- Sicherstellt, dass psychologische Hilfsangebote für traumatisierte und/oder durch das monatelange Warten unter hohem Stress stehende Menschen zur Verfügung gestellt werden.
- Sicherstellt, dass eine qualitativ hochwertige Rechtsberatung für alle geflüchteten Menschen zur Verfügung steht.

- Sicherstellt, dass flächendeckend angemessener Deutschunterricht für die geflüchteten Menschen zur Verfügung steht.
- Vor dem Hintergrund der oft langen, monotonen Wartezeiten sicherstellt, dass täglich verschiedene und thematische breit aufgestellte Angebote zur Freizeitgestaltung existieren. Dabei ist insbesondere die Kooperation mit der örtlichen Bevölkerung zu suchen, von der oft eine große Hilfsbereitschaft ausgeht. Bei Bedarf sind die selbstorganisierten Bewohnern der Unterkünfte bei eigenen Angeboten zur Freizeitgestaltung zu unterstützen
- Eine angemessene medizinische Versorgung der zu uns geflüchteten Menschen garantiert, die auch medizinische angezeigte Vorsorgebehandlungen umfasst.
- Für eine angemessene (bauliche) Gestaltung der Umgebung der Unterkünfte sorgt - diese haben grundsätzlich frei von Vermüllung zu sein und sollten bei Bedarf etwa Spielplätze oder zumindest kleine Grünflächen sowie Raum für sportliche Betätigung enthalten.
- Die zu uns flüchtenden Menschen grundsätzlich auch als Chance begreift und beispielweise untersucht, inwiefern diese perspektivisch bei der Linderung des Fachkräftemangels insbesondere in den ländlichen Regionen helfen können.
- Sicherstellt, dass für das Management der Unterkünfte und als Ansprechpartner für ihre Bewohner ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht und besonders der Sicherheitsdienst geschult und sensibilisiert wird.
- Sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass unter Mitwirkung des Bundes in ganz Deutschland menschenwürdige Bedingungen bei der Unterbringung der geflüchteten Menschen erreicht werden.

Der Juso-Landesvorstand wird aufgefordert, sich auch schon vor den Landesparteitagen auf die Umsetzung des Antrags hinarbeiten, indem er den Kontakt zu den entsprechenden politischen Entscheidungsträger_innen sucht.

Antragsbegründung:

Zu uns geflüchtete Menschen haben das gleiche Recht auf ihre Menschenwürde wie alle anderen Bewohner unseres Landes auch - eine Würde, die im ersten Artikel unseres Grundgesetzes explizit geschützt wird. Diese Würde und damit auch eine ihr entsprechende Unterbringung sind absolute Werte, denen entsprochen werden muss - unabhängig davon, ob wir von einem größerem Flüchtlingsaufkommen als erwartet überrascht werden oder nicht. Die Garantie menschenwürdiger Unterbringung der zu uns geflüchteten Menschen muss in diesem Fall eine besondere Priorität genießen - das sind wir unserem Anstand und unserem Selbstverständnis als Sozialdemokraten schuldig. Alles andere als eine menschenwürdige Behandlung zu uns flüchtender Menschen wäre nicht nur eine Schande für uns, sondern auch für das Land Brandenburg insgesamt.

Momentan gibt es hier aber trotz großer Anstrengungen der Verantwortlichen im Land und in den Kreisen Probleme, deren dauerhaftes Bestehen inakzeptabel wäre. Menschen werden in wenig geeigneten Gebäuden zusammengepfercht, größtenteils sich selbst und der über viele Monate anwachsenden Langeweile überlassen. Medizinische Versorgung wird nur in Notfällen gewährt - das Verfaulen von Zähnen beispielsweise kann erst dann behandelt werden, wenn daraus konkrete akute Schmerzen erwachsen, was eine Vorsorgebehandlung unmöglich macht. Teilweise wird noch nicht einmal eine angemessene Müllabfuhr organisiert, der Zustand der Außenflächen einiger Flüchtlingsunterkünfte ist mehr als trostlos. Die Unterbringung oft traumatisierter Menschen unter solchen Bedingungen über viele Monate oder gar Jahre hinweg ist mit dem Schutz ihrer fundamentalen Menschenwürde aus unserer Sicht nicht zu vereinbaren. Deswegen möchten wir, dass das Land umgehend Schritte unternimmt, um die Situation zu verbessern.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: D 4

Titel / Überschrift: Pegida Positionierung

Zur Weiterleitung an BuKo, SPD-Bundesparteitag, Fraktionen, Landesparteitag.

D 4	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir stellen uns entschieden gegen alle, die versuchen, neuen Hass und neue Ausgrenzung in unsere Gesellschaft zu bringen, wie etwa die „Pegida“-Bewegung und ihre Nachahmer.

Wir Jusos haben weder Sympathie noch Verständnis für Menschen, denen seit Jahrzehnten viele Möglichkeiten politischer Partizipation offen stehen, die aber jetzt mit einem angemessenen Habitus der Unterdrückten vorgeben, „religiöse Werte [zu verteidigen], an die sie selbst nicht glauben, gegen Menschen, die es bei ihnen nicht gibt, von denen aber in Medien berichtet wird, die sie wiederum für Lügner halten“ (Zitat nach Christian Ehring).

Wir müssen versuchen, enttäuschte Menschen für unsere Demokratie zurückzugewinnen und dabei auch mögliche Defizite unseres politischen Systems ansprechen. Deswegen möchten wir den Dialog mit enttäuschten Bürger/innen fördern. Den Dialog mit Angehörigen rechtsextremer Gruppierungen lehnen wir ab. Wir bejahen, dass alle Menschen das Recht haben, über aus ihrer Sicht existierende Probleme in unserer Gesellschaft zu sprechen, natürlich auch mit politischen Verantwortungsträgern. Dieses Recht endet aber dort, wo fundamental in das Leben und die Würde anderer, unschuldiger Menschen nur aufgrund ihrer Weltanschauung, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer Kultur oder ihrer sexuellen Identität eingegriffen wird.

Wir stellen uns daher entschieden gegen das Schüren von Feindbildern auf dem Rücken anderer Menschen, nur weil diese anders aussehen, anders glauben oder auch eine andere sexuelle Orientierung haben. Wir stellen uns gegen den von den Pegida Anhänger_innen und ihren Nachahmern geschürten Hass gegen Flüchtlinge, Muslime, „Lügenpresse“ und alle, die ihnen widersprechen oder nicht so sind wie sie.

Dem Versuch von „Pegida“, Ausgrenzung und Xenophobie zu verbreiten und als angeblichen „Willen des Volkes“ zu legitimieren, werden wir uns deshalb überall widersetzen. Wir werden solidarisch sein mit Anderen, die dieses Ziel mit uns teilen. Wir

werden selbst überall dort, wo wir zu Haus sind, mit ganzer Kraft für eine offene Gesellschaft und echte Willkommenskultur eintreten. Wir werden dabei zu uns flüchtende Menschen, egal wo sie herkommen, in unserer Mitte willkommen heißen. Brandenburg braucht Zuzug und keine Fremdenfeindlichkeit.

Wir werden jeglichen fremdenfeindlichen- und religiös-intoleranten Tendenzen entgegentreten. Wir wollen keine Abschottung vor Zuzug in Brandenburg.

Es muss uns darum gehen, Migration und Flucht sowie Ursachen und Folgen zu Motiven politischen Handelns zu machen.

Antragsbegründung:

Dieser Antrag ist noch nicht fertig!

Wir Jusos Potsdam finden, dass wir uns als Landesverband zum Thema Pegida und Co. klar positionieren müssen – wir möchten aber nicht, dass zu diesem aktuellen und wichtigen Thema ein Antrag beschlossen wird, der nur von einigen wenigen formuliert wurde. Deshalb fordern wir alle Jusos im Landesverband Brandenburg dazu auf, sich mit Änderungsanträgen in diesen Antrag einzumischen!

Antragsteller: UB P und UB FF/O

Themengebiet: D 5

Titel / Überschrift: Verbesserte Kontrolle von Verwaltungen und Polizei

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und an den SPD-Landesparteitag.

D 5	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die LDK möge beschließen, dass der SPD-Landesparteitag Folgendes beschließen möge:

1. Mit Beginn der nächsten Legislaturperiode wird der designierte Ministerpräsident der nächsten Legislatur und die SPD-Landtagsfraktion dazu aufgefordert, ein Amt nach Muster des Landesrechnungshofes zur Bekämpfung von Amtsmissbrauch und Korruption in der brandenburgischen Landes- und Kommunalverwaltung zu schaffen. Dieses Amt ist dann eine unabhängige oberste Landesbehörde, berechtigt zur Kontrolle des Handelns aller Landesbehörden, Kommunalbehörden, der Justiz und der Landesregierung auf Recht- und Verhältnismäßigkeit. Primäres Ziel ist dabei insbesondere der Kampf gegen Amtsmissbrauch, beispielsweise durch die Polizei, und Korruption, auch auf kommunaler Ebene. Im Benehmen mit dem Landtag ist das zu schaffende Amt auch zuständig für die Korruptionsbekämpfung im Bereich der Gesetzgebungsorgane. Prüfungsmaßstab ist jedoch die Missbrauchskontrolle wider Korruption und missbräuchlichem Polizeihandeln, nicht die allgemeine Fach- oder Rechtsaufsicht, sodass die allgemeine Aufsichtsordnung im Übrigen unberührt bleibt.
2. Am Sitz des zu schaffenden Amtes soll im gleichen Gebäudekomplex eine Außenstelle der jeweiligen örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft geschaffen werden als Schwerpunktabteilung "Korruption und Polizeigewalt".
3. Das zu schaffende Amt als oberste Landesbehörde (weitere Unterbehörden dürften nicht notwendig sein) wird mit polizeiähnlichen Befugnissen gegenüber der zu kontrollierenden Verwaltung ausgestattet, soweit es das Grundgesetz und die Landesverfassung zulassen.
4. Die Bediensteten des zu schaffenden Amtes sollen in Bezug auf ihre Aufgabenerfüllung eine richterliche Unabhängigkeit genießen, wie sie auch für die Bediensteten des Landesrechnungshofes besteht. Im Rahmen ihrer entsprechend dem Geschäftsverteilungsplanes zugeteilten Aufgabe sollen sie jedem Verdacht nachgehen dürfen, ohne von ihren Vorgesetzten daran gehindert werden zu können. Jedoch dürfen Vorgesetzte eingreifen, wenn aus ihrer Sicht die Gefahr einer Verschleppung besteht.

5. Das zu schaffende Amt ist mit ausreichend Mitteln für eine effektive Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben auszustatten.
6. Das zu schaffende Amt ist von Amts wegen zuständig für alle Ermittlungen gegen Polizeibeamte, bei denen der Verdacht auf Vorliegen einer Straftat besteht. Das Amt kann auch die Ermittlungen im Rahmen eines Verdachts auf Dienstvergehen übernehmen. Das Amt kann dabei selbst Ermittlungen einleiten, wenn aus seiner Sicht ein berechtigter Verdacht auf Vorliegen einer durch Polizeibeamte begangenen Straftat oder eines Dienstvergehens besteht. Zu Wahrnehmung dieser Aufgaben ist das Amt mit geeignetem, besonders geschultem Personal auszustatten. Im Rahmen der Wahrnehmung dieser Ermittlungsaufgaben genießen die Bediensteten des zu schaffenden Amtes polizeiliche Befugnisse.
7. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung von Korruption und Amtsmissbrauch auf kommunaler Ebene, insbesondere bei Personal- und Vergabeentscheidungen.
8. Das zu schaffende Amt hat die brandenburgische Landes- und Kommunalverwaltung in ihrer ganzen Breite regelmäßig in einem zufallsbasierten Rhythmus stichprobenartig zu kontrollieren. Es hat weiterhin auf konkrete "Anzeige" eines Bürger oder einzelner Verwaltungseinheiten hin tätig zu werden, soweit diese nicht offensichtlich missbräuchlich ist.
9. Zur verfassungsrechtlichen Legitimation des zu schaffenden Amtes ist eine dem Artikel 107 der Brandenburgischen Landesverfassung (Landesrechnungshof) entsprechende Regelung zu schaffen, möglicherweise als neuer Artikel 97a BbgLVerf. Diese Regelung muss beinhalten, dass das zu schaffende Amt in seiner Arbeit richterliche Unabhängigkeit genießt, nur dem Gesetz unterworfen ist und Polizeirechte gegenüber der mittelbaren und unmittelbaren Landesverwaltung, Justiz und nach Genehmigung durch den Landtagspräsidenten/die Landtagspräsidentin auch gegen Landtagsabgeordnete hat.

Antragsbegründung:

In den Verwaltungen unseres Landes und unserer Kommunen wird jeden Tag hervorragende Arbeit für die Bürger unseres Landes geleistet. Mögliche Vergehen Einzelner wiegen daher umso schwerer, da sie Effizienz und Legitimation untergraben, für welche die große Mehrheit anständiger Angestellter und Beamter hart arbeiten. Um daher dem Bürger in allen Verwaltungen unseres Landes auch in der Breite und Tiefe jederzeit und in jedem Fall einwandfrei rechtstaatliche und gesetzesgemäße Verfahren garantieren zu können, möchten wir eine zuständige Organisation schaffen, die genau dies kontrolliert. Mit dem Landesrechnungshof existiert bereits das Muster für ein solches Amt. Der Auftrag des Landesrechnungshofes ist aber beschränkt. Um nicht nur die finanzielle Effizienz, sondern auch Legalität und Legitimität unserer Verwaltung

sicherstellen zu können, brauchen wir aus unserer Sicht eine zusätzliche Behörde wie sie oben geschildert wird. Ziele, die uns das Einrichten eines solchen Amt geboten erscheinen lassen, sind insbesondere die folgenden:

- Kampf gegen Korruption und Filz besonders auf kommunaler Ebene.
- Kontrolle von Verfassungsschutz und insbesondere Polizei durch eine unabhängige Institution, die auch Ermittlungen innerhalb der Polizei übernehmen kann und somit die oft gescholtenen “internen Ermittlungen” ablöst - schlussendlich muss auch die Polizei endlich einer realen externen Kontrolle ihres Handelns unterstehen.

Brandenburg kann hier bundesweit vorangehen und ein Beispiel für eine durchgängig verantwortungsvolle Verwaltungspraxis setzen.

Antragsteller: UB FF/O

Themengebiet: D 6

Titel / Überschrift: Moderner, transparenter und sozialer Rundfunk – faire Finanzierung und informatives Programm

Zur Weiterleitung an

D 6	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input checked="" type="radio"/> überwiesen an Landesausschuss

Antragstext:

Der ÖRR muss seinem Verfassungsauftrag stärker gerecht werden, eine unabhängige, kritische Berichterstattung Priorität einzuräumen. Dafür sind erhöhte Investitionen in Qualitätsjournalismus nötig. Unterhaltende Sendungen sollen hinsichtlich ihres Sendeplatzes und des Mittelaufwands hinter informativen und bildenden Inhalten zurücktreten.

Die Rundfunkfinanzierung gehört reformiert. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler muss bei der Beitragshöhe berücksichtigt werden. Beitragsmodelle, die die tatsächliche Nutzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkangebotes berücksichtigen, sind zusätzlich wieder einzuführen. Das Senden von Werbung soll den öffentlich-rechtlichen Medien nicht mehr gestattet sein. Der finanzielle Aufwand jeder Sendung ist offenzulegen, inklusive der Höhe von Gagen für Moderation und künstlerische Darbietungen. Geheimverträge mit Produktionsfirmen oder Vermarktungsgesellschaften werden gesetzlich verboten.

Die Bevölkerung soll die Zusammensetzung der Rundfunkräte und der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten zukünftig durch Wahlen bestimmen. Eine Benennung der Kandidaten allein durch staatliche Einrichtungen darf nicht mehr zulässig sein. Die Sportberichterstattung darf nicht auf Männerfußball fokussiert werden, sondern ist ausgewogen zu gestalten, sowohl was Frauensport als auch andere Sportarten betrifft.

Antragsbegründung:

Ein finanziell ausreichend ausgestatteter und inhaltlich unabhängiger öffentlicher Rundfunk ist das Rückgrat einer freien Medienlandschaft. In dieser Funktion nimmt der öffentliche Rundfunk für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine offene Gesellschaft einen großen Stellenwert ein. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist in der Programmgestaltung jedoch die Orientierung abhanden gekommen. Sie haben den Auftrag, zu unterhalten, zu informieren und zu bilden. Leider muss man beobachten, dass die Anstalten den Unterhaltungsauftrag in nicht hinnehmbarer Weise überbewerten

und ihre Programmgestaltung zunehmend an der des privaten Rundfunks orientieren. Die Konsequenz ist, dass erhebliche Mittel für Sendungen zweifelhafter Qualität aufgewendet werden, die oftmals lediglich den Geschmack von Randgruppen befriedigen: Barden und Chanteusen der Volksmusik- und Schlagerszene trällern allsamstaglich ins Mikrofon – hochbezahlt und inhaltsleer. Parallel dazu produzieren die Sender mit hohem Aufwand Shows („Wetten, dass?“), welche die Privatsender trotz erheblicher Bemühungen an Niveau kaum noch zu unterbieten in der Lage sind. Sendungen hingegen, welche die (welt-)politische Lage zum Gegenstand haben oder journalistisch hochwertig sind, kommen programmatisch unter die Räder und werden auf Sendeplätze nach 22 Uhr oder in die Spartenprogramme verdrängt. Wenn sinnleeres Entertainment, ständige Talkshows mit immer gleichen Gesichtern, samstägliche Bundesligaschnipsel („Sportschau“) und Heimatmusik am Fernsehmarkt gefragt ist, sollen die Privatprogramme diese Nachfrage befriedigen. Es ist nicht Aufgabe zwangsfinanzierter öffentlicher Anstalten, die Renditeerwartungen der dahinterstehenden Lizenzgeber, Produktions- und Plattenfirmen zu realisieren. Die Rundfunkanstalten sollten sich vielmehr auf ihre originären Aufgaben besinnen und ein abwechslungsreiches, informatives und vor allem bildendes Programm bieten. Ein solches kann gleichzeitig unterhaltend sein und sich erheblicher Einschaltquoten erfreuen, wie die britische BBC zeigt. Vor allem wird damit eine wirkliche Alternative zu den fragwürdigen Inhalten des privaten Rundfunks geliefert.

Um dem oben definierten Auftrag gerecht zu werden, benötigt der Rundfunk eine von politischen Einflüssen freie Mittelzufuhr. Der angewandte Finanzierungsmodus muss jedoch überdacht werden. Gegenwärtig ist die Erhebung des Rundfunkbeitrags unsozial und die Verwendung der Beiträge intransparent: Aus Sicht der Jusos Brandenburg kann es nicht angehen, dass eine alleinerziehende Kassiererin genauso viel Rundfunkbeitrag bezahlt wie ein Zahnärztehepaar. Wir fordern daher ein Beitragssystem, welches die tatsächliche Nutzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler bei der Bemessung der Beitragshöhe berücksichtigt. Denkbar wäre zum Beispiel, den Beitrag an die Einkommenssteuer zu koppeln, so dass dieser mit höherem Einkommen progressiv steigt. In Frage käme zudem, Kinderrabatt zu gewähren oder Mieterinnen und Mieter kleiner Wohneinheiten zu privilegieren. Auf diese Weise werden auch Betriebe und Institutionen mit vielen Filialen oder Fahrzeugen entlastet, die nach dem gegenwärtigen Gebührenmodell oftmals vollkommen zu Unrecht abkassiert werden. Die Kofinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Werbeeinnahmen soll unterbunden werden. Sie stellt eine gravierende Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten des privaten Rundfunks dar.

Gleichzeitig finden es die Jusos Brandenburg unerhört, dass alle Bürgerinnen und Bürger zur Beitragszahlung verpflichtet sind, die Verwendung der Mittel aber intransparent bleibt. Auf den Internetseiten des rbb und der ARD finden sich nur beispielhafte

Erläuterungen zur Mittelverwendung, es ist aber nicht möglich zu ergründen, was z.B. eine am Vorabend verfolgte Sendung gekostet hat. Hier müssen die Anstalten Abhilfe schaffen und für jede Sendung aufführen, welcher finanzielle Aufwand für die Produktion erforderlich war. Nur so können die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sich ein Bild über die Verwendung ihrer Beiträge machen. Generell unzulässig soll es sein, dass Sender mit Vermarktungsgesellschaften oder Produktionsfirmen Stillschweigen über Vertragskonditionen vereinbaren und sich so kritischen Fragen zur Mittelverwendung oder Gagenhöhe entziehen. Wir wollen ebenfalls nicht mehr hinnehmen, dass die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten aus von den Ländern ernannten Mitgliedern besteht. Diese haben sich in Zukunft zur Wahl zu stellen. Ebenso soll die Zusammensetzung der Rundfunkräte durch eine den demokratischen Grundsätzen genügende Wahl bestimmt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Rundfunkräte frei von parteipolitischer Einflussnahme bleiben, beispielsweise durch eine stark eingeschränkte Zahl der Sitze für Mitglieder von politischen Parteien. Auf die angemessene Beteiligung junger Menschen, Frauen, Religionsgruppen und Minderheiten ist ebenfalls zu achten.

Antragsteller: UB Prignitz

Themengebiet: D 7

Titel / Überschrift: AfD? Äh, nee! – Rechtspopulisten demaskieren, konfrontieren und nicht isolieren!

Zur Weiterleitung an den Juso-Landesvorstand und den SPD-Landesvorstand

D 7	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Der Wahlerfolg der „Alternative für Deutschland“ im Jahr 2014 ist nicht zu leugnen. Eine Partei deren rechts-konservatives Programm viele Übereinstimmungen zu Parteien außerhalb des demokratischen Spektrums findet, ist in der politischen Landschaft der nächsten Jahre angekommen. Der Einzug in das Europaparlament ist die größte Farce dieser Partei, die ein geeintes und solidarisches Europa ablehnt. Der Einzug in die Landtage in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie viele kommunale Vertretungen ist besorgniserregend, denn die Partei hat durch Panikmache und Halbwahrheiten Teile der Bevölkerung – aber vor allem Teile aus der Mitte der Gesellschaft – in ihren Bann (und an die Wahlurne) gezogen.

Die Wahlprogramme und besonders die Wahlwerbung lassen sich kaum von der NPD oder anderen Feinden der Demokratie unterscheiden. Die AfD beschwört gezielt unbegründete Ängste hervor: Vor der „Unterwanderung der Sozialsysteme durch Flüchtlingsströme“, durch „kriminelle Ausländer“, durch „Pleitegriechen“, einem „wachsendem Islamismus“, vor inklusiver Bildung, dem „Gender-Wahn“ oder einer Gleichstellung von Homosexuellen.

Wir sehen, dass ihre Taktik als „Stimme der kleinen Leute“ und als „Sprachrohr der schweigenden Mehrheit“ teilweise aufgeht. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von der AfD mitgenommen, rechtes Gedankengut findet zunehmend Akzeptanz, die Gesellschaft wird mehr und mehr (latent) fremdenfeindlich. Durch Aufklärungsarbeit, besonders in Grenzregionen (z.B. Frankfurt/Oder) und sozial schwächeren Gebieten, muss gezeigt werden, dass diese Ängste unbegründet sind. Doch auch die örtlichen Vereine und Verbände müssen dazu aufgerufen werden Verantwortung gegenüber Rassismus und intolerantem Verhalten zu übernehmen und (unterschwelliger) Diskriminierung entgegenzuwirken.

Doch es reicht nicht nur zu betonen, dass die AfD rechtspopulistisch, deutschnational und rassistisch denkt. Wir müssen dieser Partei offensiv begegnen, ihre populistischen Forderungen demaskieren, sie damit konfrontieren und diese widerlegen. Wir Jusos und

Sozialdemokrat/innen müssen ihren Ressentiments mit glaubwürdigen Alternativen begegnen, denn gerade der Anteil der jungen AfD-Wähler/innen zeigt, dass wir (unbegründeten) Zukunftsängsten entgegenwirken können.

Durch Erfolge der AfD gab es auch einen „Rechtsruck“ bei CDU/CSU. Die Union muss sich entscheiden ob sie weiterhin am rechten Rand der Gesellschaft mit Kampagnen wie „Wer betrügt, der fliegt“ fischen will und dadurch die Parolen der Rechtspopulisten hoffähig macht. Sollten die Unionsparteien aus taktischem Kalkül um den Machterhalt weiter an ihrem Kurs festhalten, so muss die SPD ihre Zusammenarbeit mit der CDU/CSU im Grundsatz überdenken. Kooperationen zwischen CDU und AfD auf kommunaler Ebene gibt es schon genug. Schwarz-blau auf Landes- oder Bundesebene darf es nicht geben!

Doch auch die SPD muss sich im Umgang mit der AfD verbessern und die richtigen Schlüsse aus den derzeitigen Wahlbeteiligungen und -ergebnissen ziehen. Klare Standpunkte und den Wählerinnen und Wählern aufzeigen warum es einen Unterschied macht (richtig) wählen zu gehen stehen dabei im Vordergrund.

Die AfD ist gefährlich, denn in ihr tummeln sich nicht nur Wirtschaftsliberale, sondern auch (ehem.) Mitglieder der rechten Szene. Sie instrumentalisiert und missbraucht aktuelle Ereignisse (Tod von Tuğçe A., Anschläge in Paris) für billigen Rechtspopulismus und Ängste vor dem Islam. Der derzeitige Kuschelkurs zwischen AfD und PEGIDA (und Co.) ist nicht hinzunehmen. Deshalb müssen wir uns Verbündete über Parteigrenzen hinweg suchen und im Widerstand gegen die AfD geschlossen auftreten und für eine offene, tolerante und pluralistische Gesellschaft streiten, in der alle Menschen verschiedener Kulturen, Religionen sowie ethnischer und sozialer Herkunft friedlich und respektvoll zusammenleben können.

Wir dürfen die AfD nicht als Alltagsfliege oder Modeerscheinung darstellen, sondern diese zu diesen werden lassen. Denn die AfD ist keine Alternative! Weder für Deutschland, Brandenburg oder bei uns vor Ort!

Antragsteller: UB PR

Themengebiet: D 8

Titel / Überschrift: I bet you look good on the dancefloor! – für die Streichung des §6 im „Gesetz über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz - FTG)“

Zur Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Ministerium des Innern, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

D 8	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input checked="" type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die LDK fordert die ersatzlose Streichung des § 6 im „Gesetz über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz - FTG)“.⁵

5

Antragsbegründung:

Im Namen einer Religionsgemeinschaft schreibt Brandenburg allen Einwohner/innen derzeit vor, wie sie sich an bestimmten Tagen verhalten sollen bzw. nicht verhalten sollen. Doch Brandenburg ist ein vielfältiges Land. Hier leben Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, sexueller, politischer und gesellschaftlicher Ausrichtung – und auch verschiedener Religionen. Durch diese religiöse Vielfalt und die immer größer werdende Säkularität darf es nicht zum Vor- oder zum Nachteil von Religionsgemeinschaften werden, dass der Staat [das Land Brandenburg] allen Einwohner/innen aufzwingt, wie sie sich an bestimmten Tagen zu verhalten haben.

Gesetz über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz – FTG) § 6 Verbot von Sport-, Tanz- und sonstigen Veranstaltungen (1) Öffentliche Sportveranstaltungen sind verboten:
am Karfreitag, am Totensonntag bis 11 Uhr, am Vortag des Weihnachtsfestes (Heiliger Abend) ab 13 Uhr.
(2) Öffentliche Tanzveranstaltungen und Veranstaltungen in Räumen mit Schankbetrieb, die über den Schank- und Speisebetrieb hinausgehen, sind verboten:
am Karfreitag von 0 Uhr bis Karsamstag 4 Uhr, am Volkstrauertag und am Totensonntag von 4 Uhr bis 24 Uhr und am Vortag des Weihnachtsfestes (Heiliger Abend) von 13 Uhr bis 24 Uhr.
Quelle:

www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.13818.de

Wer seine Religion über andere Religionen oder dem Atheismus stellt, sagt dem Pluralismus der Religionen und einer offenen Gesellschaft den Kampf an. Religiöse Bräuche dürfen nicht der gesamten Gesellschaft aufgezwungen werden. Mit der Streichung des § 6 setzen wir außerdem ein Zeichen für die im Grundgesetz verankerte Trennung von Staat und Kirche.

Antragsteller: UB BAR

Themengebiet: D 9

Titel / Überschrift: Lasst uns Tanzen und die Kirche im Dorf! Anpassung des Feiertagsgesetzes (FTG) an gesellschaftliche Realitäten!

Zur Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag

D 9	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

1. Die Jusos Brandenburg fordern die Änderung des §6 des Feiertagsgesetzes (FTG) (sog. „Tanzverbot“) in Brandenburg nach dem Vorbild von Berlin. D.h. wir fordern die Abschaffung des Tanzverbotes an Heiligabend sowie am Karsamstag und die Kürzung der Verbostzeit auf 4:00 -21:00 Uhr an den restlichen Tagen.
2. Streichung des §5 Abs. 1 Nr. 3 und § 5 Abs. 2 FTG (Verbot von öffentlichen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen am Sonntag, sofern sie Gottesdienste stören könnten.)

Antragsbegründung:

Wie in jedem anderen Bundesland auch, gibt es in Brandenburg ein Feiertagsgesetz welches Sonn- und (christliche) Feiertage vor Arbeit und Lärm schützt. Soweit so gut, aber leider werden an diesen Tagen auch verschiedene Tanzveranstaltungen, wie Partys und Konzerte verboten. Derzeit gilt ein Tanzverbot am Karfreitag ganztägig, am Karsamstag von 0:00 – 4:00 Uhr, am Volkstrauertag von 4:00 – 0:00 Uhr, am Totensonntag von 4:00 – 0:00 Uhr und am Heiligabend von 13:00 – 0:00 Uhr. Mit diesen Antrag fordern wir die Angleichung an die Regeln in Berlin, nicht nur um auch Brandenburg als weltoffen und multireligiös zu präsentieren, sondern auch um unsinnige Regelungsunterschiede zwischen beiden Ländern abzubauen. Weiterhin muss das Verbot von öffentlichen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen an Sonntagen abgeschafft

werden, da diese Regelung einfach unsinnig ist. Es geht bei dem Verbot darum, das Gottesdienste nicht gestört werden, aber wie soll das von einem geschlossenen Raum aus möglich sein?

Der vorliegende Antrag fordert bewusst *nicht* die vollständige Abschaffung des Tanzverbotes. Wir sehen ein, dass lärmende Veranstaltungen in der Nähe von Kirchen am Sonntagvormittag sowie zur Gottesdienstzeit am Karfreitag keine gute Idee sind. Zudem denken wir, dass es sinnvoll und geboten ist, am Volkstrauertag und am Totensonntag einige Stunden Stille walten zu lassen, gerade weil es z.B. darum geht, den Millionen Kriegstoten zu gedenken. Nur wer geht vor 4:00 und nach 21:00 Uhr auf einen Friedhof um dort zu trauern?

Selbstverständlich achten wir die religiösen Gefühle aller Menschen gleichermaßen und möchten ausdrücklich keine Religionen diskriminieren. Aber wir halten eine staatlich verordnete Trauer- oder Andachtszeit für die gesamte(!) Bevölkerung als zu weitgehend und nicht mehr zeitgemäß. Wir glauben an einen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben zutrauen kann und auch die Freiheit derjenigen achtet, die sich zu einer anderen, als der christlichen oder keiner Religion bekennen.

F – Finanz- und Steuerpolitik

Antragsteller: UB OSL

Themengebiet: F 1

Titel / Überschrift: Beteiligung des Fiskus an Rollover-Zinsen für Forex und CFDs

Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion.

F 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input checked="" type="checkbox"/> überwiesen an Landesausschuss und Landesarbeitskreis „Sowas“

Antragstext:

Die LDK möge beschließen: Die Jusos Brandenburg fordern die Bundes-SPD dazu auf, noch während dieser Legislaturperiode eine Steuer auf solche Rollover-Zinsen, welche durch das overnight holding von Intraday gehandelten Produkten (wie Forex oder CFDs) entstanden sind, zu erheben. Als Berechnungsgrundlage für eine solche Steuer soll der Zins-Swap dienen. Hierbei soll der Zinsempfänger pro Einheit eine Abgabe von einem Prozent des Zins-Swaps an den Fiskus leisten.

Antragssteller: UB OSL

Themengebiet: F 2

Titel / Überschrift: Abgabe auf Spread von Intraday-Finanzprodukten

Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion.

F 2	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die LDK möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg fordern die Bundes-SPD dazu auf, noch während dieser Legislaturperiode eine Abgabe für Transaktionen im Rahmen solcher Finanzprodukte umzusetzen, welche in der Regel Intraday gehandelt werden und für die Spreads zwischen den Kaufs- und dem Verkaufswert existieren. Die Abgabe soll in Höhe von 2,5 % desjenigen Spreads entrichtet werden, welche beim Kauf bzw. Verkauf des Produkts vorlag. Hiervon sind sowohl fixe als auch variable Spreads betroffen.

Im Falle eines Hedgings, also des gleichzeitigen Haltens von Long- und Short-Positionen auf dasselbe Papier, ist die zu leistende Abgabe mit dem Spread identisch.

G – Gesundheit

Antragsteller: UB P

Themengebiet: G 1

Titel / Überschrift: Widerspruchslösung in der Organspende einführen

Zur Weiterleitung an BuKo, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

G 1	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen: die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung einzuführen. Die Widerspruchslösung besagt: Hat der Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen, z.B. in einem Widerspruchsregister, so können Organe zur Transplantation entnommen werden. Ein Widerspruchsrecht der Angehörigen kann diskutiert werden. Es soll eine zentrale Datenbank geschaffen werden, in welcher die Entscheidung eines jeden/ einer jeden, ob und welche Organe gespendet werden sollen, gespeichert ist.

Antragsbegründung:

Über 10.000 schwer kranke Menschen warten derzeit in Deutschland auf ein Spenderorgan. Die Organspender-Zahlen waren leider aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren rückläufig. Aktuell stagnieren sie auf einem niedrigen Niveau. Nur 900 Organe wurden 2014 transplantiert. Für das Jahr 2011 liegen gut vergleichbare Daten vor: In Spanien waren es in diesem Jahr 35,3 Organspender auf eine Million Einwohner. In Belgien und Malta waren es 30,1 bzw. 30,0 Organspender⁶. Abgeschlagen steht da

6

Deutschland mit nur 14,4 Spender pro einer Million Einwohner da. Im Jahr 2013 waren es sogar nur noch 876 registrierte Organspender, d.h. 10,9 Organspender auf eine Million Einwohner. Das ist ein für alle Seiten unbefriedigender Zustand, der mit Sicherheit durch die Organspende-Skandale der vergangenen Zeit noch befeuert wurde. Trotzdem gehört dieses Thema in den Fokus, denn pro Tag versterben drei der Wartenden an ihrer Grunderkrankung, ohne ein geeignetes Organ zu erhalten. In Spanien, Belgien und Malta gilt gleichermaßen die Widerspruchslösung. Sie ist in Europa die am weitesten verbreitete Variante in der Organspende. In Deutschland gilt bislang die Entscheidungslösung, die besagt, dass jede Bürgerin bzw. jeder Bürger die eigene Bereitschaft zur Organ- und Gewebespende auf der Grundlage fundierter Informationen

prüfen und schriftlich festhalten soll. In Deutschland stellen die gesetzlichen und privaten Krankenkassen ihren Versicherten derzeit noch alle zwei Jahre einen Organspenderausweis zur Verfügung, verbunden mit der Aufforderung seine persönliche Entscheidung in diesem Dokument schriftlich festzuhalten. Dabei kann die Entscheidung sowohl für oder gegen eine Organ- bzw. Gewebespende getroffen werden oder ganz auf eine Entscheidung verzichtet werden. Dies scheint als Verfahren ungeeignet. Laut einer repräsentativen Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahr 2012 sind 70 Prozent der 14- bis 75-Jährigen bereit, nach ihrem Tod zu spenden. Doch nur 22 Prozent der Befragten sind in Besitz eines Organspenderausweises; die Mehrheit von ihnen hat in diesem einer Organentnahme zugestimmt⁷. Es ist wichtig, diese Personen über die Widerspruchslösung zu erreichen. Wichtig ist es, Menschen noch

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164246/umfrage/postmortale-organspender-iminternationalen-vergleich/>

stärker für das lebensnotwendige Thema Organspende zu sensibilisieren. Einen Großteil Frauen und Männer, die im Prinzip zu einer Organspende bereit wären, nicht zu erreichen, ist ein nicht mehr anzunehmender Zustand, der geändert gehört. Der aktuelle Zustand lebt von dem Vorteil, dass es für keine Bürgerin bzw. keinen Bürger einen Zwang gibt, eine Entscheidung dieser Art zu treffen. Im Zweifel sind allerdings Angehörige in der Pflicht, sich nach dem Tod einer nahestehenden Person mit der Frage einer Organspende auseinanderzusetzen. Eine Frage, die in einem emotional stark aufgeladenen Moment unweigerlich zu weiteren Verzögerungen führen kann und darüber hinaus die Angehörigen schwer belastet. In Zukunft würde mit der Widerspruchslösung alle Bürgerinnen und Bürger automatisch Organspender sein, solange sie diesem

Umstand nicht aktiv widersprechen. Über diesen Zustand sollten die Bürgerinnen und Bürger jedoch in regelmäßigen Abständen informiert werden, z.B. über die Krankenkassen. Die Differenzierungsmöglichkeit, also die Entscheidung, welche Organe bzw. Gewebe entnommen werden dürfen, soll beibehalten werden.

K – Kommunalpolitik

<https://www.organspende-info.de/infothek/gesetze/entscheidungs%C3%B6sung>

Antragsteller: UB P

Themengebiet: K 1

Titel / Überschrift: Funktionalreform

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und die SPD-Landtagsfraktion.

K 1	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen: Die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, bei Ausgestaltung und Implementation der anstehenden Kreisgebietsreform und einer in Zukunft möglicherweise folgenden Kommunalreform folgende Punkte zu beachten:

Die Reformen sollten im ständigen, vom gegenseitigen Respekt geprägten Austausch mit den betroffenen Bürgern und kommunalen Verantwortungsträgern geschehen.

Das Ziel müssen starke, autarke und selbständige Einheiten sein, die auch finanziell überlebensfähig sind. Dazu müssen, wo notwendig, Entschuldungen durchgeführt werden. Außerdem muss das Land bei Notwendigkeit über eine Neuordnung der Finanzierung von Kreisen und Kommune nachdenken, um auch die Leistungsfähigkeit kommunaler Einheiten insbesondere im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Bei der Schaffung größerer Einheiten muss die demokratische Verwurzelung vor Ort geschützt und gegeben falls gestärkt werden - Lokalpolitik muss weiterhin auch "vor Ort im Dorf" stattfinden können. Dafür sind neue Möglichkeiten der Beteiligung, etwa über das Internet, auszuprobieren.

Ortsbeiräte und die Gemeindevertretungen amtsangehöriger Gemeinden sind in ihren Kompetenzen zu stärken. Ortsbeiräte sollten grundsätzlich ein eigenes Budget zur

Verfügung haben, mit der sie etwa die Einrichtung und Unterhaltung von Bürgertreffs oder straßenbauliche Maßnahmen im geringen Umfang selbst finanzieren können. Bestehende Ortsbeiräte sollen nicht abgeschafft werden. Ortsbeiräte müssen in allen Ortsbeiräten bestehen.

Amtsdirektoren sind direkt von den Bürgern der amtsangehörigen Gemeinden zu wählen.

Auch nach der Kreisgebietsreform und einer möglichen Kommunalgebietsreform müssen die Serviceangebote der Verwaltung weiterhin erreichbar für die Bürger bleiben - auch im ländlichen Raum. Dafür sind wo notwendig dezentral Servicecenter einzurichten oder mobile Servicecenter ("Bürgeramts-Busse") zu erproben. Außerdem sollten soweit möglich Verwaltungsdienste auch über das Internet in Anspruch genommen werden können, ohne das aus dieser Option eine Ausschließlichkeit folgt. Für die Beschäftigten der Kommunen müssen dennoch zumutbare Arbeitswege gewährleistet bleiben. Die Gelegenheit einer Reform sollte auch genutzt werden, um Kreise und Kommunen bei der Bewältigung des demographischen Wandels in ihrer Mitarbeiterstruktur zu unterstützen.

Antragsbegründung:

Unsere Kommunen und Kreise sind das Fundament unserer Demokratie - hier gestalten Bürgerinnen und Bürger ihr unmittelbar ihr persönliches Umfeld. Nirgendwo sonst können demokratische Teilhabe und die Auswirkungen eigenes politisches Engagement so direkt erlebt werden. Ohne starke und funktionierende Kommunen wäre uns aller Alltagsleben kaum vorstellbar – die Leistungspalette in der Verantwortung unserer Gemeinden, Städte und Kreise reicht vom öffentlichen Nahverkehr über lokale Infrastrukturpolitik, die Bereitstellung von Schulen und Kitas bis hin zur Wasserver- und Müllentsorgung.

Diese wichtige Rolle als Kern und Keimzelle unserer Demokratie und Gewährleister vielfältiger lebensnotwendiger öffentlicher Leistungen können die Kommunen aber kaum gerecht werden

- Wenn die Entscheidungsprozesse und verantwortlichen politischen Akteure nicht mehr ausreichend vor Ort verwurzelt sind und den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl fehlt, sich in lokale politische Fragen einbringen zu können,
- Wenn die gewählten lokalen Vertreter der Bevölkerung keine realen Entscheidungsspielräume mehr haben, weil ihnen etwa Entscheidungen faktisch vorgegeben werden oder
- Wenn kommunale Einheiten etwa aufgrund fehlender finanzielle Ausstattung nicht mehr zur effektiven Wahrnehmung ihrer Aufgaben in der Lage sind.

Die Idee kommunaler Selbstverwaltung lebt von starken, autarken und somit bis zu einem gewissen Grad unabhängigen kommunalen Einheiten. Um diese und die demokratische Bürgerbeteiligung in ihnen zu gewährleisten haben wir die obigen Forderungen aufgestellt.

O – Organisation / Partei

Antragsteller: UB P

Themengebiet: O 1

Titel / Überschrift: Online-Informations-Plattform

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesparteitag.

<input type="radio"/> O 1	<input checked="" type="radio"/> x angenommen	<input type="radio"/> O mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> O abgelehnt	<input type="radio"/> O überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Der Juso-Landesvorstand Brandenburg und der SPD- Landesvorstand Brandenburg wird aufgefordert, eine Online-Plattform zu erstellen, die Tagesordnungen, (Vorstands-)Mitglieder, Termine und Kontaktdaten von Unterbezirken, Diskussionsforen und Arbeitskreisen des Verbandes übersichtlich darstellt. Diese soll die aktuellen Diskussionsthemen auflisten, immer aktuell gehalten werden und soll an die Website des Landesverbands angeknüpft sein.

Die Landesgeschäftsführung hat sich entsprechende Informationen von den Verantwortlichen der Arbeitskreise und –foren einzuholen. Die Verantwortlichen der Arbeitskreise und -foren werden aufgefordert diese Infos auch ohne Nachfrage mitzuteilen.

Antragsbegründung:

Eine attraktive „Mitmach-Partei“ sind wir nur, wenn Termine, Tagesordnungen, Themen und Kontaktdaten transparent und **immer** aktuell sind. Die Online Plattform soll es allen Jusos bzw. SPD-Mitgliedern ermöglichen Informationen zu sämtlichen thematischen und organisatorischen Diskussionen auf Landesebene zu erhalten. Unser Ziel ist es eine zentrale Datenbank in Form einer Webseite: z.B. ein Wiki zu erstellen.

Antragsteller: Landesausschuss

Themengebiet: O 2

Titel / Überschrift: Auswahl des/der Geschäftsführer*in im LaVo

<input checked="" type="radio"/> O 2	<input checked="" type="radio"/> x angenommen	<input type="radio"/> O mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> O abgelehnt	<input type="radio"/> O überwiesen an _____

Antragstext:

1. Streiche in der Richtlinie § 7 Nr. 3 (Aufgaben der Landesdelegiertenkonferenz)

Wahl einer Landesgeschäftsführerin bzw. eines Landesgeschäftsführers

2. ergänze in §10 (Aufgaben den Landesvorstandes):

*(10) Der Landesvorstand schreibt die Stelle des/der Landesgeschäftsführer*in aus und wählt diese/diesen aus.*

3. Diese Regelung tritt zum 1.4.2015 in Kraft. Auf der LDK 2015 wird noch die alte Regelung angewendet.

Antragsbegründung:

Auf dem Landesausschuss am 31.01.2015 wurde festgestellt, dass eine Direktwahl von hauptamtlichen Mitarbeitern nicht mehr zeitgemäß ist.

Antragsteller: UB LDS

Themengebiet: O 3

Titel / Überschrift: Qualifizierte Mehrheit zum Parteitagsabbruch – Parteitage besser planen

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, LaVo Jusos und LA Jusos:

<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg möge beschließen:

Die Satzung der SPD Brandenburg und die Geschäftsordnung des Landesparteitages der SPD Brandenburg sollen dahingehend geändert werden, dass Geschäftsordnungsanträge zur Beendigung des Parteitages einer qualifizierten Mehrheit benötigen.

Außerdem wird der SPD-Landesvorstand dazu aufgefordert, Landesparteitage der Brandenburger SPD besser zu planen.

Antragsbegründung:

Der Landesparteitag ist die wichtigste Institution der SPD, er entscheidet sowohl über die inhaltliche Ausrichtung der Partei, als auch über die Führung der Brandenburger SPD. Damit er diese Aufgaben auch wirklich wahrnehmen kann, muss er ausreichend Zeit haben und gut strukturiert sein. Es kann dabei also nicht sein, dass Wahlen aufgrund schlecht bzw. nicht funktionierender elektrischer Wahlgeräte oder ungenügender vorheriger Information der Delegierten verzerrt werden oder sich verzögern, dass Delegierte schon früher gehen, dass der Antragsparteitag (der in der Regel nur einmal jährlich stattfindet) nur 6 Stunden (Mittagspause mit einberechnet) dauert und dass ein Großteil der Anträge schlussendlich nicht durch den Landesparteitag, sondern durch Landesvorstand und Landesausschuss entschieden werden.

Genau so ist es aber im Dezember auf dem Landesparteitag der Brandenburger SPD geschehen. Dies muss verhindert werden. Im selben Maße kann es nicht sein, dass ein Landesparteitag bereits nach 6 Stunden beendet wird, obwohl noch ein Großteil der Anträge zu besprechen ist. Damit diese auch die Möglichkeit haben, behandelt zu werden, muss darüber nachgedacht werden, Landesparteitage nicht auf zwei Tage auszuweiten und die Beendigung eines Parteitages durch Geschäftsordnungsantrag zu erschweren. Gleichzeitig müssen die Parteitage, besonders Wahlparteitage mit elektronischen Stimmgeräten, besser strukturiert und geplant werden, damit die oben genannten Fehler vermieden werden können.

Antragsteller: UB PM, UB BAR, UB P, Juso Hochschulgruppe Potsdam

Themengebiet: O 4

Titel / Überschrift: No means No! -Awareness und Bekämpfung von innerverbandlichen Diskriminierung

Zur Weiterleitung an: Landesvorstand und Landesausschuss

O 4	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Der Juso Landesverband Brandenburg verpflichtet sich, Interessierte zu sachkundigen Mitgliedern eines Awareness-Teams ausbilden zu lassen. Das Awareness-Team ist im Landesverband eine Anlaufstelle für Betroffene von übergreifendem sexistischem, homophobem, transphobem, rassistischen, lookistischen, religiösfeindlichen u.a. Verhaltens durch andere Jusos und Parteigenossen. Das Awareness-Team unterstützt und berät die Betroffenen und weist TäterInnen auf ihr Fehlverhalten hin. Eine weitere Aufgabe des Awareness-Teams ist es, Sexismus zu thematisieren und Info-Veranstaltungen zu organisieren, um Jusos für das Thema stärker zu sensibilisieren.

Das Awareness-Team setzt sich aus quotierten Mitgliedern zusammen, wobei trans- und intersexuelle Menschen ihr frei gewähltes Gender angeben können.

Mitglieder des Awareness-Teams sollen möglichst bei allen Veranstaltungen der Jusos Brandenburg anwesend sein, um dort eine Anlaufstelle zu bilden. Ist dies nicht möglich, wird zeitnah eine telefonische Verbindung für Betroffene eingerichtet, um die Mitglieder schnell zu erreichen. Dem Awareness-Team und Betroffenen muss bei Tagesveranstaltungen ein Schutzraum zur Verfügung stehen, der einen Rückzugsort und Anlaufstelle für Betroffene bildet. Zudem sind am Beginn jeder Veranstaltung klare Regeln aufzustellen, deren Einhaltung von Moderatoren und Organisatoren überwacht werden.

Bei gravierenden Vorfällen, welche weitere Konsequenzen nach sich ziehen, wird der/dem Landesvorsitzenden ein Bericht erstattet. Ansonsten operiert das Awareness-Team streng vertraulich und gibt der LDK nur einen Bericht über die Anzahl der Fälle zur Kenntnis.

Der Landesverband übernimmt Kosten für die Ausbildung der Mitglieder des Awareness-Teams dabei vollständig.

Antragsbegründung:

Auch wenn die Jusos ein sozialistischer, feministischer und pazifistischer Jugendendverband sind, dürfen wir nicht in unserem Verband die Augen vor dieser Problematik verschließen. Unser Verband ist Teil der Gesellschaft. Er spiegelt die Problemlagen und die Diskriminierungsstrukturen in der Gesellschaft wieder. Aber natürlich lehnen wir Sexismus Homophobie, Transphobie und sexualisierte Gewalt entschieden ab und ergreifen aller erforderlichen Mittel, um diese zu verhindern.

Sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt stellt in allen gesellschaftlichen Bereichen ein überwiegend tabuisiertes und oftmals unterschätztes Problem dar. Empirischen Untersuchungen zufolge sind überwiegend Frauen betroffen. Einer Studie des BMFSJF aus dem Jahr 2004 zufolge geben mehr als die Hälfte aller 10.000 befragten Frauen an, seit ihrem 16. Lebensjahr mindestens einmal körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt zu haben[1]. Auch Männern widerfährt immer häufiger sexualisierte Gewalt [2]. Sexuelle Diskriminierung bezeichnet hingegen das offene oder verdeckte Herabsetzen oder Ausgrenzen sowie gesellschaftliche oder rechtliche Benachteiligung von Individuen, die Minderheiten oder Randgruppen in sexueller oder geschlechtlicher Hinsicht darstellen oder von der vermeintlichen Norm abweichen [3].

Analyse der Begrifflichkeiten

Sexismus ist die Diskriminierung oder Unterdrückung von Menschen allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit. Der Begriff ist eine aus dem Englischen kommende Parallelbildung zu Rassismus. In der Psychologie wird Sexismus über stereotype Merkmalszuschreibungen definiert. Auf dieser interpersonellen Ebene werden diskriminierende Rollenzuschreibungen beider Geschlechter berücksichtigt. Sexistisches Verhalten beinhaltet jede Verhaltensweise gegenüber Personen und Personengruppen mit sexuellem Bezug, die seitens der Betroffenen unerwünscht ist, die Personen aufgrund ihres Geschlechtes herabwürdigt und/oder eine Nichtakzeptanz von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen als gleichwertige DiskussionspartnerInnen zur Konsequenz hat.

Sexuelle Belästigung ist ein einseitiges, unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, zu dem auch unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen zu diesen, sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts, sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornographischen Darstellungen zählen. Das Verhalten bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird. Dies ist auch der Fall, wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird. Konkrete Beispiele für sexuelle Belästigungen sind:

- 1 jedes unerwünschte Berühren, Täschneln und Befingern,

- 2 anzügliche und beleidigende Bemerkungen,
- 3 Witze und Sprüche, die Menschen lächerlich machen und demütigen,
- 4 obszöne und ehrverletzende Aufforderungen,
- 5 das Aufhängen und Zeigen von Fotos mit wenig oder gar nicht bekleideten Personen und Zeichnungen mit sexuellem Inhalt, auch in Form von Bildschirmschonern oder E-Mails,
- 6 Aufforderungen zu sexuellen Gefälligkeiten oder Handlungen,
- 7 tätliche Bedrohung, Nötigung.

Besonders verwerflich ist sexuelle Belästigung auch dann, wenn ein Abhängigkeitsverhältnis ausgenutzt wird, indem zum Beispiel berufliche Vorteile versprochen oder Nachteile angedroht werden [4].

Gründe der Diskriminierung sexueller Minderheiten wird als Schutz gegen die Verunsicherung gegenüber der eigenen Sexualität gesehen, was sich in einer (krankhaften) Ablehnung, Diskriminierung und Ausgrenzung von z.B. homosexuellen (und bisexuellen) Menschen oder Menschen, die als homosexuell oder bisexuell wahrgenommen werden. Dies kann sich zum Beispiel in Schimpfwörtern oder körperlicher Gewalt äußern [5].

Quellen

[1] Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2004, online unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=20560.html>

[2] Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005, online unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=20558.html>

[3] <http://queer-lexikon.net/queer/diskriminierung>

[4] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008

[5] <http://queer-lexikon.net/homophobie>

Antragsteller: UB PM

Themengebiet: O 5

Titel / Überschrift: Brandenburg ins Gespräch bringen! Juso Bundeskongresses 2016
hier!

Zur Weiterleitung an den Landesvorstand.

<input checked="" type="radio"/> 5	<input checked="" type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge den Landesvorstand und/oder ggf. eine dafür einberufene Arbeitsgruppe damit beauftragen, die Möglichkeiten einer Ausrichtung des Juso-Bundeskongresses im Landesverband Brandenburg zu evaluieren. Dazu müssten einerseits die organisatorischen Möglichkeiten der Ausrichtung (Bettenkapazitäten, Tagungsmöglichkeiten, etc.) ausgelotet werden und andererseits Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Juso-Bundesverbandes aufgenommen werden. Angestrebt ist eine Bewerbung für den Bundeskongress 2016.

Antragsbegründung:

Brandenburg ist ein junges und aufstrebendes Land. Der Juso-Landesverband gestaltet erfolgreich Belange des Landes mit und beweist einen funktionierenden Draht zur aktuellen Landespolitik. Zudem sind die Jusos die mitgliedsstärkste Jugendorganisation in Brandenburg.

Es ist an der Zeit, unsere Erfolge nach außen zu tragen, unsere Mentalität und unser schönes Bundesland zu repräsentieren, umso Brandenburg vielleicht ein Stück weit aus der relativen Bedeutungslosigkeit im Bereich des Juso-Bundesverbandes heraus zu heben.

Weiterhin können so Berührungängste mit der Bundesebene abgebaut und hoffentlich mehr brandenburgische Jusos auf diese Weise motiviert werden sich für Belange auf Juso-Bundesebene einzusetzen bzw. an Projekten mitzuarbeiten.

#BrandenburgimHerzen

Antragsteller: UB HVL

Themengebiet:

Titel / Überschrift: Eigene Budgets für alle Unterbezirke

Zur Weiterleitung an den Juso-Landesvorstand.

<input type="radio"/> 6	<input checked="" type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die LDK möge beschließen, dass die Landesvorstände der Jusos Brandenburg und der SPD Brandenburg aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass jeder Juso UB von seinem SPD UB ein eigenes Budget zur freien Verfügung erhält. In allen Juso UBs soll in den Vorständen eine/ein Finanzverantwortliche/Finanzverantwortlicher bestimmt werden.

Antragsbegründung:

Wir stellen diesen Antrag, weil es gerade bei uns im UB (Havelland) zur Zeit so ist, dass wir den UB Vorstand bzw. die einzelnen OV Vorstände die Zustimmung einholen müssen, ob wir überhaupt eine Veranstaltung stattfinden lassen können und um Erlaubnis fragen, ob diese Kosten dann auch übernommen werden. Das ist oftmals ein langwieriger Prozess und ist nicht sehr förderlich für die langfristige Planung.

U – Umwelt, Energie, Landwirtschaft

Antragsteller: UB P

Themengebiet: U 1

Titel / Überschrift: Energiewende voranbringen – Entwicklung der Speichertechnologien in Brandenburg fördern

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und die SPD-Landtagsfraktion

U 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich folgendes Ziel zu setzen: Brandenburg bleibt auch weiterhin Vorreiter bei der Nutzung erneuerbarer Energien und strebt an, als erstes Bundesland eine Stromversorgung ausschließlich aus regenerativen Quellen rund um die Uhr zu gewährleisten.

Besondere Priorität hat dabei der Ausbau von Stromspeichern. Wir fordern die Landesregierung daher dazu auf, das hier bestehende Potential zu nutzen und Brandenburg zu einem führenden Forschungs- und Produktionsstandort in dieser Schlüsseltechnologie zu entwickeln. Dafür sind folgende Schritte wichtig:

Die Forschung im Bereich der Stromspeicher muss intensiviert werden. Das Land sollte in Zusammenarbeit mit den brandenburgischen Universitäten und auch anderen Forschungseinrichtungen sowohl Kapazitäten bei der relevanten Grundlagenforschung als auch für anwendungsbezogene Forschung schaffen und mit zusätzlichen mindestens 5 Millionen Euro im Jahr unterstützen.

Das Land sollte mit gezielter Ansiedlungspolitik Unternehmen aus dem Bereich der Stromspeicher als Kerne neuer Kompetenzcluster in die Region holen.

Das Land sollte in Zusammenarbeit mit Berlin die Existenzgründung im Bereich der Stromspeicher unterstützen.

Das Land sollte den Bau von Stromspeichern auf seinem Territorium soweit vertretbar unterstützen.

Antragsbegründung:

Der wichtigste Schritt hin zu einer vollendeten Energiewende ist die Entwicklung und flächendeckende Implementation von Speichertechnologien. Sobald es effiziente und bezahlbare Speichermöglichkeiten für elektrischen Strom in großen Mengen gibt, wird dafür eine weltweite Nachfrage bestehen. Diese Chance sollten wir daher nutzen, um Brandenburg hier auch als führenden Forschungs- und Produktionsstandort zu etablieren und so nachhaltige Wertschöpfungskapazitäten aufzubauen.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: U 2

Titel / Überschrift: Fahrplan für die Energiewende in Brandenburg

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und die SPD-Landtagsfraktion

U 2	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung des Landes Brandenburg dazu auf, einen Zeithorizont und ein Konzept für die Umstellung auf erneuerbare Energieträger im Laufe dieser Legislaturperiode zu erarbeiten und einen Termin für das Ende der brandenburgischen Braunkohleförderung und -verstromung zu benennen.

Antragsbegründung:

Die Politik hat sich auf Bundesebene parteiübergreifend dazu entschlossen, durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energiequellen die „Energiewende“ herbeizuführen. Diese bedeutet den schrittweisen Übergang von der Nutzung endlicher konventioneller Energieträger (Kohle, Gas, Kernkraft) hin zu erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Sonne,...).

Die brandenburgische Landesregierung hat sich ausdrücklich zu dieser Energiewende bekannt. Sie wird nicht müde, die Verstromung von heimischer Braunkohle als „Brückentechnologie“ zu bezeichnen.

Brücken zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Anfang und einen Endpunkt haben. Brücken, die ins Ungewisse hinein gebaut werden, laufen Gefahr ihr Ziel zu verlieren und zu scheitern. Um ein Scheitern der Energiewende in Brandenburg zu verhindern, ist deshalb ein konkreter Plan für den Umstieg auf erneuerbare Energieträger notwendig!

Antragsteller: UB P

Themengebiet: U 3

Titel / Überschrift: Sicherheit in Zeiten des Wandels – Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für die Lausitz

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und die SPD-Landtagsfraktion

U 3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Brandenburg dazu auf, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die sich mit der Erstellung eines Zukunftskonzeptes für die Lausitz beschäftigt. Diese soll allen interessierten SPD-Mitgliedern offen stehen.

Antragsbegründung:

Nicht nur in den medial geführten Debatten, sondern auch innerhalb der Brandenburger SPD besteht große Uneinigkeit darüber, wie die industrielle Zukunft der Lausitz aussehen soll. Mit dem Rückzug von Vattenfall aus dem Braunkohlegeschäft sehen nicht nur die 8.000 Angestellten des Konzerns, sondern auch deren Familien und die umliegenden Kleinbetriebe einer ungewissen Zukunft entgegen. Auch für den Fall der Übernahme durch einen neuen Investor, sind die Tage der Braunkohleindustrie in der Lausitz absehbar gezählt.

Im Bewusstsein um die Verantwortung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region ist es der örtlichen Bevölkerung gegenüber nur fair und angemessen, Szenarien für eine wirtschaftliche Transformation – weg von der Kohle, hin zu anderen Industrien – zu entwerfen. Wir als SPD und Jusos drücken uns vor dieser Verantwortung nicht, sondern wollen der Lausitz Perspektiven für die Zukunft eröffnen!

V – Infrastruktur und Verkehrspolitik

Antragsteller: UB BAR

Themengebiet: V 1

Titel / Überschrift: Grünes Blinklicht für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und die SPD-Landtagsfraktion

V 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input checked="" type="radio"/> überwiesen an LAK Inneres

Antragstext:

In Deutschland haben Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren bereits ab der Alarmierung, also schon auf dem Weg zur Wache, das Sonderrecht (d.h. Befreiung von den Vorschriften der StVO) nach §35 StVO. Dieses dürfen sie jedoch weder durch ein blaues Blinklicht noch durch ein Einsatzhorn anzeigen. Abhilfe schaffen sie sich zum Beispiel mit einem Dachaufsetzer. Dieser wird jedoch nur selten von anderen Verkehrsteilnehmern wahrgenommen. Da ein blaues Blinklicht verboten ist und das gelbe Blinklicht bereits vergeben ist, wäre ein grünes Blinklicht für die Kamerad*innen der Freiwilligen Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen eine gute Lösung, um dem restlichen Verkehr ihr Anliegen zu verdeutlichen.

Antragsbegründung:

Gerichte haben deutsche Feuerwehrleute teilweise zu hohen Bußgeldern verurteilt, da sie zu schnell unterwegs waren. Die Richter*innen ließen dabei nicht gelten, dass die Feuerwehrleute eigentlich die im Antragstext erwähnten Sonderrechte haben und auf dem Weg zur Wache waren, um danach zum Einsatz zu fahren. Der Grund: Die Feuerwehrleute können ihre Sonderrechte im Straßenverkehr nicht anzeigen und deshalb nicht durchsetzen.

In weiten Teilen der USA und Kanada ist es bereits so, dass die Autofahrer, wenn sie ein grün blinkendes Licht im Rückspiegel sehen, an die Seite fahren, um diesem Fahrzeug Platz zu schaffen. Dank der Aufklärungskampagnen in den Medien ist der Bevölkerung bewusst, was dieses zu bedeuten hat. Auch in Deutschland wäre dieses bewährte System möglich. Ein Verfahren, dass es Feuerwehrleuten ermöglicht, schneller zu ihrer Wache zu gelangen, schneller am Einsatzort zu sein und somit Schaden zu verhindern und vor allem sicher an der Wache anzukommen.

Antragsteller: UB LDS

Themengebiet: V 2

Titel / Überschrift: E-Mobilität fördern – Für eine Strategie „Elektromobilität in Brandenburg“

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag.

V 2	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos möge beschließen:

Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert, eine Strategie zur Elektromobilität zu entwerfen. Dabei soll unter anderem auf folgende Punkte geachtet werden:

- Nutzung von alternativen Energiequellen
- Ausbau der Dichte von Stromtankstellen
- Mögliche Verwendung in Öffentlichen Ämtern (Ordnungsamt, Polizei, etc.)
- Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Schaffung von Vorteilen für E-Mobile
- Förderung der Technologieentwicklung in Brandenburg
- Stärkung des ÖPNV und Nutzung der E-Mobility im ÖPNV

Antragsbegründung:

Die E-Mobilität und damit verbundene Nutzung von Elektroautos ist auf dem Vormarsch in Deutschland. Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, bis 2020 1 Million Elektrofahrzeuge auf die deutschen Straßen zu bringen. Besonders die Hauptstadtregion Berlin ist dabei Vorreiter, hier wurde das erste alleinig auf E-Mobilität basierende Carsharing-Unternehmen gegründet. Aber auch Brandenburg hat einen großen Anteil daran, besonders durch die Versorgung mit Strom aus alternativen Energiequellen.

Doch sollte Brandenburg nicht nur den Versorger für Berlin spielen! Brandenburg braucht ein eigenständiges Konzept zur E-Mobilität!

Brandenburg bietet für E-Mobilität viele Möglichkeiten: Gute Vernetzung von Wissenschaft und Forschung, Hochschulen mit technischer Ausrichtung, Touristische Regionen und Ausflugsziele, Breite Netze alternativer Energiequellen und vieles mehr.

Dies sollte entsprechend genutzt werden. Dabei muss jedoch auf bestimmte Gesichtspunkte geachtet werden.

Nutzung alternativer Energiequellen

Grundlegend wichtig ist, dass alternative Energiequellen für E-Mobile genutzt werden, damit der CO²-Ausstoß auch wirklich gesenkt wird und nicht durch die Förderung fossiler Brennstoffe auf gleichem Level gehalten wird. Dies stellt für das Land Brandenburg kein Problem dar. Zwar wird in Brandenburg auch noch ein großer Teil der Energie durch Braunkohle gewonnen, in wesentlich größerem Maße wird aber die Windenergie gefördert und genutzt. Die Nutzung dieser sollte auch für ein E-Mobilitäts-Konzept bedacht werden.

Ausbau der Dichte an Stromtankstellen

Die Grundlage für E-Mobilität stellt zuerst die Versorgung der E-Mobile mit Strom dar. Dafür ist eine breite Abdeckung mit Stromtankstellen dringend notwendig. Diese ermöglichen es erst, das eigene Auto zu laden. Zwar ist es generell möglich, das Auto an jeder beliebigen Steckdose zu laden, jedoch dauert es bei den hausüblichen 230V-Steckdosen ungemein länger. Daher bauen viele Anbieter bereits Ladestationen in den Häusern der Kunden ein. Doch was tun, wenn man unterwegs ist? Die Dichte an Stromtankstellen in Brandenburg ist gering. Zwar gibt es im berlinnahen Raum noch vereinzelt, in Potsdam sogar mehrere Lademöglichkeiten, doch je näher man an die umliegenden Landesgrenzen kommt, desto geringer gesät finden sich die entsprechenden Lademöglichkeiten. Auf der gesamten A13 findet sich zwischen Berlin und dem Dreieck Spreewald keine einzige Ladestation.⁸ Eine Fahrt in den Spreewald muss somit

genauestens geplant werden und ist eventuell nicht möglich. Dies verhindert Tourismus, auf den manche Brandenburger Regionen stark angewiesen sind.

Mögliche Verwendung in Öffentlichen Ämtern

Als Vorbildfunktion sollte darüber nachgedacht werden, ob die Fuhrparks von Ordnungsämtern, Polizei, etc. mit E-Mobilen ausgestattet werden. Dies könnte Einfluss auf die Bekanntheit und Beliebtheit von E-Mobilen in Brandenburg haben und wird auf diese Weise schon in anderen Ländern (z.B. Österreich: Modellprogramm VLOTTE) mit Erfolg ausprobiert.

Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Schaffung von Vorteilen für E-Mobile

Die Kommunen haben durch das Elektromobilitätsgesetz die Möglichkeit, Änderungen in der Straßenverkehrsordnung vorzunehmen und so z.B. Parkplätze an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge zu reservieren, kostenlose Parkplätze anzubieten, Ausnahmen von Zufahrtsbeschränkungen (etwa zur Luftreinhaltung oder zum Lärmschutz) anzuordnen und Busspuren für gekennzeichnete Fahrzeuge zu öffnen. Diese Möglichkeiten sollten als Motivation zur Nutzung und zum Kauf von E-Mobilen genutzt werden.

Förderung der Technologieentwicklung in Brandenburg

Quelle: lemnet.org/map

Brandenburg bietet durch seine Hochschulen und deren oft gute Vernetzung mit der Wirtschaft exzellente Standortfaktoren zur Technologie-Entwicklung von E-Mobilen. Dies kann sowohl die Brandenburger Wirtschaft steigern als auch die E-Mobilität voranbringen und sollte in ein Konzept zur E-Mobilität mit eingebracht werden.

Stärkung des ÖPNV und Nutzung der E-Mobility im ÖPNV

Auch die Nutzung der E-Mobility im ÖPNV und eine Einbindung des ÖPNVs in ein gemeinsames Verkehrskonzept zur Verringerung des CO²-Ausstoßes sind möglich und sollten für die Zukunft überdacht werden.

W – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Tarif

Antragsteller: UB P

Themengebiet: W 1

Titel / Überschrift: Unsere Arbeit ist mehr Wert – 10 Euro Mindestlohn für Brandenburg

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesparteitag.

W 1	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung und die SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag dazu auf, für Aufträge der öffentlichen Hand im Land Brandenburg einen Mindestlohn in Höhe von 10 € einzuführen.

Antragsbegründung:

Seit dem 01. Januar 2012 ist ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 € für Aufträge der öffentlichen Hand im Brandenburgischen Vergabegesetz festgeschrieben. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) begründet dessen Einführung mit den Worten: „Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die Landesregierung konsequent für existenzsichernde Mindestlöhne ein, denn Menschen brauchen soziale Sicherheit – wie angemessenes Wohnen, gesunde Ernährung, Sicherung im Alter, Bildung und kulturelle Betätigung.“⁹

Wir Jusos sind der Meinung, dass es über drei Jahre nach der Einführung des Mindestlohns auf Landesebene an der Zeit ist, den Mindestlohn für Aufträge der öffentlichen Hand mit Blick auf gestiegene Lebens- und Unterhaltskosten (Miete, Lebensmittel, Heizkosten, Strom, etc.) auf 10 € anzuheben. Die rot-rote Landesregierung sollte den Weg, den sie mit ihrer Entscheidung für die Einführung existenzsichernder Mindestlöhne im Jahr 2012 eingeschlagen hat, konsequent weiter gehen und dadurch auch zukünftig als Vorbild für den Rest der Republik dienen.

Antragsteller: UB LDS

Themengebiet: W 2

Titel / Überschrift: Für eine Aufwertung des Erzieherberufs

W 2	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Jusos Brandenburg mögen beschließen:

Die SPD-Fraktionen in Bund, Land und Kreistagen sowie die Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, eine Erhöhung der Entgeltung für den Erzieherberuf anzustreben, die der Professionalität und der Verantwortung der Tätigkeit gerecht wird. Eine entsprechende Angleichung muss auch für das andere Personal in Kitas (Kindheitspädagogen, Sozialpädagogen, Kinderpfleger, Sozialassistenten) und Tagesmütter empfohlen.

Antragsbegründung:

Die Zeit der sogenannten "Kindergärtnerin", die die Kinder bespaßt und ihnen die Zeit vertreibt, sind vorbei. Unlängst gehört zur pädagogischen Arbeit der Erzieher*innen

neben der Betreuung und Pflege der Kinder auch die Schaffung und ständige Aktualisierung eines geeigneten Umfeldes, die Umsetzung frühkindlicher Bildungsangebote und die allgemeine Kompetenz- und Fähigkeitsentwicklung im sprachlichen, motorischen, körperlichen und kognitiven Bereich. Erzieher*innen sollen darüber hinaus ihre Arbeit detailliert dokumentieren und reflektieren (insbesondere in Kita-Konzepten wie z.B. infans), und sie so immer wieder weiterentwickeln. Mittlerweile wird von vielen Seiten gefordert, der Tätigkeit anstelle einer Ausbildung ein akademisches Studium voranzustellen. Die zunehmende Professionalisierung verbunden mit den steigenden Ansprüchen an die Kinderbetreuung und Kindererziehung, müssen sich auch in der Entgeltung widerspiegeln. Derzeit werden im TVöD des Sozial- und Erziehungsdienstes Erzieher*innen keinen Entgeltgruppen zugeordnet, die einem Studiumsabschluss annähernd entsprechen.

Antragsteller: UB LOS

Themengebiet: W 3

Titel / Überschrift: Trägerunabhängige Entgeltung der Tätigkeit von Erzieher*innen

W 3	<input checked="" type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Jusos Brandenburg mögen beschließen:

Die Brandenburgische SPD-Fraktion, Die SPD-Bundesfraktion, die Landesregierung und die Bundesregierung werden aufgefordert, dass der Grundsatz der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit auch bei der Entgeltung von Erzieher*innen gilt und dies gesetzlich entsprechend umgesetzt wird. Es ist festzustellen, dass Erzieher*innen, die in einem Kindergarten in freier Trägerschaft arbeiten, fast immer unterschiedlich und oftmals wesentlich schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen in öffentlicher (kommunaler) Trägerschaft. Hier gilt es seitens der Politik entgegenzusteuern und für eine Angleichung der Bezahlung zu sorgen.

Antragsbegründung:

Die Bezahlung einer Erzieher*in erfolgt bei privaten Trägern meist nur "am TVöD orientiert", jedoch nicht daran gebunden. In der Realität bedeutet das, dass die Bezahlung im Vergleich zu öffentlich angestellten Kollegen und Kolleginnen oft schlechter ist. Dabei befindet sich die deutliche Mehrheit der Einrichtungen in freier Trägerschaft, vor allem bei den Wohlfahrtsverbänden (insbesondere bei den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege) und den Kirchen.

Antragsteller: UB OSL

Themengebiet: W 4

Titel / Überschrift: TTIP, CETA und TISA – Jaein, Handels- und Investitionsabkommen. Wo sind die Grenzen?

Zur Weiterleitung an die Landes-SPD und Bundes-SPD.

W 4	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input checked="" type="radio"/> überwiesen an LA Jusos

Antragstext:

Die LDK möge beschließen: Die Jusos – Brandenburg fordern die Bundes-SPD auf, darauf zu pochen, dass das europäische Parlament und der Bundestag mehr in die Verhandlungen bezüglich TTIP, CETA und TISA eingebunden werden müssen. Vor allem, fordern wir die Bundes-SPD auf, möglich Ressourcen auszubauen, die sich nur diesen Verträgen annimmt, da diese Verträge über die Wirtschaft hinaus, Einfluss auf das Gesamte-demokratische Gefüge haben. Sie beinhalten eine „ganze neue Form“ der Rechtsprechung, die so keinerlei Legimitation haben darf.

Antragsbegründung:

Derzeit wird das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der EU, kurz **TTIP** für (Transatlantic Trade and Investment Partnership), verhandelt. Zudem fast unterschrittsreif das Comprehensive Economic and Trade Agreement kurz (**CETA**), das equivalent zum TTIP zwischen Canada und Europa. Noch relativ unbekannt ist das **TISA** (Trade in Services Agreement), welches zwischen 50 Staaten, darunter natürlich auch alle europäischen Staaten - vertreten in Form, wie bei allen anderen abkommen, durch die EU – Kommission, verhandelt wird. Diese Abkommen, sollte es zum Abschluss kommen, dass wohl größte Freihandelsabkommen bis Dato in der jüngeren menschlichen Geschichte sein. Da die beteiligten Staaten 2/3 drittel aller Dienstleistungen exportieren, wozu Branchen wie Verkehr, Finanzen, Bildung oder Gesundheit zählen. Wir Jusos - OSL verfolgen diese Verhandlungen sehr kritisch und sehen die folgenden Punkte als essentiell wichtig:

Verweis: **TTIP und CETA - Mitgliederbrief von Sigmar Gabriel vom 27.1.15**

Danach haben wir auf der Grundlage einer **Vereinbarung mit dem DGB** auf unserem Parteikonvent beschlossen, dass wir grundsätzlich die geplanten Freihandelsabkommen

begrüßen – allerdings nicht um jeden Preis. Vor allem ist für SPD und DGB wichtig:

- dass die **Verhandlungen endlich transparent** und für alle Bürgerinnen und Bürger Europas nachvollziehbar geführt werden,
- dass die geplanten Freihandelsabkommen **keine sozialen, ökologischen oder kulturellen Standards gefährden** dürfen, dass weitere Verbesserungen dieser Normen möglich sein müssen und dass die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt,
- dass beide Vertragspartner sich verpflichten sollen, internationale Übereinkünfte und Normen in den Bereichen **Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz zu beachten** und umzusetzen – insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen, auf deren Einhaltung im Rahmen von EU-Handelsabkommen auch der Koalitionsvertrag verweist,
- dass die europäischen oder nationalen demokratischen Willensbildungsprozesse und Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen durch die Freihandelsabkommen weder direkt noch indirekt eingeschränkt werden dürfen, dass die **Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Investitionen und Investoren** durch die ganz normalen verfassungsmäßig verbrieften Rechte und den demokratischen Rechtsstaat gesichert werden und wir im Rahmen der Verträge **keine Investor-Staat-Schiedsverfahren** einführen

Zudem wollen wir nochmals auf die Beschlüsse der BDK – Jusos 2013 verweisen, wo Stichpunktartig aufgelistet wird, welche Eckpfeiler nicht zu Debatte stehen. (Bundeskongress, 6.-8.12.2013; TTIP – so nicht! Antragsteller: LDK Jusos – Bayern)

http://www.jusos.de/sites/default/files/beschlussbuch_juso_buko_2013_web_0.pdf

Da die EU – Kommission eher gestresst ist, vor allem über den Widerstand einiger NGO´s und der vielen Unterschriften Aktionen, sollte hier genau hingeschaut werden. Die absolute Informationssperre, die zum Glück durch „interne“ Ausgabe von Papieren an NGO´s durchbrochen wurde, sollte einen jeden aufhorchen lassen, beim Analysieren der aufgezählten Forderungen. Nach derzeitigem Stand, sind alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den Verhandlungen berücksichtigt worden, die wie als klare rote Linie definieren. Bei der LDK werden wir Vor- und Nach-teile versuchen Punktelle nochmals dazu legen und hoffen zur Debatte beitragen zu können. Jedoch, sprechen auch wir Jusos auch gegen die geplanten Handels- und Investitionsabkommen aus, wenn nicht die Eckpfeiler (unter den genannten Forderungen) klar definiert sind und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Antragsteller: UB BAR

Themengebiet: W 5

Titel / Überschrift: Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen durch jahrelange
Wiederbefristung verhindern!

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress.

W 5	<input checked="" type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Jusos Brandenburg fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die uneingeschränkte Befristung von Arbeitsverträgen aus sachlichen Gründen gemäß § 14 Abs. 1 TzBfG gestoppt wird. Es soll ein zweiter Satz in §14 Abs. 1 TzBfG eingefügt werden, der eine Maximaldauer sowie eine maximale Anzahl an Verlängerungen der Befristung regelt.

Antragsbegründung:

Der § 14 TzBfG regelt die Zulässigkeit der Befristung von Arbeitsverträgen. Wenn kein sachlicher Grund für eine Befristung vorliegt, ist es maximal möglich, den Arbeitsvertrag bis zu einer Dauer von 2 Jahren zu befristen mit höchstens dreimaliger Verlängerung (in diesen 2 Jahren, gemäß §14 Abs. 2 TzBfG). Liegt jedoch ein sachlicher Grund vor, ist die Verlängerung der Befristung nahezu unendlich möglich. Zu den sachlichen Gründen zählen, dass „der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung nur vorübergehend besteht“ oder „der Arbeitnehmer zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers beschäftigt wird“.

Viele Arbeitgeber nutzen diese Regelung aus, Arbeitnehmer immer wieder mit Sachgrund (meist Krankheit, Schwangerschaftsvertretung) zu befristen und ihnen niemals eine Stelle anzubieten, die soziale Sicherheit und Planungsmöglichkeiten schafft.

S – Sonstiges

Antragsteller: UB P

Themengebiet: S 1

Titel / Überschrift: Einführung eines deutschlandweiten Dönerstag

Zur Weiterleitung an den BuKo, SPD-Bundesparteitag, Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

S 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
	<input checked="" type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wie fordern die Bundesregierung auf, einen offiziellen Dönerstag einzuführen. Dies möge immer der erste Donnerstag eines Monats sein. Jeder an diesem Tag in Deutschland Seiende wird dazu verpflichtet, mindestens einen Döner zu verzehren, denn dieser ist zu einem elementaren Bestandteil der deutschen Kultur geworden. Das sollte von jeder deutschen Bürgerin und jedem deutschen Bürger regelmäßig durch Dönerverzehr offiziell anerkannt werden.

Antragsbegründung:

In den vergangenen Monaten haben sich deutschlandweit mehr und mehr Gruppierungen formiert, die für ein Deutschland ohne „Fremdeinwirkungen“ auf die „deutsche, christliche“ Kultur auf die Straße gehen, ihre „Angst“ bekunden und das aus ihrer Sicht „Fremde“ aus unserer Gesellschaft ausschließen wollen. Wir als Jusos, die sich als sozialistischer und kulturell offener Jugendverband definieren, möchten an dieser Stelle ein ganz klares Zeichen setzen: Die vielen Kulturen und Religionen, die heute mit ihren (kulinarischen) Eigenheiten in unserem Land vertreten sind, gehören zu Deutschland. Der offizielle „Dönerstag“ soll als Bekenntnis zu unserer vielfältigen und offenen Kultur verstanden werden. Damit soll auch die Möglichkeit geschaffen werden über einen Falafel-Freitag oder Ähnliches nachzudenken.. ;-)

Die vielen Kulturen und Religionen, die heute mit ihren (kulinarischen) Eigenheiten in unserem Land vertreten sind, gehören zu Deutschland.

Als kleine Anmerkung für alle Bürgerinnen und Bürger:

- Döner besteht aus Brot, das gibt es auch glutenfrei.
- Döner besteht aus Soße, die kann man auch lactosefrei und vegan produzieren.
- Döner enthält frischen, gesunden Salat, daran muss man Nichts ändern.
- Döner besteht aus Fleisch, man kann aber auch Käse wählen, oder diese Komponente weglassen.

Antragsteller: UB PM

Themengebiet: S 2

Titel / Überschrift: Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte

Zur Weiterleitung an BuKo, Landesparteitag.

S 2	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass alle Echtpelzprodukte, die im Handel erhältlich sind, für den Verbraucher klar verständlich und deutlich mit Angaben zur verwendeten Tierart und der Herkunft des Tieres gekennzeichnet werden müssen.

Antragsbegründung:

Millionen Hunde und Katzen sterben jährlich in China für die Pelzindustrie. Und trotz des EU-Importverbots vom 1.1.2009 gelangen immer noch teilweise falsch etikettierte Hunde- und Katzenfelle nach Europa und werden z.B. als Kunstpelz verkauft. Dies wird aus Kostengründen so praktiziert, da selbst ein echtes Hundefell aus China billiger in der Produktion ist als ein gut gemachter Webpelz.

Die bisher fehlende Kennzeichnungspflicht von Echtpelzprodukten ist daher ein gravierendes Versäumnis innerhalb der Verbraucherinformation.

Trotz des EU-weiten Importverbots von Haustierfellen gibt es keine Kennzeichnungspflicht für die Kleidungsstücke, in denen sie verarbeitet sind. So kann es dazu kommen, dass der Verbraucher einen Parka mit Fellkragen kauft, auf dessen Etikett „100 Prozent Polyester“ steht, es sich aber um einen echten Fellkragen handelt.

VerbraucherInnen werden nicht ausreichend informiert und damit in der Folge flächendeckend getäuscht. Echtpelzprodukte sind häufig gar nicht, nur schlecht oder auch für den Verbraucher nicht nachvollziehbar mit Fantasienamen gekennzeichnet (z.B. „Maopee“, „Genotte“, „Bergkatze“ oder „Gayangi“ für Katzenfell; „Asiatischer Wolf“, „Dogue de Chine“ oder „Loup d`Asie“ für Hundefell).

Zur praktischen Durchsetzbarkeit der Verpflichtung muss sich die Kennzeichnungspflicht auf die Lieferkette beziehen. Die Verpflichtung muss – um nicht umgangen zu werden – sowohl für die Hersteller als auch für Händler gelten. Weiterhin sollte dies auch, um dem Nichtdiskriminierungsgrundsatz der EU zu entsprechen, für inländische wie für ausländische Marktteilnehmer gelten.

Als Vorbild für eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung von Echtpelzen kann wie oben gefordert die Deklarationspflicht in der Schweiz herangezogen werden. Dort müssen Pelze und Pelzprodukte mit dem wissenschaftlichen und zoologischen Namen der Tierart, der Herkunft des Felles und der Art der Gewinnung (d.h. ob ein Tier gejagt wurde oder aus welcher Art von Zucht es stammt) deklariert werden. Ziel ist es, dass VerbraucherInnen die Kennzeichnung vor dem Kaufentscheid eindeutig zur Kenntnis nehmen können. Dazu kann die Kennzeichnung beispielsweise auf dem Produkt selbst oder auf der Verpackung bzw. am Preisschild angezeigt werden.

Kennzeichnungsvorschriften wirken in exportabhängigen Ländern wie Deutschland deutlich weniger handelsbeschränkend als Verbote. Der Marktzugang bleibt bei Kennzeichnungsvorschriften für alle Produkte gewährleistet und der Preismechanismus bleibt wirksam.

Nur durch eine transparente Kennzeichnung der Zusammensetzung eines Kleidungsstückes können VerbraucherInnen eigene, mit ihren persönlichen Interessen und Moralvorstellungen übereinstimmende Entscheidungen treffen.

I – Initiativanträge

Antragsteller: UB P

Themengebiet: Initiativantrag

Titel / Überschrift: Impfmüdigkeit bekämpfen! Durch Aufklärung und eine Impfpflicht.

zur Weiterleitung an: Bundesministerium für Gesundheit, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg

Initiativantrag 1	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
	<input type="checkbox"/> Überweisung an _____	

Antragstext:

Wir fordern das Bundesministerium für Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie auf, eine Kampagne zu entwickeln, die über den Schutz von Vorsorgeimpfungen und die Risiken des Nicht-Impfens aufklärt. Parallel muss ein Gesetz erarbeitet werden, welches Eltern verpflichtet, ihre minderjährigen Kinder impfen zu lassen, besonders vor dem Beginn des Besuchs öffentlicher Einrichtungen (v.a. Krippe, Kita, Schule). Diese Impfungen sollen im Rahmen der gesetzlichen Pflichtleistungen der Krankenkassen durchgeführt werden. Ein umfassendes Gespräch mit dem Kinder- oder Hausarzt ist dabei nicht außer Acht zu lassen.

Davon ausgenommen sind Kinder, die ein hohes Risiko auf die bevorstehende Impfung darstellen.

Pflichtimpfungen sollten zukünftig werden: Diphtherie, Masern, Pertussis, Poliomyelitis, Röteln, Tetanus. Diese sollen in einem Impfreister festgehalten werden.

Antragsbegründung:

Auch wenn die Impfquoten in Brandenburg zurzeit noch hoch sind^{(1), (2)}, zeigt die aktuelle Masernwelle und der Tod eines anderthalbjährigen Kindes in Berlin, dass immer noch viel zu viele Eltern impfmüde sind. Diese gefährden jedoch nicht nur ihre eigenen Kinder, sondern auch alle, die in Kontakt mit diesem stehen. Davon sind besonders diejenigen getroffen, die beispielsweise aufgrund einer Immunschwäche oder ihres Alters nicht geimpft werden konnten.

Deshalb steht im Vordergrund eine gute Informations- und Aufklärungskampagne des Gesundheitsministeriums, die sich offensiv mit falschen Behauptungen von Impfgegnerinnen und Impfgegnern auseinandersetzt. Die Ministerien müssen offensiv für das Impfen werben, denn Gesundheit ist nicht immer reine Privatsache. Das persönliche Recht auf körperliche Unversehrtheit muss, auch bei Widerstand durch die Eltern, dem Gemeinwohl zurückstehen.

Impfreister sollen dabei bestmöglichste Durchimpfungsraten erreichen.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: Initiativantrag

Titel / Überschrift: SPD-Arbeitskreise in SPD-Landesvorstand als beratende Mitglieder aufnehmen

Initiativantrag 2	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> Überweisung an _____		

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Satzung der SPD Brandenburg wird wie folgt ergänzt:

§14 Landesvorstand

(1) Die Leitung des Landesverbandes obliegt dem Landesvorstand. Der Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Landespolitik. Der Landesvorstand besteht aus dem/der Landesvorsitzenden, zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden, dem/dem Generalsekretär/in, dem/der Kassierer/in, 10 Beisitzern/innen, wovon einer/einer für die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und eine/einer für innerparteiliche Bildungsarbeit zuständig ist. Der Landesvorstand gibt sich auf seiner konstituierenden Sitzung eine Geschäftsordnung, in der insbesondere die Vertretung des/r Landesvorsitzenden und die Aufgaben und Befugnisse des geschäftsführenden Landesvorstandes geregelt werden.

An den Sitzungen des Landesvorstandes nehmen mit beratender Stimme teil:

- der/die Leiter/in der Landesgeschäftsstelle,
- der/die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion,
- die Landesvorsitzenden der jeweiligen SPD-Arbeitsgemeinschaft,
- der/die Vorsitzende des Landesausschusses,
- die Vorsitzenden der SPD-Unterbezirke,
- die sozialdemokratischen Mitglieder in der Landesregierung,
- dem/der Sprecher/in der Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten,
- die Sprecher/innen/Vorsitzenden der SPD-Arbeitskreise. (Neu)

Antragsbegründung:

Bei der letzten SPD-Landesvorstandssitzung wurden inhaltliche Anträge beraten. Die Beratung endete jedoch in den meisten Fällen mit Überweisung der Anträge an die SPD-Landtagsfraktion

mit der Begründung, dass die Mitglieder des Landesvorstandes zu wenig fachliches Wissen beisteuern könnten, um darüber zu beschließen. Der SPD-Landtagsfraktion wurden dahingehend mehr Kompetenzen zugeschrieben.

Diesen Missstand kann man beheben, indem man den Landesvorstand für die SPD-eigenen Arbeitskreise öffnet, die dann beratend unterstützen können.

Es ist wichtig, dass die SPD Brandenburg auch Positionen entwickelt, die unabhängig sind von der Position der SPD-Landtagsfraktion oder der SPD-Landesregierung.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: Initiativantrag

Titel / Überschrift: Umgang mit Glaubensrichtungen in Brandenburg erörtern

Initiativantrag 3

angenommen

abgelehnt

Überweisung an LAK Glauben

Umgang mit Glaubensrichtungen in Brandenburg erörtern

Die LDK möge beschließen:

Der Juso- Landesvorstand wird aufgefordert eine Arbeitsgruppe zu initiieren, die sich im Rahmen der Jusoverbandsarbeit mit dem Umgang mit Religionen und Glaubensgemeinschaften in Brandenburg befasst. Der Dialog mit Religionen und Glaubensgemeinschaften braucht auch in unserem Verband einen angemessenen sachlichen Rahmen.

Die Arbeitsgruppe soll sich aus interessierten Jusos aus dem Landesverband zusammensetzen und Arbeitsstrukturen haben, wie Landesarbeitskreise (LAKs). Fokus der Arbeitsgruppe soll auf oben genannten Thema liegen.

Mögliche Themen, die in diesem Zusammenhang erörtert und mit anderen (Jugend-) Verbänden, z.B. Bund der Katholischen Jugend (BDKJ), Evangelische Jugend (EJBO), anderen (Jugend-) Verbänden mit religiösem Hintergrund oder dem humanistischen Verband, diskutiert werden sollen, sind:

- Bedeutung und Zukunft der Staatskirchenverträge
- Umgang mit Religionen und Glaubensgemeinschaften in Brandenburg
- Zukunft der gesetzlichen Feiertage mit religiösen Hintergrund sowie die entsprechende Religion (zur Zeit nur evangelische)
- angemessene Reaktion auf die Zuwanderung von anders gläubigen Mitmenschen
- Gestaltungsraum für die Ausübung der verschiedenen Religionen (Ort, Zeit, Freiraum usw.)
- Kooperation und gemeinsame Veranstaltungen mit religiösen Jugendverbänden

Antragsbegründung:

Die Fragen nach der Bedeutung von Religionen und Glaubensgemeinschaften sind omnipräsent. Im Zusammenhang mit der Diskussion um christliche Feiertage in Brandenburg, entflammte auch in unserem Verband eine entsprechende Debatte und das Bedürfnis, darüber

unterbezirksübergreifend zu diskutieren. Die Koordinierungsleistung, die für den Beginn einer solchen Debatte notwendig ist, kann nur der Landesvorstand über die Einsetzung einer Plattform, wie einer Kommission leisten. Der Austausch zwischen Atheisten und Gläubigen braucht auch in unserem Verband einen angemessenen sachlichen Rahmen.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: Initiativantrag

Titel / Überschrift: Erhöhung der Landesjugendplanmittel um 1,8 Millionen Euro

Initiativantrag 4

angenommen

abgelehnt

Überweisung an _____

Antragstext:

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, im neuen Haushalt die finanziellen Mittel für die außerschulische Jugendbildung um 1,8 Mio. € zu erhöhen.

Antragsbegründung: Forderungspapier ljr Brandenburg



Die finanziellen Mittel für die außerschulische Jugendbildung und internationale Begegnungen des Landes Brandenburg sind seit vielen Jahren auf einem gleichbleibend geringem Niveau. In den letzten Jahren sind die Preise für Übernachtungen, Material, Energie etc. gestiegen, die Fördersumme für die Jugendverbandsarbeit aber wurde weitestgehend nicht erhöht. Auch wenn erfreulicherweise durch die neue Richtlinie für den Bereich außerschulische und internationale Bildung die Fördersätze (pro Tag und Teilnehmer_in) erhöht wurden, so ist doch leider die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel nahezu gleich geblieben. Das hat zur Folge, dass sich immer weniger Maßnahmen für immer weniger junge Menschen finanzieren lassen.

Gleichzeitig steigen die Ansprüche und Erwartungen an die Wirkungen und Ergebnisse des informellen und nonformalen Lernens z.B. durch die EU-Jugendstrategie enorm an.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Förderung der Jugendbildung im Rahmen des Landesjugendplanes **um mindestens 1.800.000 €** zu erhöhen.

Insbesondere die Förderbereiche

- 1) Hauptamtliches Personal (mehr Jugendbildungsreferent_innen-Stellen und die tarifgerechte Anpassung der Gehälter),
- 2) Förderung der Juleica-Fachstelle im Landesjugendring,
- 3) Außerschulische Jugendbildung (mehr Maßnahmemittel) und
- 4) Jugendbildungsstätten (investive Mittel und Erhöhung der Maßnahmemittel)

müssen dringend angepasst werden, um dem erklärten Ziel näher zu kommen:

Jede_r Jugendliche in Brandenburg muss in ihrem/ seinem Leben die Möglichkeit erhalten, an mindestens einer 3-tägigen außerschulischen Bildungsmaßnahme eines Jugendverbandes teilnehmen können!

Der für die Träger der freien Jugendhilfe vorgesehene Anteil am Gesamthaushalt des Landes Brandenburg beträgt gerade mal ein Promille (!).

Der Landesjugendplan muss deshalb spürbar aufgestockt werden!

Antragsteller: UB LOS

Themengebiet: Initiativantrag

Titel / Überschrift: Tarifeinheitengesetz

Initiativantrag 5

angenommen

abgelehnt

Überweisung an _____

Antragstext:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg möge beschließen:

Das Tarifeinheitengesetz darf in der Form des derzeitigen Entwurfs nicht in den Bundestag eingebracht werden. Es verstößt gegen die grundlegenden, verfassungsmäßigen Rechte der BürgerInnen, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind.

Außerdem werden Berufsgruppen, die keine ähnlichen Tätigkeiten ausführen, aber beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind, in einen Tarifvertrag und somit in eine Gewerkschaft gezwungen.

Wir fordern die Bundesministerin für Arbeit stattdessen auf, die momentanen Tarifverträge in allen Branchen allgemeingültig zu machen. Dies wäre ein großer Schritt für alle, die durch gesetzliche Grauzonen von Tarifverträgen abgeschnitten sind.

Antragsbegründung:

Die Intuition hinter dem Tarifeinheitengesetz ist eindeutig, dass die BürgerInnen weniger in ihrem Alltag durch Tarifstreiks beeinflusst werden. Das Streikrecht ist aber ein grundlegendes Recht der Gewerkschaften, um Forderungen bei den Arbeitgeberverbänden durchzusetzen. Würde man dieses beschneiden oder durch Kniffe, wie es die Ministerin fordert, einschränkt, wären die Gewerkschaften nicht mehr stark genug, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen durchzusetzen.

Außerdem kann man verschiedene Berufsgruppen, die verschiedene Verantwortungsgrade und Beschäftigungsbereiche erfüllen, nicht über einen Kamm scheren. Mit dem Tarifeinheitengesetz käme es also zu einer Ungerechtigkeit der Beschäftigten.

Es würde die Rechte der ArbeitnehmerInnen jedoch unglaublich stärken, alle Tarifverträge ab einem bestimmten Datum allgemeingültig zu machen. In manchen Branchen werden durch gewisse Grauzonen im Gesetz, Spielräume für ArbeitgeberInnen geschaffen, um Tarifverträge zu umgehen. Ein Beispiel hierfür ist die DEHOGA.

Antragsteller: UB P

Themengebiet: Initiativantrag

Titel / Überschrift: Anschluss an die die Positionierung "Es ist UNSERE Zukunft!"

Initiativantrag 6	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
--------------------------	----------------------------------	---------------------------------

<input checked="" type="checkbox"/> Überweisung an Landesvorstand

Umgang mit Glaubensrichtungen in Brandenburg erörtern

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg schließen sich der Positionierung der EJBO (Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz) an und laden weitere (Jugend-) Verbände und Organisationen ein, sich ebenfalls anzuschließen. Denn nur gemeinsam können wir für UNSERE Zukunft eintreten!